

Vorträge zur Ausstellung
"La Guerra Civil Española 1936-1939"

Bonn 1988

Hrsg.: Bibliothek der sozialen Demokratie/
Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Editorische Notiz

Walther L. Bernecker:

Die Ursachen des Bürgerkriegs in der spanischen Geschichte S. 5

Reiner Tosstorff:

Die POUM im Spanischen Bürgerkrieg S. 35

Patrik von zur Mühlen:

Sozialisten und Kommunisten im Spanischen Bürgerkrieg S. 61

Reinhold Görling:

Der spanische Anarchosyndikalismus und seine Rolle im Bürgerkrieg S. 75

Autoren dieses Bandes:

Walther L. Bernecker, Dr. phil., Professor für Neueste Geschichte an der Universität Bern, Historisches Institut, Engelhaldenstr. 4, 3012 Bern.

Reinhold Görling, Dr. phil., Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover, Siegstr. 12, 3000 Hannover 1.

Patrik von zur Mühlen, Dr. phil., Mitarbeiter der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2.

Reiner Tosstorff, Dr. phil., Mitarbeiter an der mehrbändigen Ausgabe der Schriften Trotzki, Oppenheimerstr. 17, 6000 Frankfurt 70.

Redaktion: Erika Bitter

Manuskript: Margarete Dienelt

Editorische Notiz

Vom 5.-27. März 1987 wurde in der Galerie der Friedrich-Ebert-Stiftung die Ausstellung des Ministerio de Cultura, Madrid, "La Guerra Civil Española 1936-1939" gezeigt, die als Wanderausstellung im Jahre 1986 in Spanien auf große Resonanz gestoßen war. Schwerpunkt bildete weniger die Darstellung des Kriegsverlaufs als vielmehr die Dokumentation des Einflusses, den das Kriegsgeschehen auf das Alltagsleben in Spanien nahm.

Auch die vier Vorträge, die aus Anlaß der Ausstellung in der Friedrich-Ebert-Stiftung gehalten wurden, stellen den Kriegsverlauf zurück zugunsten des Aspekts der Sozialen Revolution und der Rolle der politischen Parteien. Die Vorträge spiegeln die allgemein zu beobachtende Verlagerung des Schwerpunkts von der Kriegsgeschichte zur Sozialgeschichte in der historischen Forschung zum Spanischen Bürgerkrieg wider.

Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung besitzt eine umfangreiche Sammlung wissenschaftlicher Publikationen zum Spanischen Bürgerkrieg und als Neuerwerbung Filme der spanischen Arbeiterpresse aus dieser Epoche.

Die Ursachen des Bürgerkriegs in der spanischen Geschichte

Von Walther L. Bernecker

Der Titel meines Vortrages "Die Ursachen des Bürgerkriegs in der spanischen Geschichte" enthält bereits eine wichtige These, nämlich, daß die Ursachen des Spanischen Bürgerkrieges in Spanien selbst zu suchen sind. Diese sich selbstverständlich anhörende Behauptung ist allerdings alles andere als selbstverständlich; denn lange Zeit waren in der Diskussion über den Bürgerkrieg zwei Verschwörungstheorien vorherrschend, denen zufolge der Krieg primär auf eine exogene Anzettelung zurückzuführen war. Die eine sprach von einer faschistischen Anzettelung, die andere von einer kommunistischen Bedrohung Spaniens als Kriegsursache. In beiden Fällen jedoch ist für die Zeit vor Kriegsbeginn die innenpolitische Bedeutung der faschistischen Falange bzw. der Kommunistischen Partei weit übertrieben worden. Nicht Faschismus oder Kommunismus waren die entscheidenden Triebkräfte der zum Bürgerkrieg führenden spanischen Krise der 30er Jahre, sondern weit eher Militarismus und Rechtskonservatismus auf der einen bzw. Anarchismus und Sozialismus auf der anderen Seite in ihrer jeweils spezifisch spanischen Ausprägung. Die sozialen Konflikte und politischen Gegensätze, die schließlich im Bürgerkrieg kulminierten, waren viel älter als die faschistische bzw. kommunistische Partei und lassen sich bis weit ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen.

Ich werde im folgenden versuchen, die wichtigsten Ursachen des Spanischen Bürgerkrieges aufzuzeigen. Meine Argumentation wird sich dabei auf drei verschiedenen Ebenen bewegen, die sich auch im Bild der konzentrischen Kreise erfassen lassen (siehe S. 32). Auf dem äußeren dieser drei Kreise sind jene strukturellen Probleme des Landes anzusiedeln, die sich als durchgängige Probleme und Konflikte über viele Jahrzehnte hinweg, bei durchwegs wechselnden Konstellationen, verfolgen lassen. Auf dem mittleren Ring sind die eher konjunkturellen Hintergründe des Krieges angesiedelt, die zeitlich im wesentlichen die Jahre der Zweiten Republik umfassen und mit den Wechselfällen der Politik in den 30er Jahren zu tun haben. Auf dem inneren Teil dieses Ringes befinden sich auch jene Ereignisse, Zwischenfälle, Konstellationen, die als unmittelbarer Anlaß des Krieges, sozusagen als Auslöser im Frühjahr

1936, fungierten. Nur die Berücksichtigung aller drei Ebenen vermag eine befriedigende Erklärung für den Spanischen Bürgerkrieg zu liefern, wobei die Betrachtung von außen nach innen zu erfolgen hat. Bei der Skizze der Strukturprobleme (auf dem äußeren Ring) konzentriere ich mich auf vier Aspekte: die überaus komplexe Agrarfrage, das wechselvolle und spannungsgeladene Verhältnis Staat - Kirche, die Dynamik des Regionalismus, das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Gewalt. Bei der Darstellung der konjunkturellen Probleme (auf dem mittleren Ring) werden diese vier Strukturprobleme durch eine Schilderung der politischen Auseinandersetzungen in den Jahren der Zweiten Republik nach 1931 ergänzt. Die Erläuterung der Kriegsanhänge schließlich macht es erforderlich, die Ereignisse zwischen Februar und Juli 1936 weit detaillierter als die ersten beiden Ebenen nachzuzeichnen.

Die für Spanien wohl wichtigste Problem- und Konfliktachse war die Agrarfrage, d. h. die ungleiche Verteilung des Bodens, die Dichotomie des Landeigentums in Latifundien und Minifundien (bei weitgehendem Fehlen bäuerlicher Mittelbetriebe) und die daraus erwachsenden sozialen Spannungen. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts war in Spanien die Landwirtschaft der vorrangige Wirtschaftszweig, der auch im wesentlichen die soziale Struktur des Landes bestimmte. Die Verhältnisse auf dem Land wiesen eine auffällige, z.T. über Jahrhunderte hinweg zurückverfolgbare Konstanz auf. Die Stabilität im Agrarsektor, der zum einen extreme Verhältnisse, zum anderen deutliche Regionaldifferenzierungen aufwies, betraf insbesondere die Verteilung des Grundeigentums: Während sich der von Tagelöhnern oder Pächtern bewirtschaftete Großgrundbesitz vor allem in Neukastilien, Andalusien und Extremadura - also den südlichen Landesteilen - konzentrierte, herrschten in Teilen Altkastiliens, Galiciens und Leóns - den nördlichen Gegenden - die landwirtschaftlichen Kleinstbetriebe vor, deren Bewirtschaftung kaum die Existenzsicherung einer Familie ermöglichte und für Besitzer oder Pächter zumeist einen Nebenerwerb erforderlich machte. Die zwischen 10 und 100 ha umfassenden Mittelbetriebe waren schwerpunktmäßig in Katalonien, dem Baskenland und an der levantinischen Ostküste - somit an der Peripherie des Landes - angesiedelt. Nahezu der gesamte Süden, besonders der Südwesten, blieb der Latifundienwirtschaft vorbehalten. Die Grenze zwischen dem Gebiet der Latifundien und dem der Kleinst- und Mittelbetriebe hat in der Geschichte Spaniens eine kaum zu überschätzende Bedeutung erlangt: Es war dieselbe Grenze, die

im 19. und 20. Jh. das Spanien der Agrarrevolution von dem des ländlichen Konservatismus trennte. Bis zum Bürgerkrieg und darüber hinaus bedeutete Bodenbesitz nicht nur soziales Ansehen und ein arbeitsfreies Leben aus Renteneinkommen; die Kontrolle über den Boden implizierte gleichzeitig die Verfügungsgewalt über die wichtigste Quelle des nationalen Reichtums und bestimmte die soziale, sehr häufig auch die politische Stellung der Bevölkerungsmehrheit. Die hohe Konzentration des Landbesitzes, die Kluft zwischen der Masse der Landbevölkerung und den oberen Schichten in Bezug auf Einkommen, Erziehung, soziales Ansehen und politische Partizipationsmöglichkeiten sowie die Unzufriedenheit der landlosen Agrarbevölkerung erklären die auf dem Land viele Jahrzehnte lang vorhandene latente Neigung zu Revolten und Umstürzen, von denen die Umverteilung des Eigentums und die Aufteilung des Großgrundbesitzes erwartet wurden.

Die Grundstruktur des Agrarsektors blieb bis zur Ausrufung der Zweiten Republik im Jahr 1931 unverändert: hohe Konzentration des Landbesitzes (vor allem in den Latifundiengegenden Andalusien, Extremadura, La Mancha, Salamanca), ein feudal-agrarisches Eigentumssystem, Landflucht, unausgelastete Produktionskapazitäten, ungleiche Einkommensverteilung. Klassische Merkmale ökonomischer und sozialer Rückständigkeit in den Latifundiengebieten waren Hunger, Arbeitslosigkeit, Analphabetismus, Bevölkerungsexplosion, Kapitalmangel, Instabilität, soziale Unruhen. Der Befund der extremen Unterentwicklung gilt für nahezu alle Bereiche des sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Sektors. Das Übermaß an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, der Landhunger der Bauern, die meist rückständig gebliebene Landbautechnik, eher wachsende als sinkende Massenarmut und geringe Arbeitsproduktivität erwiesen die Erforderlichkeit einer Agrarreform. Die bisher skizzierte Struktur des Agrarsektors ist die entscheidende Rahmenbedingung, die zur Erklärung der bedeutendsten Sozialbewegung in der neueren Geschichte Spaniens herangezogen werden muß: des Anarchismus. Dieser hatte nahezu von Anfang an sozial und regional zwei Schwerpunkte: den feudal-latifundistischen Süden des Landes, in dem der andalusische Agrar- und Handwerkeranarchismus Wurzeln schlug, und der relativ industrialisierte Nordosten der Halbinsel, wo sich der katalanische Anarchosyndikalismus durchsetzte. Die andalusischen Tagelöhner wurden schon früh auf einen antiparlamentarischen und antipolitischen Weg gedrängt. Ausgeschlossen von jeglicher politischen Partizipation, ge-

selltschaftlich zu der untersten Schicht gehörig, ihr Dasein am Rande des Existenzminimums fristend, erhofften sie die ihnen vorenthaltenen Rechte nicht von graduellen Verbesserungen, die auf politisch-parlamentarischem Weg erreicht werden sollten, sondern eher von einer plötzlichen sozialen Revolution, in deren Gefolge die lange vermißte Gerechtigkeit Einzug halten würde. Diese Revolution gehörte zentral zum Programm der Anarchisten.

Neben dem südspanischen Agraranarchismus war es vor allem der in Katalonien besonders starke Anarchosyndikalismus, der Anfang des Jahrhunderts den größten Teil des Proletariats erfaßte. Hatte die anarchistische Bewegung bis zum 20. Jh. am theoretischen Widerspruch zwischen der antipolitischen Organisationsfeindschaft und der Notwendigkeit, sich für die Revolution zu organisieren, gekrankelt, so versuchte die 1910 gegründete anarchosyndikalistische Gewerkschaft Confederación Nacional del Trabajo, diesen Widerspruch durch Zusammenfassung der anarchistischen und der syndikalistischen Bewegung aufzuheben. Das neue Jahrhundert begann mit der Einführung des revolutionären Syndikalismus in Katalonien; von dort breitete sich die syndikalistische Bewegung über ganz Spanien aus.

Im Gegensatz zur revolutionären Orientierung der Anarchisten war die 1888 gegründete sozialistische Dachgewerkschaft Unión General de Trabajadores ebenso wie die Sozialistische Partei bis in die 1930er Jahre gemäßigt-reformistisch. Die sozialistische Bewegung war von Anfang an ein Zweig des europäischen Sozialismus der Zweiten Internationale und verfolgte das Ziel, mit legalen Mitteln die politische Macht und eine Verbesserung der Situation der Arbeiter zu erreichen.

Die zweite, historisch weit zurückgreifende Problemachse der spanischen Geschichte im 20. Jh. betrifft das Verhältnis zwischen der zentralistischen Regierung und den Regionen an der Peripherie des Landes. Die seit Jahrhunderten spannungsgeladenen Beziehungen zwischen der Madrider Zentrale und den Küstenregionen lassen sich allerdings für die Zeit vor dem Bürgerkrieg im wesentlichen auf die klassischen Fälle politischer Regionalismen reduzieren: auf Katalonien und das Baskenland.

Diese beiden Regionen wiesen bereits vor 1936 einen politischen Regionalismus auf und überschritten damit eindeutig die Stufe eines primär sprachlichen Kulturnationalismus. Dabei lag das Baskenland in der regionalistischen Bewußtseinsentwicklung im Vergleich zu Katalonien durchweg um einige Jahrzehnte zurück: Während in der Mittelmeerregion der Durchbruch zum massenhaften Kulturnationalismus seit den 1840er Jahren und in den baskischen Provinzen etwa seit dem Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte, gelang die Durchsetzung einer politischen Massenbewegung in Katalonien um die Jahrhundertwende, im Baskenland deutlich greifbar erst nach Ausrufung der Zweiten Republik. In beiden Fällen wiesen die Regionalismen überaus komplexe soziale, historisch-politische und ideologische Begründungszusammenhänge auf.

Beide Regionen waren die reichsten und die am meisten entwickelten Gegenden Spaniens, deren wirtschaftlicher Fortschritt sich zu ihrem politischen Gewicht im gesamtspanischen Staat allerdings umgekehrt proportional verhielt: die zentralistischen Regierungen Madrids hatten die Katalanen bereits zu Beginn des 18. Jh. und die Basken im Zuge der Carlistenkriege während des 19. Jh. ihrer politischen Sonderrechte und Verwaltungen beraubt. Es war diese Spannung zwischen der nie verwundenen politischen Entrechtung einerseits und wachsender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Prosperität andererseits, in der in beiden Regionen während der zweiten Hälfte des 19. Jh. der Regionalismus sich ausgeprägt hat und allmählich auch politisch wirksam geworden ist.

Betrachten wir zuerst Katalonien etwas genauer, dessen regionalistische Bewegung in gewisser Weise eine Art Vorreiterfunktion für die anderen Autonomiebestrebungen in Spanien hatte. Die Katalanen verloren im spanischen Erbfolgekrieg zu Beginn des 18. Jh., der für das Land südlich der Pyrenäen den Übergang vom habsburgischen zum bourbonischen Königshaus brachte, ihre auf das frühe Mittelalter zurückgehenden Sonderrechte und Privilegien. Im 19. Jh. begründeten sodann wirtschaftliche und geistesgeschichtliche Faktoren, nämlich die Industrialisierung und die Romantik, einen katalanischen Nationalismus, der sich zuerst literarisch und kurze Zeit später auch politisch in der Forderung nach Autonomie äußerte.

Gegen die Übermacht der konservativ-bürgerlichen Erscheinungsformen des katalanischen Regionalismus konnte sich erst gegen Ende des 1. Weltkrieges ein linker Katalanismus herausbilden, der zuerst unter der Führung von Francesc Macià die Unabhängigkeit Kataloniens anstrebte und zu Beginn der Zweiten Republik in die linkskatalanistische republikanische Partei Esquerra Republicana einmündete; diese war bestrebt, die katalanische Frage im Rahmen des republikanisch-demokratisch organisierten gesamtspanischen Staatsverbandes zu lösen.

Im Gegensatz zu den Katalanen mußten die Basken erst im Verlauf des 19. Jh., nach der endgültigen Niederlage des Karlismus, auf ihre Fueros verzichten; bis 1876 verloren sie ihre eigenen Parlamente, ihre Verwaltungs-, Zoll- und Steuerhoheit. Außerdem wurde die Befreiung vom spanischen Militärdienst - der noch aus der mittelalterlichen Fiktion vom kollektiven Adel der baskischen Gesellschaft hervorging - abgeschafft. Dem Baskenland blieben lediglich einige Steuervorteile erhalten.

Der eigentliche gesamtbasische Nationalismus ging Ende des 19. Jh. aus der kulturnationalen Erweckungsbewegung unter Sabino de Arana hervor, der 1895 die Baskische Nationalistische Partei gründete. Während die Hochburgen des Karlismus die beiden Inlandsprovinzen Alava und Navarra waren, hatte die Baskische Nationalistische Partei ihren ursprünglichen Schwerpunkt in den Küstenprovinzen Guipúzcoa und Viscaya. Zur Zeit seiner Entstehung war der baskische Nationalismus eine in doppelter Hinsicht antimoderne Bewegung: zum einen richtete er sich gegen die Industrialisierung und Modernisierung, zum anderen gegen den politisch-zentralistischen Liberalismus, der von Madrid aus für die Abschaffung der baskischen Sonderrechte verantwortlich war.

Die ursprüngliche Forderung nach Selbständigkeit von Euscadi wurde allmählich zugunsten einer umfassenden Autonomie und Baskisierung der Gesellschaft aufgegeben; 1931 entschied sich die Baskische Nationalistische Partei, trotz ihrer ständisch-konservativen, antiliberal-klerikalen Orientierung für die Republik, da nur von dieser die erstrebte Regionallösung zu erwarten war.

Die übrigen Regionalismen - etwa die Galiciens oder Andalusien - waren vor dem Bürgerkrieg bei weitem nicht so ausgeprägt wie die Bewegungen in Kata-

lonien und dem Baskenland. Die galizischen Regionalisten konnten nicht mehr erreichen, daß das von ihnen vorgelegte Autonomiestatut in Kraft trat, und als regionale Frage Andalusien wurden sowieso weit mehr Probleme der Agrarstruktur und der ungerechten Eigentumsverhältnisse als Aspekte des politischen Antizentralismus diskutiert.

Für die Zeit vor dem Bürgerkrieg gilt somit, daß das Regionalismusproblem vor allem als Auseinandersetzung zwischen Peripherie und Zentrum auftrat, zwischen industriell weit überdurchschnittlich entwickelten, politisch aber entrechteten Randregionen einerseits und einem agrarisch geprägten, industriewirtschaftlich rückständigen, politisch aber dominierenden Zentrum andererseits. Dabei blieb der baskische Regionalismus konservativ und religiös geprägt, während der katalanische Nationalismus einen starken links von der Mitte stehenden Flügel besaß.

Läßt sich das Spannungsverhältnis zwischen Zentralregierung und nach Autonomie strebenden Regionen letztlich bis auf die Entstehung des modernen spanischen Staates zurückführen, so ist der Problemkomplex Staat/Kirche mindestens genauso alt. Seit der Herrschaft der Katholischen Könige, d. h. seit der staatlichen Einigung des Landes im ausgehenden 15. Jh., galten in Spanien politische und religiöse Einheit als Synonyma; die Könige benutzten die Religion zur Legitimierung ihrer als Gottesgnadentum aufgefaßten Herrschaft und setzten sie zur Festigung der bestehenden Ordnung ein. Die katholische Kirche wurde zu einem Integrations- und Stabilitätsfaktor ersten Ranges. Im gesellschaftlich-politischen wie im kulturellen Bereich war die Kirche allgegenwärtig, ihre Veräußerlichung (etwa in Form kultischer Prunkentfaltung oder religiöser Selbstdarstellung) trug dazu bei, daß in der Amtskirche eine Verbündete der Mächtigen erblickt wurde.

In der Verfassung von 1876 wurde das katholische Bekenntnis, wie schon 1812, zur Staatsreligion erklärt, in der restaurierten Bourbonenmonarchie erlangte die Kirche bald ihre frühere einflußreiche Stellung zurück. Allerdings war der Bruch zwischen der Amtskirche und dem Proletariat, das sich den sozialistischen und anarchistischen Organisationen mit ihrem stark ausgeprägten Antiklerikalismus zuwandte, nicht zu kitten. Vielmehr führte die Stellung, die die katholische Kirche in den Augen der Arbeiterklasse als Verbündete des

herrschenden Blocks einnahm, dazu, daß die Empörung der verarmten Massen sich nicht nur gegen Grundbesitzer und Kapitalisten, Staat und Bürgertum, sondern auch gegen Kirche und Klöster wandte; identifizierten die Arbeiter die Kirche doch in zunehmendem Maße mit den kapitalistischen Ausbeutern. Während der Diktatur Miguel Primo de Riveras (1923 - 1930) wurden die geistlichen und erzieherischen Forderungen der Kirche weitestgehend erfüllt, ihre Ansprüche stets bevorzugt befriedigt. Sicherlich blieb diese enge Verbindung zwischen Kirche und Staat nicht ohne Auswirkungen und trägt zur Erklärung der kirchenfeindlichen Reaktionen in den ersten Jahren der Republik bei.

Ebenso wie die Kirche nahm auch das Militär eine Ausnahmestellung im Staate ein. Denn kaum eine zweite Institution hat in der spanischen Geschichte des 19. und 20. Jhdts. eine derart herausragende Rolle gespielt wie das Militär. Nicht von ungefähr ist das spanische Wort "pronunciamiento" zur Bezeichnung der Machtübernahme durch die Armee in den internationalen Sprachgebrauch aufgenommen worden. Bei nahezu jedem politischen Wechsel wirkte das Militär entweder an vorderster Front oder zumindest im Hintergrund mit; sein Einfluß auf die Politik blieb ein wesentlicher Faktor der Instabilität. Bis zur Schaffung des künstlichen Zweiparteiensystems mit seinem mechanischen Alternieren in der Regierungsausübung während der Restaurationsära (1874 - 1923) wurden Regierungswechsel fast immer durch Militärpronunciamientos herbeigeführt.

Als auslösendes Moment der Entwicklung, in deren Verlauf sich das Militär in die Politik einmischte und zu einem beherrschenden Faktor im staatlichen Leben Spaniens wurde, wirkte der Unabhängigkeitskrieg gegen Napoleon (1808 - 1814). Er zwang die Offiziere zu politischen Entscheidungen, politisierte damit das Heer, das sich auch in seiner geistigen Struktur wandelte. Der Armee fiel eine neue politische Rolle zu, das Offizierskorps übernahm in vielerlei Hinsicht die Funktion der bisher politisch führenden Schicht. In der Ära der Pronunciamientos galt das Offizierskorps mehrheitlich als liberal und reformfreudig. Im Vergleich zu den strukturellen Wandlungen in Spaniens Wirtschaft und Gesellschaft änderten sich jedoch Haltung und Verhalten der bewaffneten Macht zwischen 1830 und 1930 nur wenig. Zu dieser - wie zu jeder anderen - Zeit wurde das Denken der Offiziere von der Sorge um die nationale Einheit und Einigkeit beherrscht. Diesem Ziel schien in der

ersten Hälfte des 19. Jh. am besten die konstitutionelle Monarchie zu dienen, zu deren Gunsten die Offiziere wiederholt putschten. In dem fortschreitenden wirtschaftlichen, sozialen, politischen und geistigen Wandel, der das Gesicht Spaniens seit Beginn der Industrialisierung des Landes wesentlich änderte, sahen die Offiziere sodann eine Gefährdung der nationalen Ordnung und fühlten sich zu Hütern der Tradition und der überlieferten nationalen Werte berufen. Andere Träger der Überlieferung, insbesondere die Politiker, erwiesen sich ihrer Auffassung nach als nicht fähig, dem Auflösungsprozeß Einhalt zu gebieten.

Zur weiteren Entfremdung zwischen der militärischen Hierarchie und der zivilen Regierung trug sicherlich die vollständige militärische Niederlage Spaniens im Krieg mit den USA 1898 bei, die den Verlust der letzten Kolonien Kuba, Puerto Rico und Philippinen zur Folge hatte. Die militärische Niederlage bekundete zugleich den Bankrott des politischen Regimes der Restauration und hatte eine weitreichende geistig-moralische Krise des Landes zur Folge, die am deutlichsten von den Vertretern der philosophisch-literarischen Generation von 1898 artikuliert wurde. Außenpolitisch suchte Spanien in Marokko einen Ausgleich für die an die USA verlorenen Kolonien. Schließlich verständigte es sich mit Frankreich über die Abgrenzung der jeweiligen Interessenssphären, und der nördliche Teil Marokkos kam 1904 an Spanien. Die Rifkabylen unterwarfen sich aber der neuen Herrschaft nicht und zwangen die Spanier zu wiederholten militärischen Interventionen. Das gegenseitige Mißtrauen zwischen Armee und ziviler Verwaltung, der unpopuläre Charakter des Marokko-Feldzuges, die dauernden Beschwerden über niedrige Besoldung und schlechte Ausrüstung und der ständige Streit um die Zielsetzungen des Krieges ließen im Offizierskorps eine Atmosphäre der Unzufriedenheit reifen, die langsam in eine erklärte Gegnerschaft zum parlamentarischen System und in eine Politisierung konservativer oder restaurativ-reaktionärer Ausrichtung einmündete.

Da zugleich und verstärkt seit 1917 das politische Spektrum infolge der Zerstückelung der traditionellen Parteienlandschaft immer unübersichtlicher wurde und der Staat zusehends in eine Krise geriet, übernahm durch einen klassischen Staatsstreich der Generalkapitän von Katalonien, Miguel Primo de Rivera, 1923 ohne Blutvergießen und mit dem Wohlwollen der Krone die Macht.

Die Armee vertrat gegenüber den separatistischen Tendenzen im Baskenland und vor allem in Katalonien die unbedingte Einheit der Nation; gegenüber den organisierten Kräften der Arbeiterschaft erschien das Heer als der Garant der bestehenden Ordnung; und gegenüber dem diskreditierten parlamentarischen System verkörperten die Streitkräfte die Werte der Effizienz, der Entschlossenheit und des Patriotismus.

Trotz dieses Selbstverständnisses war die paternalistische Diktatur Primo de Riveras wenig effizient. Allmählich verlor der Diktator die Unterstützung der alten Aristokratie, der Bank- und Geschäftswelt, des Militärs, der Universitäten, der Regionen und schließlich des Königs. Als der General 1930 zurücktrat, war keines der gravierenden soziopolitischen Probleme des Landes gelöst, die tradierte Ordnung jedoch vollends diskreditiert; die Massen wandten sich von der Monarchie ab und der Republik zu.

Für jeden der vier angesprochenen Problemkomplexe lassen sich jeweils zwei Lager ausmachen: landlose Agrararbeiter standen gegen prunksüchtige Großgrundbesitzer, Zentralisten gegen Föderalisten oder Separatisten, putschtrunkene Militärs gegen politische Zivilisten, liberale Verfechter des Laizismus gegen reaktionäre Traditionalisten. Die ideologische Spaltung des Landes in zwei sich gegenüberstehende Richtungen führte zu unversöhnlichen innenpolitischen Polaritäten, deren Probleme 1931, bei der Ausrufung der Republik, nach wie vor ungelöst waren.

Damit komme ich zur zweiten Betrachtungsebene, der Frage nämlich, wie die Republik an die Bewältigung der auf sie überkommenen Strukturprobleme heranging. Als 1931 die Monarchie förmlich ohne Blutvergießen zusammenbrach, harrten die klassischen Probleme dringender denn je einer Lösung. Bei den Gemeindewahlen vom 12. April 1931 siegten auf dem Land noch die monarchistischen, in den größeren Städten jedoch die prorepublikanischen Parteien. Zwei Tage danach wurde die Republik ausgerufen, die ihre wechselvolle Existenz nicht nur unter der Last der traditionell ungelösten Probleme begann, sondern sich in ihren ersten Jahren außerdem noch den in Spanien verspätet eintretenden Folgewirkungen der Weltwirtschaftskrise ausgesetzt sah.

Das neue Regime wurde im ganzen Lande mit großer Begeisterung begrüßt; liebevoll wurde die Republik das schöne Mädchen, *la niña bonita*, genannt; einer demokratisch gewählten Regierung traute man es zu, mit den überkommenen Schwierigkeiten fertig zu werden. Bei den Wahlen zu der Verfassung gebenden Versammlung errangen die Sozialisten und die Republikaner im Juni 1931 einen überwältigenden Sieg. Die Parteien der Linken und der Mitte erhielten zusammen nahezu 400, die der Rechten ungefähr 80 Sitze im Parlament. Dieses Ergebnis, das zu einem deutlichen Übergewicht der reformfreundlichen Kräfte in den Cortes führte, täuscht jedoch hinsichtlich der realen Machtverhältnisse im Lande; das überragene Abschneiden der Linken war nämlich auch auf das republikanische Wahlsystem zurückzuführen, das Parteienbündnisse gegenüber isoliert antretenden Parteien oder gar Einzelkandidaten dadurch begünstigte, daß bereits die relative Mehrheit in einem Wahlkreis zu überproportionaler Mandatszuteilung führte. Während der Zweiten Republik kam es immer wieder zu solchen Wahlbündnissen, die umso erforderlicher wurden, als die parteipolitische Zersplitterung weiter voranschritt; vor allem die Republikaner waren in viele Gruppen gespalten und drängten zu Listenverbindungen. Kam das Wahlsystem 1931 insgesamt der Linken zugute, so hatten sich bis 1933 die Rechtsparteien organisiert und zu einem Wahlbündnis verbunden, während jetzt die Linksparteien in Richtungskämpfe verwickelt waren.

Diese Eigenart des Wahlsystems führte dazu, daß die Geschichte der Zweiten Republik in drei deutlich voneinander unterscheidbare Phasen aufgeteilt werden kann. Die erste Phase wird bienio de reformas genannt, d.h., es handelte sich um jene zwei Reformjahre, in denen die verbündeten Republikaner und Sozialisten die Reform der überkommenen Probleme in Angriff nahmen. Die zweite Phase 1934/35 hat die Bezeichnung bienio negro erhalten, die zwei schwarzen Jahre, in denen die Rechtsregierungen nahezu alle Reformen der ersten Phase, vor allem die auf dem Agrarsektor, rückgängig machten. Die dritte Phase schließlich umfaßt die Monate zwischen den letzten freien Wahlen im Februar 1936, aus denen das Volksfrontbündnis siegreich hervorging, und dem Beginn des Bürgerkrieges im Juli jenes Jahres.

Für die Republik verhängnisvolle Folgen dieses Wahlsystems waren zum einen der Niedergang der gemäßigten Parteien der Mitte, die - wollten sie parlamentarisch überleben - zu einer Wahlkoalition mit der Linken oder Rechten

gezwungen wurden, zum anderen die Vergiftung des politischen Klimas und die Zuspitzung der Gegensätze. Mit ihrer deutlichen Parlamentsmehrheit nahm 1931 die erste Regierung des Linksrepublikaners Manuel Azana mit Tatkraft die Lösung der aus der Monarchie ererbten Probleme in Angriff. Beginnen wir erneut mit dem Agrarsektor.

Das Übermaß an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, der Landhunger der Bauern, die meist rückständig gebliebene Landbautechnik, eher wachsende als sinkende Massenarmut und geringe Arbeitsproduktivität erwiesen die Erforderlichkeit einer ebenso ökonomisch wie sozialpolitisch akzentuierten Agrarreform, um einerseits das Niveau und die Kaufkraft der Landbevölkerung zu erhöhen und damit den Industrieprodukten Absatz zu verschaffen, um andererseits durch Beseitigung krasser Eigentumsunterschiede sowie unzeitgemäßer Pacht- und Arbeitsbedingungen den sozialen Frieden auf dem Lande zu gewährleisten, die ständigen sozialen Eruptionen zu beenden und einen ökonomisch gesunden, staatsbejahenden bäuerlichen Mittelstand zu schaffen. Die rasche Bevölkerungszunahme erforderte eine beträchtliche Erweiterung der Agrarproduktion. Da jedoch die überkommene Agrarverfassung kaum eine Steigerung, eher eine Stagnation der landwirtschaftlichen Erzeugungen in Aussicht stellte, ergab sich die zwingende Notwendigkeit zu einer Agrarreform im Sinne einer Landbesitz- und Landbewirtschaftungsreform. Für die schnell zunehmende Landbevölkerung war die Schaffung von Arbeitsplätzen, die die versteckte Arbeitslosigkeit und die fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Land sowie die daraus resultierende Landflucht beenden sollten, und die Erhöhung des Einkommens, das die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung und damit die Größe des Binnenmarktes für industrielle Fertigwaren erweitern würde, von größter Bedeutung. Der erweiterte wirtschaftliche Inlandsmarkt, der einen Anreiz für die Steigerung der industriellen Produktion darstellen würde, war für die spanische Wirtschaft, deren Auslandsmarkt durch Konkurrenz der Industriestaaten und Zollschränken kaum erweiterungsfähig war, dringend notwendig.

Eine Um- und Neuverteilung von Grund und Boden betraf nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern darüber hinaus das Verhältnis zu anderen Bereichen des sozialen Wandels wie den Sozialstrukturen, den Verhaltensmustern, den kulturellen Vorstellungen, der gesamten sozio-politischen Ent-

wicklung. Landbesitz bzw. gesicherte langfristig angelegte Pachtformen stellten ein wesentliches Mittel zur Partizipation im politischen und ökonomischen Bereich dar. Auf dem Land bedeutete der Besitz von Grund und Boden den Zugang zur ökonomischen und politischen Teilhabe an der Macht. Eine umfassende Agrarreform, die die bisher als Machtbasis dienende Besitzkonzentration auflösen würde, war daher nicht nur eine fundamentale Neuordnung des Agrarsektors, sondern gleichzeitig eine Neuverteilung politischer und sozialer Macht.

Landbesitz und der ihn begleitende Lebensstil betrafen durch traditionelle soziale Beziehungen und nicht selten durch physischen Zwang nicht nur den sozialen Status und das Prestige des Eigentümers, sondern sie brachten zugleich die Macht mit sich, das politische und gesellschaftliche Verhalten der Bauern zu kontrollieren, häufig zu bestimmen. Die konsequente Durchführung einer umfassenden Agrarreform, die auch den sozialen und politischen Anforderungen Rechnung trug, implizierte somit die Änderung bestehender Machtstrukturen.

Die ersten republikanischen Regierungen gingen mit Energie an ihre große Bewährungsprobe heran. 1931 waren sich alle politischen Gruppierungen darüber im klaren, daß das Agrarproblem nicht ohne Zugeständnisse der politisch, wirtschaftlich und sozial traditionellen Führungsschichten bewältigt und die überkommene gesellschaftliche Vorrangstellung nicht ohne Abstriche in das Zeitalter der Industrialisierung, der politischen Massenbeteiligung und der sozialen Egalisierungsbestrebungen hinüber gerettet werden konnte.

Zu den ersten Reformmaßnahmen gehörten das Verbot der grundlosen Annullierung von Pachtverträgen, die bevorzugte Berücksichtigung von Arbeitervereinigungen beim Abschluß weiterer Pachtverträge, die Einführung des Achtstundentages für Tagelöhner, die Einsetzung von Schiedsgerichten, die Pflicht zur Bodenbewirtschaftung. Wenn auch keines der Dekrete in seiner ursprünglich konzipierten Form Anwendung fand, signalisiert die gesetzgeberische Tätigkeit der provisorischen Regierung einen grundlegenden Gesinnungswandel: die Republik, deren Ausrufung von den Arbeitern als Revolution gefeiert wurde, trat mit dem Anspruch auf, die Interessen der Mittellosen und Ausgebeuteten zu vertreten. Zum ersten Mal rückte der Schwerpunkt der Gesetz-

gebung von der Begünstigung der Arbeitgeber, Unternehmer und Grundbesitzer zur Bevorzugung der Lohnabhängigen Massen, des Industrieproletariats und der landlosen Tagelöhner.

Die bedeutendste Maßnahme auf dem Agrarsektor war das Reformgesetz von 1932, dessen parlamentarische Verabschiedung durch den mißglückten Putschversuch des Generals Sanjurjo erheblich beschleunigt wurde. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes regelten die Fragen der Grundbesitzenteignungen, der Entschädigungen sowie der Landverteilung an die Agrarbevölkerung. Der ursprünglich sozialrevolutionäre Entwurf war zwar durch die Aufnahme zahlreicher Sonderklauseln verwässert und seiner Radikalität entkleidet worden; trotzdem zog das Gesetz eine tiefgreifende Änderung des herrschenden Eigentumsrechtes nach sich. Die Fläche, die potentiell enteignet werden konnte, betrug in einigen Gemeinden bis zu 90 % des Ackerbodens; im Süden - vor allem in den Provinzen Córdoba, Badajoz und Sevilla - fielen mindestens 33 % des gesamten und 50 % des bewirtschafteten Landes unter die Bestimmungen des Gesetzes. Der Grundbesitz des Hochadels und die aus der Feudalzeit stammenden Ländgüter konnten in ganz Spanien sofort beschlagnahmt werden. Da die Reform nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern auch unter politischen und hauptsächlich sozialen Gesichtspunkten in Angriff genommen worden war, ging es nicht nur um eine Bodenreform im engeren Sinne, d. h. um eine Änderung der Grundeigentumsverhältnisse, sondern um eine Beseitigung des Eigentumsmonopols an Grund und Boden, eine möglichst breite Streuung des Besitzes sowie eine umfassende Verbesserung der infrastrukturellen Agrarsituation.

Unter dem Einfluß der Schriften Joaquín Costas, der bereits um die Jahrhundertwende in einer berühmten Abhandlung auf die kollektivistische Tradition in der spanischen Landwirtschaft hingewiesen hatte, wurde den Gemeinden außerdem die Rückerstattung des Besitzes zugesprochen, der vor der Entäußerung durch die Gesetze des 19. Jh. kollektiver Bewirtschaftung durch die Gemeindemitglieder unterworfen war. Den Auftrag zur Durchführung der Gesetzesbestimmungen erhielt das Institut für Agrarreform, dem ein Mindestjahresbudget von 50 Mill. Peseten gewährt wurde. Das Septembergesetz von 1932 verschaffte dem Staat ausgedehnte Ländereien zu erschwinglichen Preisen; es schuf die juristischen Voraussetzungen für die Entmachtung der zahlenmäßig kleinen, wirtschaftlich und politisch mächtigen, sozial weitgehend

egoistischen Gruppe von Großgrundbesitzern. Der Erfolg oder Mißerfolg des Gesetzes hing primär von seiner Durchführung ab. Die Regierung Azana legte jedoch nach der Ratifizierung des Gesetzes ein auffälliges Desinteresse im Hinblick auf dessen Durchführung an den Tag, was nicht nur auf die Schwierigkeiten innerhalb der Regierungskoalition zurückzuführen war, sondern vor allem darauf, daß Azaña sich weigerte, zur Durchführung eines in seinen Konsequenzen revolutionären Gesetzes auch revolutionäre Maßnahmen zu ergreifen, und in der Hoffnung, noch jahrelang die Regierung zu bilden, die erforderlichen Schritte hinausschob. Als Azaña im Sommer 1933 gestürzt wurde, hatte er zwar die legalen Voraussetzungen für eine spätere Reform geschaffen, aber sich kaum um deren Durchführung gekümmert.

Die nun folgende Regierung Lerroux ging sofort daran, einen Teil der erlassenen Gesetze außer Kraft zu setzen; die meisten Reformgesetze wurden einfach nicht befolgt; man sprach damals von einer "Reaktion durch Unterlassung". Die in der zeitgenössischen Forschung vertretene, allzu optimistische Einschätzung, daß das Provisorium des Agrarreformgesetzes zu einem Definitivum der spanischen Agrargeschichte werden würde, wurde von der Politik des Jahres 1934 schnell widerlegt. Teilweise gelang es der früheren Landoligarchie, ihren Einfluß im Süden wiederzugewinnen, wodurch sich die Lage der Arbeiterklasse sprunghaft verschlechterte. Die Löhne wurden gesenkt, und durch Gesetz wurde das nach dem vereitelten Putsch des Generals Sanjurjo beschlagnahmte Land an die Eigentümer zurückgegeben. Nach der Übernahme des Landwirtschaftsministeriums durch die reaktionäre Agrarpartei fand die Reform ein klägliches Ende. Das von Monarchisten, Agrariern und Rechtskonservativen majorisierte Parlament schuf innerhalb weniger Tage die legalen Voraussetzungen, um die Reformbestimmungen mit Leichtigkeit umgehen zu können. Die Grundbesitzer machten sich die veränderte Situation zunutze und vertrieben in Extremadura bereits angesiedelte Landarbeiter wieder von ihren Ländereien; die Pachtgebühren wurden beträchtlich erhöht, die Entlohnung der Tagelöhner drastisch gesenkt. Die Agrarpolitik der Jahre 1934 und 1935 trug wesentlich zur Radikalisierung der Landarbeitermassen bei. Die sozialistischen Zeitungen, die bis 1934 durchaus gemäßigt über die Agrarpolitik der Regierung berichtet hatten, forderten nun die soziale Revolution und die Zerstörung des bürgerlichen Staates; auch die sozialistische Gewerkschaft, die anfänglich eine wesentliche Stütze der Republik gewesen war, hatte sich unter

ihrem Führer Largo Caballero revolutionäre klassenkämpferische Parolen zu eigen gemacht. Der Radikalisierungsprozeß hatte 1933 mit der Lohnsenkung begonnen und nach der Übernahme des Landwirtschaftsministeriums durch die Agrarpartei zugenommen.

Nicht minder problematisch gestaltete sich das zweite Hauptproblem: das Verhältnis Staat-Kirche. Als die Republik ausgerufen wurde, wirkte dies auf die kirchliche Hierarchie wie ein Schock. Von Anfang an verfolgte das von sozialistischen und liberalrepublikanischen Parteien getragene Regime eine Trennung von Staat und Kirche; letztere konnte fortan nicht mehr auf den jahrhundertealten staatlichen Schutz setzen, mußte vielmehr mit einer Beeinträchtigung ihrer Stellung in Staat und Gesellschaft rechnen. Ministerpräsident Azaña - der liberale Intellektuelle, der sehr bald zu einem Symbol für die Zweite Republik wurde - verkündete programmatisch und bewußt provokativ, Spanien habe aufgehört, katholisch zu sein. Die Verfassung von 1931 legte den Laizismus des Staates, die Entkonfessionalisierung des Erziehungswesens, die Beschränkung von Kirche und Religion auf den privaten Bereich fest; Zivilehe und Ehescheidung wurden eingeführt, der kirchliche Einfluß im gesellschaftlichen Bereich möglichst weitgehend zurückgedrängt. Alle Orden mußten ihre Liegenschaften vom Justizministerium erfassen lassen, sie durften sich nicht an Wirtschaftsunternehmen beteiligen. Der Jesuitenorden wurde aufgelöst. Der laizistische Charakter des neuen Regimes und der Antiklerikalismus führender Politiker provozierten heftige Reaktionen der verunsicherten kirchlichen Hierarchie, vor allem der katholischen Traditionalisten und der konservativen Rechten. Diese wurden sehr bald zu Gegnern der Republik und zu einem Sammelbecken der Reaktion.

Der Bürgerkrieg ist später oft als Religionskrieg bezeichnet worden, wobei allerdings äußerliche Erscheinungsformen der kulturell-religiösen Gegensätze (etwa Kirchenverbrennungen oder Grabschändungen) zur Ursache und zum Wesen des Krieges gemacht wurden. Übersehen worden ist, daß der Antiklerikalismus der reformfreudigen Mittelschichten sich nicht gegen die Kirche als Glaubensgemeinschaft, sondern gegen die Kirche als Verbündete der traditionell Herrschenden wandte. Laizismus und Trennung Staat-Kirche bedeuteten in diesem Zusammenhang Modernisierung in der Hoffnung, die soziale Bedrohung auf-

zuhalten. Die Kirche aber hat sich in ihrer Existenz bedroht gefühlt und mehrheitlich gegen die Republik ausgesprochen.

Auch die Reform des Militärwesens mißlang weitgehend, obwohl die Republik, verkörpert durch Kriegsminister Azaña, in der Militärreform eines ihrer Hauptanliegen sah. Die drei Zielsetzungen der beabsichtigten Reform waren die Demokratisierung der Streitkräfte, die Verringerung des militärischen Haushaltes und die Verkleinerung des Offizierskorps. Azaña verkürzte den obligatorischen Militärdienst auf ein Jahr, halbierte die Anzahl der Armeedivisionen von 16 auf 8, reduzierte die Anzahl der Offiziere von etwa 26 000 auf 7 600 und bot den ca. 18 000 überzähligen Offizieren die Pensionierung bei vollem Gehalt an. Militärische Ränge, Positionen und Institutionen wurden ersatzlos abgeschafft, der Generalstab und das Kriegsministerium reformiert und verkleinert, die Militärverwaltung in Marokko durch ein ziviles Amt ersetzt. Außerdem sollten Militärgerichte der zivilen Gerichtsbarkeit unterstellt werden.

Diese Maßnahmen hatten eine zunehmende Abneigung vieler Offiziere gegenüber der Republik zur Folge. Die Unzufriedenheit unter den Militärs nahm noch durch politische Beförderungen aufgrund starker von der Regierung geduldeter antimilitaristischer Propaganda und wegen des Ausbleibens der versprochenen Professionalisierung und technischen Modernisierung der Armee zu. Die Haltung der Regierung wurde von der Armee als Demütigung und Herabsetzung interpretiert und bestärkte viele konservative Offiziere in ihrer feindseligen Haltung gegenüber der republikanischen Ordnung. Schon relativ früh wurden daher in den Offizierskasinos Pläne geschmiedet, die auf einen Sturz der Republik abzielten.

Eine Teillösung erfuhr das vierte der überkommenen Hauptprobleme: die offene Frage des politischen Regionalismus. Bereits im September 1932 konnten die Katalanisten für ihre Region ein Autonomiestatut durchsetzen, durch das Katalonien eine eigene Regierung, die Generalitat, ein Parlament sowie umfangreiche Autonomierechte mit unteren und mittleren Verwaltungskompetenzen und einer beschränkten Kulturhoheit erhielt. Die Baskische Nationalistische Partei und die Regierung hofften, ein ähnliches Autonomiestatut auch für das Baskenland erhalten zu können, doch erbitterte Auseinandersetzungen zwischen

den Karlisten von Navarra und den baskischen Nationalisten der übrigen Provinzen Euscadis sowie das Mißtrauen beider streng katholischen Gruppen gegen den Antiklerikalismus der Cortesmehrheit verhinderten die Verabschiedung eines Baskenstatuts. Insgesamt war in den Jahren der Zweiten Republik der baskische Nationalismus auch gemäßigter und schwächer als die ältere regionalistische Bewegung in Katalonien.

Auf welcher prekärer Grundlage auch die Lösung des regionalistischen Katalonienproblems stand, zeigen die Ereignisse von Oktober 1934: Seit den Wahlen von November 1933 regierte Alejandro Lerroux mit seiner Radikalen Republikanischen Partei, die sich von einer zuerst gemäßigt-linken Haltung zu immer konservativeren und schließlich reaktionären Positionen entwickelt hatte. In seinem Kabinett waren auch einige Unabhängige vertreten; parlamentarisch unterstützt wurde die Minderheitsregierung durch die 1933 entstandene rechtskonservativ-katholische Parteienkoalition "Spanischer Bund Autonomer Rechtsparteien" (CEDA) unter ihrem Vorsitzenden José María Gil Robles. Die CEDA setzte sich als Interessenvertretung der Oligarchie für die sozialen und ökonomischen Belange der wohlhabenden Oberschicht ein; sie bekannte sich zwar zur Republik, sah in ihr aber nur eine taktische Notwendigkeit, um zu einem neuen Staat berufsständischer Ordnung zu gelangen; vor allem bekämpfte sie die sozialistische und laizistische Gesetzgebung der ersten zwei Republikjahre. Ihre Methoden und der sie charakterisierende Führerkult ließen sie als eine faschistische Variante erscheinen, die wohl von Engelbert Dollfuß und dem österreichischen Ständestaatskonzept mitbeeinflusst war.

Seit dem Wahlsieg der Rechten und der Übernahme der Regierung durch Lerroux im Jahre 1933 herrschte im Lande nervöse Spannung. In dieser kritischen Situation bildete im Oktober 1934 die CEDA mit der Radikalen Partei eine Regierungskoalition, auf die die Linke mit einem Generalstreik reagierte. Nach Verhängung des Kriegszustandes brach die Streikbewegung fast überall schnell zusammen - mit Ausnahme von Katalonien und Asturien. In Barcelona hatten die Regionalwahlen von 1934 zu einer Generalität geführt, die von der katalanischen Linkspartei Esquerra beherrscht wurde. Sofort kam es zu Reibereien zwischen der zentralistisch orientierten Rechtsregierung in Madrid und der stark autonomistisch ausgerichteten Regionalregierung in Barcelona; Madrid versuchte mit allen Mitteln, die Verwaltungskompetenzen Kataloniens zu be-

schneiden. Im Oktober 1934, als die gegen Madrid gerichteten Gefühle in Barcelona einen Höhepunkt erreicht hatten, proklamierte nun der Präsident der Generalität, Luis Companys, den katalanischen Staat innerhalb der spanischen Bundesrepublik. Die Revolte wurde allerdings nach wenigen Tagen niedergeschlagen, die Generalität suspendiert.

Weiterreichende Folgen hatte der Arbeiteraufstand in Asturien: Dort weitete sich der Generalstreik zu einer sozialen Revolution aus. Sozialisten, Anarchosyndikalisten und Kommunisten schlossen sich unter der Parole "Vereinigt Euch, proletarische Brüder!" zur gemeinsamen Aktion zusammen. Ungefähr 30 000 Bergarbeiter eroberten die Städte Oviedo und Gijón, gründeten Revolutionskomitees und leisteten ca. 2 Wochen lang der Afrikaarmee und der Fremdenlegion, die auf Vorschlag von General Francisco Franco zur Niederwerfung des Aufstandes eingesetzt wurden, Widerstand. Nach erbitterten und blutigen Kämpfen, in denen es zu grausamen Ausschreitungen kam, wurden die Aufständischen besiegt, in ganz Spanien ungefähr 30 000 Gewerkschaftsmitglieder und Verdächtige verhaftet, von denen ein Großteil bis zur Amnestie nach den Volksfrontwahlen von 1936 im Gefängnis saß. Die Nachwirkungen des spanischen Oktober von 1934 führten zu einer deutlichen Radikalisierung der Rechten und der Linken und damit zu einer gesamtgesellschaftlichen Polarisierung im Lande: Die Rechte sah all ihre Befürchtungen bestätigt und betrachtete sich selbst als das einzige intakte Bollwerk gegen Separatismus, atheistischen Liberalismus und eine bevorstehende Sozialrevolution; eventuell bis dahin noch vorhandene republikanische Legalitätsskrupel wurden abgelegt. Die Linke wiederum sah - mit Blick auf Italien, Deutschland und Österreich - auch in Spanien den Faschismus an die Macht kommen; die Notwendigkeit des Zusammenstehens wurde deutlicher als bisher erkannt, was den Zusammenschluß zur Volksfrontkoalition erleichterte. Die deutlichste Radikalisierung erlebte der von Francisco Largo Caballero gesteuerte Kurs der sozialistischen Gewerkschaft. Der Gewerkschaftsführer hatte sich in den ersten drei Jahren der Republik davon überzeugt, daß der reformistische Kurs den Interessen der Arbeiterschaft nicht förderlich war; ab 1935 trat er für die sofortige Durchführung einer sozialen Revolution mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats ein. Spätestens seit 1935 war der Riß im sozialistischen Lager unübersehbar: Der gemäßigt-reformistische Indalecio Prieto beherrschte den Parteivorstand und -apparat, der auf einen proletarisch-

revolutionären Kurs gedrängte Largo Caballero kontrollierte die sozialistische Gewerkschaft. Diese lehnte, ebenso wie die anarchosyndikalistische CNT, den bestehenden Staat ab und erstrebte eine von Arbeitern durchgeführte sozialistische Umwälzung.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien über die Liquidierung des Aufstandes von 1934 lähmten das Kabinett, das mehrfach umgebildet wurde. Seine wichtigste politische "Leistung" war der systematische Abbau aller Errungenschaften der ersten Republikjahre. Korruptionsskandale in der Radikalen Partei führten schließlich zu einer totalen Regierungskrise. Im Januar 1936 löste Staatspräsident Niceto Alcalá Zamora das Parlament auf und schrieb Neuwahlen aus. Zu diesem Zeitpunkt war das Land als Folge der reaktionären Politik der beiden vorhergehenden Jahre zerrissener denn je: die Lage auf dem Land war für viele Tagelöhner unerträglich, während die meisten Großgrundbesitzer die Enteignungsgefahren als gebannt betrachteten; die Militärs hatten ihre Konspirationspläne nicht preisgegeben; der größte Teil der kirchlichen Hierarchie stand in deutlichem Gegensatz zur Republik; das Autonomiestatut für Katalonien war nach dem Oktoberaufstand von 1934 aufgehoben, die Regierung inhaftiert worden. In einem Klima äußerster sozialer und politischer Spannungen wurden die Spanier zum dritten und letzten Mal aufgerufen, ein neues republikanisches Parlament zu wählen.

Damit komme ich zur dritten Ebene, dem innersten Kreis der Betrachtung, der Entwicklung von Februar bis Juli 1936. Für die Wahlen vom 16. Februar 1936 bildete die gesamte Linke Koalitionslisten und trat für ein Wahlprogramm ein, das letztlich nichts anderes als die Übernahme bürgerlich-liberaler Vorstellungen der Republikanischen Linken und der Republikanischen Union war. Die gravierenden Differenzen zwischen diesen mittelständischen und den Arbeiterparteien konnten bei der Formulierung des Programms nicht verschleiert werden. Die republikanischen Parteien lehnten die Forderungen der Sozialisten nach Nationalisierung des Bodens und kostenloser Übergabe an die Landarbeiter sowie nach Verstaatlichung des Bankwesens ausdrücklich ab. Wenn die Linksparteien das Programm, das ihren sozialpolitischen Vorstellungen nicht im entferntesten entsprach, trotzdem mit unterzeichneten, so lag dies vor allem in ihrer Absicht begründet, die Herrschaft der Rechten zu beenden und die politischen Gefangenen durch eine Generalamnestie freizubekommen.

Im Gegensatz zur Linken war die Rechte diesmal nicht in der Lage, gemeinsame Koalitionslisten zu erstellen. Das Ergebnis der Wahl war eindeutig: Abermals durch das Wahlgesetz begünstigt, erhielt die Linke eine überwältigende parlamentarische Mehrheit. Die neuen Cortes setzten sich aus 277 Abgeordneten der Volksfront, 132 der Rechten und 32 der Mitte zusammen. Obwohl die Sozialisten mit 90 Abgeordneten die stärkste Fraktion stellten, lehnten sie eine Mitarbeit in der Regierung ab. In Katalonien stellte Luis Companys erneut die Regierung, in Madrid bildete Manuel Azana mit seinen Linksprepublikanern wieder das Kabinett, mußte jedoch bald feststellen, daß die Arbeiterorganisationen nicht bereit waren, sich für die Verwirklichung bürgerlicher Reformziele einzusetzen.

Die Republik erwies sich als zu schwach, um sich gegen die revolutionären Angriffe der landlosen Arbeiter einerseits und die zunehmende Aggressivität der Rechten andererseits zu verteidigen. Die Regierungen Azaña und - nachdem dieser im Mai Staatspräsident geworden war - Casares Quiroga waren mittelständisch, liberal und demokratisch, die Arbeiterparteien des Volksfrontbündnisses jedoch proletarisch, sozialistisch-kommunistisch und zumindest teilweise revolutionär. Außerdem hatte das republikanische System unter der Gegnerschaft der Anarchisten zu leiden. In Anbetracht der geringen numerischen Bedeutung eines staatsbejahenden, republikanisch eingestellten Mittelstandes war die soziale Basis der Regierung zu schwach, um eine konsequent reformerische, zugleich jedoch nicht-sozialistische Politik durchführen zu können.

In den Monaten nach den Volksfrontwahlen wurde deutlich, daß die Reformpolitik der republikanischen Regierung die drängenden strukturellen Probleme der spanischen Wirtschaft und Gesellschaft nicht lösen konnte. Die Arbeiterorganisationen wiederum konnten und wollten ihre Mitglieder nicht davor zurückhalten, die lange versprochenen, jedoch nicht realisierten Veränderungen - vor allem auf dem Agrarsektor - auf revolutionäre Weise in Angriff zu nehmen. Nach dem Februar 1936 überstürzten sich die Ereignisse. Beginnen wir erneut mit dem Agrarsektor.

Als im Februar die Volksfrontregierung die Amtsgeschäfte aufnahm, belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf dem Agrarsektor auf 522 000, d. h. auf

66 % aller Arbeitslosen. Am 3. März publizierte der neue linksrepublikanische Landwirtschaftsminister ein für die Extremadura gültiges, am 20. März auf die Nachbarregionen ausgedehntes Dekret mit der Aufforderung an alle Landarbeiter, die seit 1934/35 von ihrem Boden vertrieben worden waren, ihr Land zurückzufordern; am 5. März erhielt das Institut für Agrarreform den Auftrag, alle diesbezüglichen Anträge innerhalb eines Monats zu erledigen; am 12. März gab der Minister bekannt, daß binnen einer Woche 40 000 Landarbeiter angesiedelt werden sollten. Dazu kamen zwischen dem 1. Mai und dem 18. Juli 192 Landarbeiterstreiks, an denen bis zu 100 000 Landarbeiter teilnahmen. Am 20. März gestattete der Landwirtschaftsminister dem Institut für Agrarreform, jeden Grundbesitz zu beschlagnahmen, wenn dies dem sozialen Nutzen zugute komme. Parallel dazu fanden in vielen Provinzen des Südens, aber auch in Altkastilien, Salamanca und Toledo, mit dem Ruf "Es lebe die Republik" Hunderte illegaler Landbesetzungen statt, die in ihrer Mehrheit Ende März von der nur aus Republikanern bestehenden Regierung Azana legalisiert wurden.

Selbst der konservative CEDA-Führer José María Gil Robles verweist für die im Frühjahr 1936 einsetzende Revolution die These einer kommunistischen Verschwörung ins Reich der Legende; er führt die beginnende Agrarrevolution auf einen elementaren Landhunger und den pathetischen Glauben an den endlich angekommenen Zeitpunkt der Landverteilung zurück. Die Volksfrontregierung beschleunigte die Enteignungen im ersten Halbjahr ihrer Administration so sehr, daß zwischen März und Juli 1936 zahlenmäßig und ihrem Umfang nach mehr Ländereien enteignet wurden als in den vorausgegangenen fünf Jahren zusammen, in denen den Landarbeitern insgesamt 165 000 ha zugewiesen worden waren. 1936 erhielten demgegenüber mindestens 111 000 Bauern nach unterschiedlichen Angaben des Instituts für Agrarreform zwischen 572 000 und 712 000 ha Land. Ihre eigentliche revolutionäre Akzentuierung gewann die Reform jedoch nicht so sehr durch die Maßnahmen der neuen Regierung als durch die Initiative nichtinstitutionalisierter linksextremer Aktionsgruppen, unter deren Führung, insbesondere in Extremadura, Landarbeiter auf eigene Faust Ländereien besetzten. Mit fieberhafter Aktivität berieten die Cortes 1936 über eine Revision der herrschenden Agrargesetze, bis durch den Militäraufstand der Versuch der Republik, die jahrhundertealten starren Agrarstrukturen zu ändern, in einer blutigen Katastrophe endete.

Auch das Verhältnis von Staat und Kirche war erneuten Spannungen ausgesetzt: Die Regierung konnte den antikirchlichen Leidenschaften (Plünderungen, Brandschatzungen, Verwüstungen) des Proletariats, das in den vorhergehenden zwei schwarzen Jahren erneut die Allianz der konservativ-katholischen CEDA-Partei mit der Amtskirche zu spüren bekommen hatte, nicht mehr Einhalt gebieten. Für den überwiegenden Teil der katholischen Kirche stand es zu Beginn des Bürgerkrieges fest, daß sie sich an diesem "Kreuzzug" auf Seiten der Auständischen "für die Erhaltung der christlichen Zivilisation" und damit für die Wiederherstellung der früheren kirchlichen Stellung in Staat und Gesellschaft beteiligen werde.

Und schließlich die Militärs: Daß Putschabsichten bestanden, war der Regierung und der Öffentlichkeit allgemein bekannt. Schon als sich in der Wahlnacht ein Sieg der Linken abzeichnete, hatte Franco die Ausrufung des Kriegszustandes gefordert. In der Folgezeit wurden die Generäle Franco und Godea auf entfernte Kommandostellen, die Kanarischen bzw. Balearischen Inseln, versetzt. General Emilio Mola, der zum eigentlichen Gehirn des Putsches werden sollte, mußte seinen Posten in Marokko räumen und erhielt ein Kommando in Pamplona; die höchsten Stellen in Nordafrika wurden mit loyalen Offizieren besetzt. Die Regierung konnte durch diese Maßnahmen die Verschwörungspläne erheblich stören, die Konspiration jedoch nicht unterbinden.

Vergiftet wurde die Atmosphäre durch ein auf beiden Seiten feststellbares Klima der Aggressivität und Intoleranz. Vor allem die häufig bewaffneten Jugendgruppen der Falangisten, der Carlisten und der CEDA auf der einen sowie der Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten auf der anderen Seite veranstalteten Krawalle, inszenierten Streiks, begingen politische Morde. Der sprichwörtliche Funke im Pulverfaß war dann im Juli ein doppelter Mord: Am 12. Juli wurde der republikanische Leutnant der Sturmgarde José Castillo von Falangisten oder Carlisten, einen Tag später der Führer der Monarchisten im Parlament, José Calvo Sotelo, von rachedürstenden Kollegen des ermordeten Leutnants umgebracht. Nach dieser erneuten Gewalteskalierung konnte kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß die Verschwörer ihren seit Monaten geplanten Putsch beginnen würden. Es dürfte klargeworden sein, daß sich der Spanische Bürgerkrieg jeder schnellen, vordergründigen Erklärung widersetzt. Bis heute gehen die Meinungen, je nach Erkenntnisinteresse und politischem

Standort, weit auseinander. Es gehört zu den Aufgaben des Historikers, Ursachen zu analysieren und Verantwortlichkeit für politisches Handeln festzumachen. Trotz aller Bedenken und Einschränkungen möchte ich daher abschließend die These aufstellen, daß es letztlich das Verhalten der traditionellen Führungsschichten war, was den Bürgerkrieg unausweichlich machte, da sie nicht einsahen, daß sie einen Teil ihrer überkommenen Machtpositionen in einer von demokratischen Prinzipien regierten Gesellschaft aufgeben mußten. Dieses Bestreben der Oberschichten war zutiefst restaurativ in dem Sinne, daß sie eine Restauration, eine Wiederherstellung der Verhältnisse erstrebten, wie sie vor dem Einbruch der Moderne in das gesellschaftliche Leben Spaniens herrschten. Der restaurative Charakter dieser Bestrebungen und letztlich des Regimes, das sie schufen, nämlich des Franco-Regimes, ist deutlich an den Maßnahmen zu erkennen, die während des Krieges bereits in der Zone der Nationalisten ergriffen wurden (vgl. den innersten Kreis): Im Landwirtschaftssektor erfolgte eine Restauration vorrepublikanischer Agrarverhältnisse, während in der republikanischen Zone eine Agrarrevolution um sich griff; die Staatsverwaltung wurde erneut zentralisiert, ja überzentralisiert, während in der republikanischen Zone mehrere autonome Regionen vorübergehend eine Quasi-Selbstständigkeit erringen konnten; das Militär trat erneut, wie so häufig, an die Stelle der als korrupt betrachteten Politiker, während in der republikanischen Zone die Armee ganz aufgelöst und durch Milizen, später dann durch eine neue Volksarmee ersetzt wurde; die Kirche schließlich, die den Aufstand als Kreuzzug legitimierte, wurde in all ihre Rechteiedereingesetzt, während sie in der republikanischen Zone heftiger Verfolgung durch ein leidenschaftlich aufgewühltes Volk ausgesetzt war.

Bei dieser Zuteilung von Verantwortlichkeit spreche ich nicht von ausschließlicher Verantwortung. Unbestritten ist, daß auch ein großer Teil der Linken die Legitimität der Republik nicht akzeptierte, 1934 auch den Pfad der verfassungsmäßigen Legalität verließ, zur Gewaltanwendung nicht minder bereit war als die Rechte. Nicht weniger unbestritten scheint es mir allerdings zu sein, daß es nicht diese Aktionen des radikalisierten Proletariats waren, was zum Untergang der Republik führte, sondern (ich wiederhole) die Nicht-Anerkennung der beabsichtigten Reformmaßnahmen einer legal und demokratisch gewählten Regierung durch die traditionellen Oberschichten. Schließlich sahen die reformistischen Kräfte sich zwischen rechts und links

aufgerieben. Den Rechten ging jegliche, auch die bescheidenste, Reform zu weit; der Linken ging es nicht schnell und weit genug. Symptomatisch für diese Polarisierung ist das Verhalten der Regierung am 18. Juli 1936, am Tag des Putsches: Während sie auf der einen Seite Gespräche mit den aufständischen Generälen führte und sie erfolglos von ihrem Aufstand abbringen wollte, weigerte sie sich auf der anderen Seite, Waffen an das Volk auszugeben, das sich den aufständischen Militärs entgegenwerfen wollte. Die Angst vor der Linken war in der Regierung mindestens ebenso groß wie die vor der Rechten. Deutlicher hätte das Dilemma Spaniens in den 30er Jahren, seine Zerrissenheit, nicht zum Ausdruck gebracht werden können.

Lassen Sie mich zum Abschluß zwei Zitate bringen, die die Positionen der gegnerischen Seiten exemplarisch widerspiegeln und die bisherigen Argumente gewissermaßen antithetisch zusammenfassen: Am 17. Juli, dem Beginn des Putsches, verkündete General Franco im ersten Aufruf des Bürgerkrieges, noch vom nordafrikanischen Tetuán aus: "Spanier: die Ihr den heiligen Namen Spaniens empfindet, die Ihr Euch feierlich in Heer und Marine dem Dienst am Vaterland verschrieben habt, die Ihr geschworen habt, es bis zum letzten Atemzug zu verteidigen - Euch ruft die Nation zu ihrer Verteidigung. Die Situation in Spanien wird täglich kritischer; die Anarchie herrscht auf den meisten Feldern und in den Dörfern; von der Regierung ernannte Behörden stehen den Umstürzen vor, wenn sie sie nicht sogar fördern. Revolutionäre Streiks jedweder Art lähmen das Leben der Bevölkerung und ruinieren und zerstören ihre Quellen des Wohlstandes. Monumente und Kunstschatze werden rücksichtslos von revolutionären Horden angegriffen, die den Anweisungen folgen, die sie aus dem Ausland erhalten. Während in den Städten und auf dem Land die schlimmsten Vergehen begangen werden, bleiben die öffentlichen Ordnungskräfte in ihren Kasernen. Die von allen geschändete Verfassung liegt gänzlich darnieder. Es gibt keine Gleichheit vor dem Gesetz, keine Freiheit, keine Brüderlichkeit; Haß und Verbrechen sind an die Stelle des gegenseitigen Respekts getreten. Die Einheit des Vaterlandes wird durch territoriale Zersplitterung bedroht. Können wir dieses beschämende Schauspiel, das wir der Welt liefern, einen einzigen Tag länger erdulden? Dürfen wir etwa Spanien den Feinden des Vaterlandes übergeben und es kampf- und widerstandslos ausliefern? Niemals! Das sollen Verräter tun!"

Wenige Tage danach erwiderte ihm Parlamentspräsident Diego Martinez Barrio über Radio Madrid: "Spanier: Die Meinung der Welt und die unseres Landes sind durch die legitime Regierung der Republik bestens und ehrlich über die Lage in Spanien und die bedauerliche Entwicklung auf dem militärischen Sektor informiert. Mit der Autorität meines Amtes in der spanischen Politik sage ich, daß die Behauptung der aufständischen Generäle eine glatte Unwahrheit ist. Die Militärrebellion erfolgt nicht gegen eine marxistische Regierung noch gegen einen marxistischen Staat. Die Generäle, Vorgesetzten und Offiziere, die sich erhoben haben, sind gegen den spanischen Staat aufgestanden, der durch einen Präsidenten der Republik, durch ein legitim gewähltes Parlament und durch eine verfassungsgemäß bestimmte exekutive Macht repräsentiert wird. Sicherlich werden der Staat und seine legitimen Gewalten von der Arbeiterklasse, die durch ihre Gewerkschaften und Parteien vertreten ist, unterstützt, etwa durch die sozialistische und die kommunistische Partei, die anarchosyndikalistische und die sozialistische Gewerkschaft sowie durch andere Organisationen. Ehre verdienen sie alle, die keine Arbeit, keinen Wachdienst, keine Opfer und vor allem kein Blut zur Verteidigung der demokratischen Republik gescheut haben. Aber hinter dem Staat befinden sich, ebenfalls kampfbereit, die republikanischen Parteien, die im April 1931 zur Errichtung des neuen Regimes beigetragen haben; die Boden-, See- und Luftstreitkräfte, die ihrem geleisteten Eid treu geblieben sind; die Handels-, die Industrie- und die Agrarklasse unseres Landes; die Beamten, die sich der Verantwortlichkeit ihrer Funktion würdig erwiesen haben und vor allem das spanische Volk, das echte und legitime Spanien, das immer mehr zu seinem eigenen Herrn und dem seines Schicksals wird.

Die ganze Rebellion beruht auf der falschen Annahme, daß die Regierung des Landes durch illegitime Gewalt usurpiert werde und daß der Sieg des Staates die Einsetzung eines kommunistischen politischen Systems bedeute. Es ist zwar verständlich, daß die aufständischen Generäle eine Rechtfertigung für ihr Verhalten suchen, aber weder die Geschichte noch ihre Mitbürger, die Opfer dieses Bürgerkrieges sind, werden sie entschuldigen. Warum haben sie es getan? Wozu haben sie es getan? Ihre Absicht ist so offensichtlich, daß nur die Verstandesblinden oder die von Bosheit Geblendeten es nicht zugeben können. Es handelt sich ganz einfach darum, den allgemeinen Willen des gesamten Volkes durch den einer sozialen Klasse zu ersetzen, die ihre Privilegien verewigen will."

Diese beiden Aufrufe machen noch einmal die konträren Positionen im Sommer 1936 deutlich. Eine Versöhnung erschien unmöglich, der Bürgerkrieg hatte begonnen.

In historischer Perspektive standen sich im Spanischen Bürgerkrieg zum hoffentlich letzten Mal jene von Philosophen und Schriftstellern so oft beschworenen zwei Spanien gegenüber. In reiner Ausprägung hat es diese zwei Spanien sicherlich nie gegeben, als Vorstellung und Mythos aber entwickelten sie zweifellos geschichtsträchtige Wirkung. Kein geringerer als der Lyriker Antonio Machado hat das Spanienproblem in seinen Gedichten thematisiert. Wie kaum ein Zweiter, steht auch Antonio Machado für die Zerrissenheit des Landes in den 30er Jahren: Er war überzeugter Verfechter der republikanischen Legalität, sein Bruder Manuel gehörte dem franquistischen Lager an. Antonio Machado mußte 1939, wie Hunderttausende, mit seiner sterbenskranken Mutter aus dem Land fliehen. Dem überholten und absterbenden Spanien der Blechmusik und Schellentrommel, das stellvertretend für den konservativen Traditionalismus des Landes stand, stellte er das aufstrebende und zukunftssträchtige Spanien des Meißels und der Keule gegenüber. Die Polarität der Extreme ist ein immer wiederkehrendes Motiv in seiner Lyrik. Das heutige Spanien kann sich glücklich schätzen, daß die drohende Warnung in Machados wohl bekanntem Vierzeiler der historischen Vergangenheit angehört, daß es nicht mehr Beschreibung der spanischen Realität von heute, sondern ein Rückblick in eine andere, überwundene Welt ist; heute gehört sein Vierzeiler der Weltliteratur an. Er lautet:

"Kleiner Spanier, der du auf die
Welt kommst: Behüt dich Gott!
Eines der beiden Spanien
wird dein Herz gefrieren lassen."

Españolito que vienes al mundo
te guarde Dios.
Una de las dos Españas
ha de helarte el corazón.

Die POUM im Spanischen Bürgerkrieg

Von Reiner Tosstorff

Diese Partei mit dem etwas komplizierten Namen - Partido Obrero de Unificación Marxista (Arbeiterpartei der Marxistischen Vereinigung) - ist fast nie unter ihrem vollen Namen bekannt, sondern meist nur unter ihrer Abkürzung: POUM. Wie man weiß, war die POUM eine relativ kleine Organisation. Was aber machte dann ihre Bedeutung aus?

Im folgenden möchte ich zu skizzieren versuchen, welchen Faktor sie tatsächlich darstellte, und daraus wird sich dann hoffentlich auch die Beantwortung der Frage nach ihrer Bedeutung ergeben. Darüber hinaus gibt es natürlich auch Deutungen, die dadurch aufgetaucht sind, daß die POUM zum Objekt der Propaganda wurde - was heute vielleicht nicht mehr allgemein bewußt oder bekannt ist. Es war ja so, daß die Verfolgung der POUM in der spanischen Republik als Ergebnis sowjetischen Drucks einsetzte. Hier wurde die POUM über Spanien hinaus für einige Jahre so etwas wie ein entscheidender Faktor in der internationalen Auseinandersetzung der Linken, weil die Sowjetunion die Haltung, die sie in Spanien eingenommen hatte, in der Propaganda auf internationaler Ebene rechtfertigen wollte und deshalb die POUM zu einem ständigen Thema machte, was ihrer Bedeutung eigentlich gar nicht recht angemessen war. Man kann dies in vielen Romanen der Volksfrontära finden oder beim Durchblättern alter Zeitungen und Zeitschriften. Da wurde die "Verdammung" der POUM zu einem Thema gemacht.

Sieht man davon einmal ab, so ist die POUM vor allem durch das Buch von George Orwell, "Mein Katalonien" (Original: "Homage to Catalonia") bekannt geworden, das ja nicht nur zu den Klassikern der Bürgerkriegsliteratur, sondern zu den wichtigen Texten der modernen Literatur überhaupt gehört. Allerdings ist auch schon wieder in Vergessenheit geraten, daß in den 60er Jahren die POUM auch eine Rolle in der Propaganda der bundesdeutschen Rechten spielte - nämlich in deren Kampagnen gegen Willy Brandt. In einer kuriosen Weise wurde aus seinen Verbindungen zur POUM während des Bürgerkriegs konstruiert, er wäre praktisch ein sowjetischer Agent gewesen. Das stellt, wie

sich leicht nachweisen läßt, die Dinge natürlich auf den Kopf.

In diesem Zusammenhang sei auf einen Text verwiesen, in dem darauf eingegangen wurde und an den sich heute sicher kaum noch jemand erinnert. Es handelt sich um eine Glosse, die Günter Grass im Bundestagswahlkampf von 1961 geschrieben hat: "POUM oder die Vergangenheit fliegt mit". Ich will aber hieraus lediglich die Definition oder Charakterisierung der POUM zitieren, die er gab. Sie lautet: "Die POUM (...) war eine spanische linkssozialistische Arbeiterpartei, die innerhalb des republikanischen Lagers von den Kommunisten bekämpft und mit stalinistischen Methoden als Trotzkistenpartei verfolgt wurde." Diese Definition ist eigentlich so präzise, daß man sie auch heute noch an den Anfang eines Vortrages über diese Partei stellen kann. Sie räumt u.a. auch die Bezeichnung aus, die sonst meistens noch in der historischen Literatur - oder zumindest in der älteren aus den 50er und 60er Jahren - auftaucht, wo die POUM gerne als "trotzkistisch" bezeichnet wird. Soll dieses Adjektiv einen Sinn ergeben, dann hätte die POUM Mitglied der von Trotzki in den dreißiger Jahren geführten Organisation sein müssen. Doch wie wir sehen werden, gab es trotz Übereinstimmungen in Einzelfragen große Differenzen und Auseinandersetzungen mit Trotzki, und sie gehörte auch nicht seiner Organisation an. Also ist diese Bezeichnung natürlich falsch und Ergebnis einer Propaganda, die durch Stichworte wie Moskauer Prozesse usw. gekennzeichnet werden kann.

Tatsächlich gehörte die POUM, wenn man sie international einordnet, in den Zusammenhang des Linkssozialismus, der "Zwischengruppen", wie sie heute manchmal genannt werden. Diese grenzten sich von links her zugleich von der Zweiten und der Dritten Internationale, von denen sie sich zumeist abgespalten hatten, ab. Als organisatorischer Zusammenschluß bildete sich das "Londoner Büro", dem auf deutscher Seite die SAP angehörte. Ihre für die Kontakte zur POUM wichtigen Mitglieder (nämlich ihre Vertreter in Barcelona während des Bürgerkriegs) waren zuerst Max Diamant und dann Willy Brandt. Auch die KPO, die Gruppe der "rechtskommunistischen" Opposition in der KPD um Heinrich Brandler und August Thalheimer hatte - zumindest in dessen Spätphase - gewisse Beziehungen zum Londoner Büro. Vielleicht ist das Stichwort "Linkssozialismus" insofern etwas problematisch, als es verdeckt, daß der Ursprung eines Teils dieser Gruppen und darunter nicht zuletzt der POUM in

der innerkommunistischen Opposition der beginnenden Stalin-Ära (Mitte/Ende der 20er Jahre) lag.

Auf jeden Fall zeigt der Name der Partei, die Verwendung des Adjektivs "marxistisch" auch gleich an, daß sie sich vom Anarchismus abgrenzte, der im großen und ganzen bis 1939 die stärkste Strömung der spanischen Arbeiterbewegung darstellte und damit ja auch als die Besonderheit der spanischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts gilt. Neben ihrer Abgrenzung von der sozialistischen und der kommunistischen Partei, denen vorgeworfen wurde, nicht konsequent revolutionär und marxistisch zu sein, stand die POUM also auch in einem politisch-ideologischen Gegensatz zu den Anarchisten.

Ich sagte schon, daß die POUM ihre Wurzeln im spanischen Kommunismus hatte. Sie entstand 1935 aus dem Zusammenschluß zweier Gruppierungen, die um das Jahr 1930 aus der KP ausgeschlossen worden waren. Zum einen handelte es sich um die Anhänger Leo Trotzki, was später auch als Rechtfertigung für die Verwendung der Bezeichnung "trotzkistisch" herangezogen wurde. Sie hatten allerdings Differenzen zu Trotzki entwickelt, was unmittelbar vor dem Bürgerkrieg und dann noch schärfer während des Bürgerkriegs zu heftigen Polemiken führte. Ihre bekannteste Persönlichkeit war Andreu Nin, zu Beginn der 20er Jahre Sekretär der CNT, dann lange in Moskau Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale, des gewerkschaftlichen Arms der Komintern. Er hatte sich auch einen Namen als katalanischer Intellektueller gemacht. Zum anderen gab es den "Arbeiter- und Bauernblock", eine hauptsächlich in Katalonien beheimatete und vielleicht als "nationalkommunistisch" zu bezeichnende Gruppierung. Auch ihr bedeutendster Führer, Joaquín Maurín, kam aus der CNT. International kann man sie vielleicht am ehesten noch mit der deutschen KPO vergleichen.

Diese Gruppierungen vereinigten sich 1935, nachdem sie sich in den Jahren zuvor (also in der ganzen Zeit der Zweiten Republik) heftige Polemiken geliefert hatten. Auf diese Vorgeschichte möchte ich allerdings nicht eingehen, da sie nicht zum Thema gehört. Auch möchte ich zur allgemeinen Problematik der Zweiten Republik nichts sagen; sie ist beim vorigen Vortrag wohl schon genügend angeklungen.

Um aber das Feld zu zeigen, in dem diese Partei operierte, vorab einige kurze Bemerkungen zur Gesamtsituation der spanischen Arbeiterbewegung jener Jahre:

Auf der einen Seite findet man die Sozialisten (PSOE), die über eine eigene Gewerkschaft (UGT) verfügten. Die PSOE war von 1931 bis 1933 an der Regierung beteiligt. Das Scheitern der dabei versuchten Reformpolitik führte zu einem Radikalisierungsprozeß, dessen Wortführer der Gewerkschaftsvorsitzende Largo Caballero war. Auf der anderen Seite verfügten die Anarchisten über bedeutenden Einfluß vor allem in Katalonien mit ihrem Gewerkschaftsbund CNT. Dieser wurde von einer Art politischer Organisation des Anarchismus, man könnte fast schon sagen, einer anarchistischen Partei, der FAI, dominiert, die in den Anfangsjahren der Republik versuchte, über Generalstreiks und lokale Aufstände den "libertären Kommunismus" einzuführen. Die kommunistische Partei spielte dagegen keine Rolle. Sie war bis 1935/36 unbedeutend und hatte sehr stark sektiererische Züge. Die wichtigsten ihrer Gründer waren seit Jahren ausgeschlossen und fanden sich nun in der POUM wieder, an der natürlich noch eine weitere Generation von Aktivisten der Arbeiterbewegung beteiligt war: die Generation, die Anfang der 30er Jahre mit der Proklamation der Republik in das politische Leben eingetreten war.

Das Ausgangsfeld der POUM muß noch um einen weiteren Faktor ergänzt werden, um den "Oktober 1934". Gegen den Eintritt einer Rechtspartei, vor der man - zu Recht oder zu Unrecht - die Einrichtung einer klerikalfaschistischen Diktatur erwartete, erhoben sich die Arbeiter unter dem Zeichen der "Arbeiterallianz", wie sich das Anfang 1934 in vielen Regionen Spaniens geschlossene Bündnis des überwiegenden Teils der Arbeiterorganisation nannte, das durch gemeinsamen Kampf eine Niederlage wie in Deutschland verhindern sollte. Während vielerorts der Generalstreik jedoch schnell zusammenbrach, kam es in Asturien zu einem regelrechten Aufstand, der erst nach mehreren Wochen durch Einsatz der Fremdenlegion niedergeschlagen wurde. In Katalonien, wo die beiden kommunistischen Oppositionsgruppen zu den eifrigsten Propagandisten der Arbeiterallianz gehört hatten, führte der Generalstreik nur deshalb nicht zum Aufstand, weil hier die Anarchisten unter dem Einfluß der FAI nicht mitmachen wollten: Sie mißtrauten den "Marxisten" und den katalanischen Nationalisten. Beide kommunistische Oppositionsgruppen zogen nach diesen Kämpfen den Schluß, daß die Einheitsfront der Arbeiter alleine nicht ausreiche. Man

bräuchte eine einheitliche revolutionäre Partei als Voraussetzung für den Sieg. Hauptansprechpartner für beide Gruppen waren dabei die linken Sozialisten. Sie hätten einer einheitlichen revolutionär-sozialistischen Partei erst die Massenbasis gegeben. Aus einer Reihe von Gründen verblieb der linke Flügel in der PSOE: Der Name "Arbeiterpartei der marxistischen Vereinigung" blieb somit noch im wesentlichen Anspruch, ein Projekt.

Was nun Stärke und Einfluß der Ende September 1935 gegründeten POUM anbelangt, so umfaßte sie gegen Ende 1935 ungefähr 6000 Mitglieder, was natürlich nicht viel ist im Vergleich zu den Massengewerkschaften CNT und UGT (was hier für die entsprechenden politischen Tendenzen steht) mit jeweils mehr als einer halben Million Mitglieder. Dadurch, daß sich neun Zehntel der Partei aber auf einen regionalen Schwerpunkt, nämlich Katalonien, konzentrierten, sah das aber schon etwas anders aus. In Katalonien war der Sozialismus sehr schwach geblieben, die kommunistischen Kräfte befanden sich fast geschlossen in der POUM. Die "klassische" Arbeiterbewegung Kataloniens war anarchistisch. Aus der CNT kam ja auch ein Großteil der POUM-Führung.

Dieser regionale Schwerpunkt bedeutete zugleich auch eine enge Verbindung der Partei mit der nationalen Frage. Sie war in ihrer Mitgliederbasis stark katalanisch geprägt. Gemeint ist damit die "nationale Herkunft" ihrer Mitglieder. Denn ein Großteil der Arbeiter in Katalonien war ja aus dem übrigen Spanien eingewandert und stand oft in einer gewissen Opposition zu den politischen und kulturellen Ansprüchen des katalanischen Nationalismus. Diese Tradition der Arbeiterbewegung drückte sich vor allem in der CNT aus. In der POUM kann man demgegenüber vom Zusammenfließen der beiden folgenden Strömungen reden: der revolutionär-syndikalistischen aus der Anfangszeit der CNT, als die spezifisch anarchistische Ideologie noch nicht eine solche Rolle spielte, und wofür Nin und Maurín stehen, und einer radikal-nationalistischen, zugleich aber linksgerichteten Strömung, die sich während der Primo de Rivera-Diktatur herausgebildet hatte und für die die Lösung der nationalen Frage, wie sie die Sowjetunion anzubieten schien, Vorbild war. Demzufolge lag die Basis der POUM eher bei den katalanisch-sprechenden Arbeitern, d.h. vor allem außerhalb der Stadt Barcelona oder innerhalb der Stadt im Bereich der Angestellten (v.a. im Handel, die unter miserablen Bedingungen arbeiteten) oder Facharbeitern wie z.B. Druckern. Die "schweren Bataillone" in

der Stadt Barcelona (Bau-, Textil- und Metallarbeiter, öffentlicher Nahverkehr) waren 1935/36 trotz aller internen Krisen der Gewerkschaft weiterhin unter Kontrolle der CNT. Aus der Konkurrenzsituation heraus stand die POUM natürlich sogleich in einer heftigen Konfrontation zur CNT. Gegenüber den Anarchisten war natürlich das Argument, stärkste Arbeiterpartei in Katalonien zu sein (da die Sozialisten dort bedeutungslos waren), ohne Wert.

Außerhalb Kataloniens waren die Ortsgruppen der neuen Partei eigentlich - mit Ausnahme des nördlichen Teils des Landes Valencia, also des unmittelbar an Katalonien angrenzenden Gebiets, - nur "Kaderkerne": Gruppen von 10-20 bis höchstens 100 Mitgliedern (z.B. in Madrid), die mehr propagandistisch Einfluß nehmen konnten als so etwas wie Anführer von Massenbewegungen oder Gewerkschaften zu sein. Das heißt nicht, daß sie überhaupt keinen politischen Einfluß ausübten. Im Gegenteil, es handelte sich bei den POUM-Mitgliedern zumeist um langjährig aktive, intellektuell-theoretisch geschulte wie politisch erfahrene Aktivisten, die als solche von den übrigen Arbeiterorganisationen respektiert wurden. Aber diese anderen Organisationen bestimmten das Geschehen am Ort. Ich will all diese Ortsgruppen nicht aufzählen. Sie waren über ganz Spanien verstreut. Nur das aus allgemeinen Gründen natürlich wichtige Madrid ist bereits erwähnt worden. Zwar begann sie, in den nach der Parteigründung folgenden Monaten Einfluß zu gewinnen, sich zu vergrößern und so etwas wie regionale Parteistrukturen aufzubauen, aber bezeichnenderweise war dieser Prozeß am vielversprechendsten in Galizien, einem vergleichsweise unterentwickelten Gebiet, in dem die traditionellen Arbeiterorganisationen auch nicht auf eine bedeutende Geschichte zurückblickten wie in andeen Teilen Spaniens. Wohin dieser Prozeß hätte führen können, wenn der Militärputsch erst später ausgebrochen wäre, ist natürlich eine rein spekulative Frage.

Wichtig für die innere Dynamik der POUM ist aber noch, daß diese Gruppen außerhalb Kataloniens fast ausnahmslos vom Trotzkismus herkamen, der ihr Selbstverständnis nach der Fusion auch noch in großem Umfang prägte. Für den Arbeiter- und Bauernblock war aber diese 'nationale Verbreitung' der Trotzkisten ein wichtiges Argument für die Fusion gewesen. Den das ermöglichte die unmittelbare Inangriffnahme einer gesamtspanischen Parteibildung. Um dieses Stichwort noch einmal aufzugreifen: Trotzki selbst hatte die Gründung

der POUM kritisiert, ohne sich allerdings zunächst zu dieser Partei in scharfen Widerspruch zu setzten. Erst die späteren Ereignisse führten dann zu heftigen Polemiken und einem politischen Bruch.

Was die politische Entwicklung bis zum 19. Juli angeht, so sei sie hier nur stichwortartig skizziert. Nach zwei Jahren Rechtsregierung kam es im Februar 1936 zu Neuwahlen, bei denen die Linke in einem Bündnis vereint auftrat. Für einen Teil war dieses Bündnis eine rein defensive Volksfront, für den anderen - linke Sozialisten, vor allem aber die POUM - nur eine erzwungene vorübergehende Taktik, um eine Amnestie für die "Oktoberkämpfer" zu erwirken. Die nach dem Wahlsieg der Linken eintretende Polarisierung steuerte dann fast folgerichtig auf den Militärputsch als Antwort der Rechten zu. Er begann am Abend des 17. Juli. Als am 19./20. Juli in Barcelona und dann in Madrid die Arbeiterorganisationen (im Bündnis mit wenigen loyalen Einheiten) diesen Putsch niederschlugen, war aber genau das eingetreten, was die Militärs hatten verhindern wollen: eine Revolution. Da der Putsch aber in anderen Gebieten erfolgreich war, begann jetzt ein drei Jahre dauernder Bürgerkrieg.

Auf dessen allgemeinen Verlauf will ich hier nun nicht weiter eingehen, sondern mich auf die Rolle beschränken, die die POUM dabei einnahm. Ihre Mitglieder - egal wie stark die Gruppen waren - beteiligten sich natürlich überall an den Kämpfen. Dort, wo der Putsch unmittelbar siegte, wurden auch ihre Mitglieder niedergemetzelt: So in Galizien, im westlichen Andalusien, in Altkastilien, in Navarra, dann im August in der Gegend um Badajoz (übrigens alles alte trotzkistische Gruppen, was dann für die innerparteiliche Dynamik auch die Folge hatte, daß das Gewicht der Tradition des "Arbeiter- und Bauernblocks" noch schwerer wog). In der republikanisch gebliebenen Zone stach natürlich Katalonien hervor: Hier hatte die Partei vor dem 19. Juli ihren Schwerpunkt gehabt, hier konnte sie nun wirklich Einfluß ausüben. D.h. nicht, daß sie im übrigen Gebiet nicht präsent war. Doch im Norden - Asturien, Baskenland - blieben ihre Gruppen weiterhin sehr klein, trotz des Einflusses einzelner Mitglieder. Die Madrider Ortsgruppe war zwar sehr aktiv, gegenüber den anderen Arbeiterorganisationen aber weiterhin hoffnungslos minoritär. Die Teile Valencias, wo es Einfluß gab, waren ihrerseits wiederum gesamtpolitisch gesehen zu bedeutungslos. So verlagerte sich nun das Schwer-

gewicht der Partei noch eindeutiger nach Katalonien. Der Versuch, eine 'gesamtstaatliche' Kraft zu werden, war durch die politische Entwicklung abgebrochen. Ich will mich deshalb im weiteren auch ganz auf Katalonien konzentrieren, und hier wiederum natürlich wegen der entscheidenden Bedeutung, auf Barcelona.

Die katalanische Entwicklung wurde natürlich ganz von den Anarchisten geprägt. In der ganzen republikanischen Zone - mit Ausnahme des Baskenlandes - war am 19./20. Juli an die Stelle des Staates die Herrschaft der Arbeiterorganisationen in Gestalt von Komitees und Milizen getreten, da die Armee auseinandergebrochen war. Zwar blieben die Regierungen - die Madrider Zentralregierung und die katalanische Regionalregierung - weiterhin bestehen. Doch ihre Macht stand in diesem "kurzen Sommer der Anarchie" (Enzensberger) zunächst nur auf dem Papier; wenn auch ihre formale Weiterexistenz immerhin schon die künftige Möglichkeit für sie eröffnete, sich die Macht bei einem geänderten Kräfteverhältnis zurückzuholen.

In Katalonien war diese revolutionäre Entwicklung wegen des dominierenden Einflusses der Anarchisten am weitesten getrieben. Hier bildete sich in Gestalt des "Zentralkomitees der antifaschistischen Milizen" auch so etwas wie eine embryonale oder vielleicht besser gesagt potentielle Gegenregierung heraus. Denn aus einer Reihe von Gründen, die vor allem etwas mit den Anarchisten zu tun haben, bildete sich daraus kein den Revolutionen von 1917/18 vergleichbarer "Rat" heraus, der dann auch noch nach der Macht gegriffen hätte.

Wie gesagt, die POUM versuchte überall, Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen. In manchen Gegenden Kataloniens dominierte sie sogar die Komitees. Doch innerhalb Barcelonas und innerhalb des Zentralkomitees der Milizen war sie eine Minderheit. Darüberhinaus sahen die Anarchisten in diesen Sommermonaten die POUM sehr kritisch. In dieser Zeit war die POUM die einzige dynamische revolutionäre Kraft, die ihnen Konkurrenz zu machen versuchte. Das Beispiel der russischen Revolution vor Augen, wo die Bolschewiki die Anarchisten beiseite gedrängt hatten, und angesichts der erklärten Bemühung der POUM, die spanischen Bolschewiki zu werden, achteten die Anarchisten darauf, die Einflußmöglichkeiten der POUM zu begrenzen. Es kam darüber sogar zu einer Ver-

ständigung mit der soeben gebildeten "Sozialistischen Einheitspartei Kataloniens" (PSUC), formal die Vereinigung von Sozialisten und Kommunisten, faktisch nichts anderes als die erweiterte KP. Dies mag aus späterer Sicht verwundern, aus der Konkurrenzsituation von CNT und POUM während des Sommers ist das aber erklärlich.

Die politische Linie der POUM nach Beginn des revolutionären Prozesses ist dadurch zu charakterisieren, daß sie sich als am weitesten linksstehende Partei zu profilieren versuchte: Die Revolution, die in den Betrieben begonnen und zu den Milizen und Komitees geführt hatte, also noch im Stadium der "Doppelherrschaft" stand, um diesen während der russischen Revolution von 1917 geprägten Terminus hier zu verwenden, sollte zu einer alleinigen und ausschließlichen Regierung der Arbeiterorganisationen weitergetrieben werden. Damit grenzte sich die POUM von der Volksfrontpolitik ab, die auf dem Bündnis mit den linksbürgerlichen Republikanern beruhte.

Eine solche Arbeiterregierung kam aber vor allem deshalb nicht zustande, weil sich die Anarchisten in Katalonien sehr schnell dazu entschlossen, die Generalität, die autonome Regionalregierung, nicht nur nicht bestehen zu lassen, sondern auch mit ihr zusammenzuarbeiten und schließlich im September sogar in sie einzutreten. (Diese vielleicht etwas merkwürdige Entwicklung des Anarchismus, der die Möglichkeit hatte, die Regierung und den Staat aufzulösen, es aber nicht tat, wird ja wohl sicher in den folgenden Vorträgen noch ausführlicher diskutiert werden).

Für die POUM hatte dieses Verhalten der Anarchisten weitreichende Konsequenzen. Sie war nur eine Minderheitspartei - selbst wenn ihre Mitgliederzahl stark zugenommen hatte, aber das war bei den anderen Organisationen ebenso der Fall - , sie konnte also die Entscheidungen nicht "diktieren". Wenn sie sich auch an dem Vorbild der Bolschewiki orientierten, eines war in Spanien angesichts entwickelter Organisationen mit jahrzehntealten Traditionen, einer Arbeiterklasse, die bei aller spontanen Radikalität somit auch "konservativer" war, nicht möglich: daß eine revolutionäre Minderheit durch konsequente Kritik von links innerhalb einer zugespitzten Situation die traditionellen Führungen verdrängen konnte. Auch waren die Komitees nicht den Rä-

ten vergleichbar, die mit ihrer ständigen Neuwahl durch die Betriebe überhaupt erst das agitatorische Feld für die Bolschewiki ergeben hatten.

Auf der anderen Seite waren die Anarchisten, von Seiten der POUM aus gesehen, diejenige Organisation, die am stärksten mit den revolutionären Umwälzungen verbunden war. Dies alles brachte die POUM dazu, ihre Politik zunehmend auf das Verhalten der Anarchisten auszurichten, zu versuchen, sich nicht von ihnen "zu isolieren". Nur ein Zusammengehen von POUM und CNT könnte eine revolutionäre Entwicklung garantieren, war das Argument.

Welche Folgen das hatte, zeigte sich sogleich mit der Bildung der Volksfrontregierungen im September: Anfang September die Zentralregierung in Madrid, Ende des Monats die Regionalregierung in Barcelona. Den Hintergrund dafür stellte die militärische Situation dar: Dank deutscher und italienischer Waffenlieferungen waren die Putschisten trotz der Niederlage in den meisten großen Städten in der Lage, einen Bürgerkrieg zu führen und in den Sommermonaten wichtige Erfolge zu erringen. Die Stoßrichtung ihres Vormarsches zielte auf die Hauptstadt. Die Notwendigkeit einer Kriegsführung, die Bildung einer Regierung, die die dazu nötigen Entscheidungen dank ihrer Autorität bei den Arbeitern fassen konnte, waren zur unmittelbaren Überlebensfrage geworden.

Grob gesprochen drehte sich die Auseinandersetzung zwischen den linken Organisationen um die Frage nach der Vereinbarkeit von Krieg und Revolution, bzw. der Gleichzeitigkeit. Dies stand natürlich auch in engem Zusammenhang mit der Frage der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Republikanern. Ganz allgemein gefaßt sprachen sich POUM, Anarchisten und linke Sozialisten zunächst für die Einheit von Revolution und Krieg aus, während Kommunisten und rechte Sozialisten die Revolution zuerst einmal zurückstellen wollten. Daß Anfang September dann zuerst die linken Sozialisten umschwenkten und in Gestalt ihres bedeutendsten Führers, des Gewerkschaftsvorsitzenden Largo Caballero, die Bildung einer neuen, "echten" Volksfrontregierung - die vorhergehenden hatten nur aus bürgerlichen Republikanern bestanden - in die Wege leiteten, war durch die militärische und genauer genommen durch die internationale Situation bestimmt. Ich will hier nicht einen "Nebenschauplatz" eröffnen, also auf den Komplex der "Nichtintervention" eingehen, zu der sich

die wichtigsten europäischen Staaten verpflichtet hatten, die aber von den faschistischen Mächten mehr oder weniger offen unterlaufen wurde, und was Großbritannien und Frankreich stillschweigend hinnahmen. Es war aber diese Situation, die die linken Sozialisten (und später die Anarchisten) zu der Annahme brachte, durch die Installierung einer Regierung, die sich streng um Konstitutionalität bemühen und nicht als eine revolutionäre Diktatur auftreten würde, einen Meinungsumschwung bei den Westmächten bewirken zu können. Durch deren Unterstützung wäre es dann möglich, der faschistischen Hilfe für Franco etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Dieser Entwicklung der linken Sozialisten folgten bald auch die Anarchisten. Ende September entschlossen sie sich zum Regierungseintritt zunächst in Katalonien, eine Entscheidung, die in gewissem Sinne sogar schon durch die Bereitschaft am 19. Juli, die bestehende Regierung im Amt zu belassen, vorprogrammiert war. Beschleunigt hatte den Regierungseintritt allerdings noch die Situation der Abhängigkeit Kataloniens von den Krediten aus Madrid. Der Abbau der revolutionären Situation mit dem Zentralkomitee der Milizen als höchstem Ausdruck war die Voraussetzung dafür, die nötige ökonomische Unterstützung zu erhalten.

Angesichts dieser Situation sah sich auch die POUM, die Anfang September noch so heftig gegen das Zustandekommen der Regierung Largo Caballero polemisiert hatte und von den Anarchisten die Durchsetzungskraft zur Schaffung eines gesamtspanischen Komitees der Arbeiterorganisationen, also einer Art Revolutionsregierung, erhoffte, in eine Zwangslage gebracht. Um sich nicht zu isolieren und um sich keine Möglichkeiten zu verbauen, in Zukunft mit den Anarchisten zusammenzuarbeiten, beschloß auch das Zentralkomitee der POUM den Eintritt in die katalanische Regierung. (Außerhalb Kataloniens hatte die POUM, wie schon erwähnt, so wenig Mitglieder, daß sie erst gar nicht in die Verlegenheit kam, auf ihre Mitgliedschaft in der Zentralregierung zu dringen.

Dieser Beschluß wurde fast einstimmig gefaßt. Er schien sich aus der Situation gleichsam zwangsläufig zu ergeben, wenn sich auch bald ein großes Unbehagen an der Regierung unter den Mitgliedern ergab. Allerdings später, nach ihrem Regierungsausschluß, hat die POUM auch keine richtige Diskussion

mehr darüber geführt, obwohl es eine Reihe kritischer Stimmen gab. Die Verfolgung durch die KP verhinderte dies. Am Anfang zumindest war die neue Regierung auch dadurch gekennzeichnet, daß sie sehr revolutionär auftrat: "Der Übergang zum Sozialismus" war ihr offizielles Programm. Zu dem Regierungseintritt sei nur noch kurz angefügt, daß dieser Schritt von Trotzki und seinen Anhängern scharf kritisiert wurde. Die oft fälschlich als "trotzkistisch" bezeichnete POUM lieferte sich heftige Polemiken mit dem Trotzkiismus; Ansätze zu einer Zusammenarbeit zwischen beiden Gruppierungen waren beendet. Die Bildung der Regierung hatte zur unmittelbaren Folge die Auflösung der Komitees und vor allem des Zentralkomitees der Milizen. Die lokalen Komitees wurden durch neue Gemeinderäte ersetzt; anstelle des Zentralkomitees traten dem Innen- und dem Verteidigungsminister zugeordnete Komitees von Organisationsvertretern. Darüberhinaus wurde die Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter und ihre Gewerkschaften durch das "Kollektivierungsdekret" vom Oktober, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, legalisiert. Die POUM hatte all diese Beschlüsse natürlich mitgetragen: Das Auflösungsdekret nach versuchter Ablehnung in der Regierung in der Hoffnung, daß es angesichts der lokalen Machtverhältnisse nur auf dem Papier stehenbleiben würde. Tatsächlich führte es im großen und ganzen dazu, daß die bürgerlichen Autonomisten und die katalanischen KP nun ein viel größeres Gewicht erhielten, als sie im Sommer tatsächlich hatten. Die Macht der revolutionären Organisationen, die ja durch die Komitees einen institutionellen Aspekt hatte, wurde zurückgedrängt. In ihrer regionalen Hochburg Lérida lief das sogar nicht ohne Widerstände der POUM-Basis ab. Jedenfalls datiert von hier ab ein deutlicher Umschwung im Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen politischen Tendenzen. Was das Kollektivierungsdekret angeht, so konnte die POUM ihre Forderung nach maximaler Ausweitung nicht durchsetzen. Allerdings war klar, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft war. Doch zu dem Wirtschaftskomplex später mehr. In der Regierung selbst leitete die POUM nur ein Ressort, die Justiz, und zwar durch ihr wichtigstes Mitglied, den Sekretär ihrer Leitung Andreu Nin. (Eigentlich war der Generalsekretär der Partei Joaquín Maurín, der ehemalige Führer des Arbeiter- und Bauernblocks. Da er sich aber zufällig beim Putschbeginn in der franquistischen Zone aufgehalten hatte und nach dem Versuch des Untertauchens und der Flucht dort gefangen genommen wurde, übernahm Nin die Parteiführung.) Bei seinen Bemühungen lag der Akzent natürlich mehr auf dem Versuch zur Schaffung einer neuen revolutionä-

ren Legalität als bei denen mancher seiner Ministerkollegen. Doch alle seine Aktivitäten, Schaffung neuer revolutionärer Gerichte mit "Schöffen" aus Arbeiterorganisationen, neue Ehe- und Abtreibungsgesetzgebung, Senkung der Volljährigkeit auf 18 Jahre usw., können natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Justizressort nur untergeordnete Bedeutung besaß. Darüberhinaus wurde diese Gesetzgebung auch nicht von der Zentralregierung übernommen, d.h. war außerhalb Kataloniens wirkungslos.

Diese Monate des Herbstes 1936 stellten auch den Höhepunkt des POUM-Einflusses dar. Als Regierungspartei konnte sie Positionen besetzen; z.B. erhielt sie einen Rundfunksender, der sogar auch nach Deutschland sendete. Diese Sendungen wurden von deutschen Emigranten, die der POUM nahestanden, vor allem also SAP- und KPO-Mitgliedern gemacht. Es gab sogar Hörerbriefe aus dem "Dritten Reich". Ihre Mitgliederzahl, die Anfang des Jahres um die 5000 betragen hatte, erreichte nun um die 30000. Zwar liegen keine genaueren Angaben vor, aber mindestens 90 % davon dürften auf Katalonien entfallen. Allerdings: Barcelona blieb auch jetzt mit ca. 2500 Mitgliedern weiterhin die Schwachstelle in der katalanischen Hochburg; damit fehlte aber weiterhin der Einfluß, um auf die CNT mit Nachdruck einzuwirken.

Besonders folgenreich stellte sich für die POUM eine weitere Entscheidung dieser Monate heraus: Ihr eigener Gewerkschaftsverband in Katalonien, den sie kurz vor dem 19. Juli aus dem Zusammenschluß aller von ihr beeinflussten Gewerkschaften gegründet hatte, wurde aufgelöst. Die einzelnen Gewerkschaften traten dem sozialistischen Gewerkschaftsverband UGT, genauer genommen dessen katalanischer Regionalorganisation, bei. Diese Hervorhebung ist wichtig: Denn die katalanische UGT stand fest unter Kontrolle der KP. Diese war natürlich nicht bereit, der POUM den von ihr erhofften innergewerkschaftlichen Spielraum zu geben. Im Gegenteil: Zuerst versuchten die Kommunisten den Eintritt abzulehnen. Aber angesichts der 'antifaschistischen Einigkeit', vor allem der gemeinsamen Regierung, ließ sich das kaum verhindern. Nach dem Eintritt wurden die POUM-Gewerkschafter systematisch daran gehindert, gewerkschaftliche Positionen zu gewinnen, ja, wo es ging, auch innergewerkschaftliche Kritik zu üben. So wurde die Abhaltung von Mitgliederversammlungen faktisch unterbunden. Das war dort relevant, wo einzelne POUM-Mitglieder sich nun schon bestehenden (und fest unter KP-Kontrolle stehenden)

Gewerkschaften anschlossen. Oft traten aber auch ganze Gewerkschaften kollektiv der UGT bei. Diesen Gewerkschaften wurde erst gar nicht die Möglichkeit gegeben, sich im Rahmen des gesamten Gewerkschaftsverbandes zu äußern. Die POUM hatte diesen Schritt in der Hoffnung getan, sich eine breitere Massenbasis zu erschließen und sich dann natürlich auch - sozusagen über den legitimierten Rahmen der Gewerkschaftsorganisation UGT - der CNT, die ja auch eine Gewerkschaft war, als Partner anzubieten. Stattdessen mußte sie nun erleben, wie ihr gewerkschaftliches Aktionsfeld beschnitten wurde und sie damit entschieden an Einfluß verlor.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, darauf hinzuweisen, daß im Herbst auch der eigentliche Aufschwung der PSUC, der "Sozialistischen Einheitspartei Kataloniens", begann. Alle Parteien, die sich darin zusammenschlossen hatten, waren bis zum Bürgerkriegsbeginn unbedeutend gewesen, jedenfalls viel kleiner als die POUM. Unter strikter kommunistischer Kontrolle wurde die PSUC die Kraft, die, nachdem die Revolution die bürgerlich-republikanischen Parteien beiseite gedrängt hatte, deren soziale Basis, das städtische Kleinbürgertum und die Bauern, neu sammelte, dabei natürlich auch konservative Arbeiterschichten umfaßte. In der Konfrontation mit den Anarchisten an erster Stelle, aber auch mit der POUM, wurde sie zur führenden gegenrevolutionären Kraft innerhalb der katalanischen Gesellschaft. Das, was ihr entscheidenden Einfluß verschaffte, waren aber weniger die sozialen Kräfte, die sie vertrat, als das Gewicht des sowjetischen Einflusses. Denn im Oktober 1936 vollzog die Sowjetunion einen außenpolitischen Kurswechsel. Zwar beteiligte sie sich offiziell noch immer an der "Nicht-Intervention", doch gleichzeitig begannen sowjetische Waffenlieferungen, wurden sowjetische Militärberater entsandt. Die UdSSR wurde die wichtigste Stütze der Republik und gewann damit ein unerhörtes Prestige. Zwar erfolgte dies nicht uneigennützig. Die Republik bezahlte mit dem spanischen Goldschatz. Wichtiger war aber noch, daß die UdSSR auch auf die spanische Innenpolitik Einfluß nahm. Entsprechend Stalins internationaler Politik, ein Bündnis mit den Westmächten zu suchen, wobei eine revolutionäre Entwicklung nur stören konnte, bekämpfte nun die Kommunistische Partei die spanische Revolution. Folgerichtig entsandte die Sowjetunion nicht nur Militärberater, sondern auch Geheimpolizisten.

Erstes Angriffsziel wurde die POUM aus mehreren Gründen. Zum einen war sie weitaus schwächer als die Anarchisten oder linken Sozialisten. Zum anderen aber aus einem unmittelbar politischen Grund: Ihr Ursprung als Opposition innerhalb der Kommunistischen Partei, der sie für die sowjetische Propaganda zu "Trotzkisten" machte. Schließlich begann die gigantische Vernichtungswelle, für die sich die verharmlosende Bezeichnung "Säuberungen" eingebürgert hat, im August 1936 mit dem ersten Moskauer Schauprozeß gegen die alte bolschewistische Garde.

Die POUM war nun in Spanien die Kraft, die - wie im großen und ganzen alle linkssozialistischen Kräfte - scharf dagegen Stellung bezog. Sie denunzierte den Schauprozeß als Fälschung der Wahrheit und den Beginn einer Vernichtungskampagne. Darüberhinaus hatte sie das in den Augen Stalins Unerhörte gewagt, indem sie im Herbst 1936 Asyl für Trotzki in Katalonien gefordert hatte (was allerdings die katalanische Regierung abgelehnt hatte). Auch dürfte der Führer der POUM, Nin, in Moskau aus seiner Zeit in der Roten Gewerkschaftsinternationale noch in "besten" Erinnerung gewesen sein. Dies alles führte dazu, daß sich die Propaganda der UdSSR und der Kommunistischen Partei an erster Stelle gegen die "trotzkistische" POUM richtete. Entsprechend den "Enthüllungen" der Moskauer Prozesse über eine angebliche Zusammenarbeit zwischen Trotzki und den Nazis wurde die POUM bald als Agentur des Faschismus bezeichnet. Die Steigerung in den Verleumdungen vollzog sich sehr rasch im Verlauf weniger Monate vom Herbst 1936 bis Winter/Frühjahr 1937. Erste Repressionsmaßnahmen erfolgten dort, wo die Kontrolle der KP am stärksten war: In den katalanischen Gewerkschaften (einzelne Ausschlüsse schon im Oktober, also noch während der gemeinsamen Koalition) und in Madrid, wo die KP die Polizei in den Monaten der Belagerung der Stadt ab November 1936 kontrollierte. Dort wurden Veranstaltungen der Jugendorganisation der POUM, dann die lokale Zeitung und schließlich der Rundfunksender der POUM verboten. Den ersten großen Sieg erreichte dann die KP - immer unterstützt vom sowjetischen Konsul in Barcelona - Mitte Dezember, als die POUM aus der katalanischen Regierung ausgeschlossen wurde. Sie hatte am deutlichsten gegen den Abbau der Revolution (z.B. bei der Militarisierung der Milizen an der Front) Stellung bezogen und befand sich dabei auch immer im Einklang mit den Anarchisten. Doch die CNT wollte es darüber nicht zum Bruch mit ihren Koalitionspartnern kommen lassen (nicht zuletzt wegen der Hoffnung auf sowjeti-

sche Waffen) und behandelte den Streit als einen zwischen "marxistischen Brüdern". Andererseits hütete sich die KP vor einem Frontalangriff auf die CNT, die noch viel zu stark war und sonst auch möglicherweise in die Arme der POUM getrieben worden wäre. Trotzdem untergrub natürlich die von der KP verfolgte Politik unmittelbar die Machtstellung der Anarchisten, auch wenn sich ein Großteil der anarchistischen Führer unter Beschwörung der "antifaschistischen Einheit" keine Rechenschaft darüber ablegen wollte.

Diese Situation schuf aber im Frühjahr 1937 in Barcelona im Zusammenhang mit der von der Regierung und der KP betriebenen Entwaffnung der Arbeitermilizen in der Stadt - vor dem Hintergrund einer sich ständig verschlechternden Wirtschafts- und Versorgungssituation - eine explosive Lage. Innerhalb der CNT regten sich kritische Stimmen, die ein Ende des Nachgebens forderten. (Auch "gesamtspanisch" zeichnete sich eine ähnliche Situation ab. Innerhalb der Zentralregierung deutete sich ein Bruch zwischen der KP und dem linken Flügel der Sozialisten an. Diese Entwicklung kann hier natürlich nur kurz benannt werden.) In dieser Lage schien eine Neugruppierung der Kräfte möglich zu werden. Stärker noch als bisher forderte die POUM von den Anarchisten die Bildung einer revolutionären Einheitsfront. Doch aus einer Reihe von Gründen, die in der inneranarchistischen Entwicklung lagen, kam dieses Bündnis im Frühjahr nur auf der Ebene der Jugendorganisationen zustande. Zuwenig also, um eine wirkliche Wende vollziehen zu können, die - so in den Worten Nins - auf Grund der noch gehaltenen Machtpositionen der CNT hätte friedlich verlaufen können.

So drängte alles auf eine Explosion, die schließlich Anfang Mai erfolgte und die von George Orwell, zumindest was den Ablauf der Kämpfe anbelangte, in Mein Katalonien noch immer am präzisesten beschrieben worden ist. Ausgelöst wurden die Kämpfe durch den Versuch des kommunistischen Polizeichefs von Barcelona, die von den Gewerkschaften kontrollierte Telefonzentrale der Stadt zu räumen. Es kam zum Generalstreik und zur Bildung einer gemeinsamen Front von Anarchisten und POUM auf den Barrikaden, die sofort überall errichtet wurden. Doch obwohl die Stadt fast schon unter ihrer Kontrolle stand, schreckten die anarchistischen Führer vor der "Machteroberung" zurück. Um die "antifaschistische Einheit" zu bewahren, brachen sie den Kampf ohne Garantien ab. Die POUM, die an vorderster Front auf den Barrikaden

kämpfte und vergeblich mit der katalanischen Führung der Anarchisten über ein formelles Bündnis und über gemeinsame Ziele für die Kämpfe verhandelte, sah sich als Minderheitspartei nicht in der Lage, sie alleine weiterzuführen, in der Hoffnung, daß die dissidenten Sektoren im Anarchismus mitmachen würden. Diese waren zu schwach organisiert, wenn der Unmut, ja die z.T. von Teilnehmern beschriebene offene Wut und Empörung in den Reihen der CNT auch beträchtlich waren.

Damit war aber nun das Kräfteverhältnis entschieden verändert worden, da die Madrider Regierung reguläre Polizeieinheiten geschickt hatte, die - unter Aufhebung der katalanischen Autonomie - Barcelona regelrecht besetzten. Jetzt fühlte sich die KP stark genug, das Verbot der POUM - da sie angeblich im Auftrag Francos die Kämpfe ausgelöst hätte - zu fordern.

Über diese Forderung - ultimativ in der Zentralregierung vorgetragen - brach die Regierung auseinander. Es bildete sich eine Art "große Koalition" aus Kommunisten, bürgerlichen Republikanern und dem rechten Flügel der Sozialisten, die einen gemeinsamen Nenner im Zurückdrängen der revolutionären Situation hatte. Die Bündnispartner der Kommunisten waren bereit, stillschweigend deren "antitrotzkistische" Propaganda hinzunehmen, denn auch sie diente der Beseitigung des revolutionären Einflusses, wenn dies auch natürlich ohne Wissen um das Ausmaß der von der KP und der Sowjetunion geplanten Repression geschah.

Am 16. Juli verhaftete ein Polizeikommando die Führung der POUM in Barcelona, die Parteilokale wurden besetzt. In den folgenden Tagen erfolgten ähnliche Aktionen im übrigen republikanischen Spanien. Dieses Vorgehen ging allein vom inzwischen weitgehend unter Kontrolle der Kommunisten stehenden Sicherheitsapparat aus. Es war weder von der Regierung angeordnet worden, noch waren in irgendeiner Weise die Gerichte konsultiert worden. Es war eine reine Parteiaktion der KP, die die Regierung mit vollendeten Tatsachen konfrontierte; in der sowieso keine politischen Sympathien für die POUM herrschten. Dabei gingen die Kommunisten natürlich in enger Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Geheimdienst vor.

Damit endete die Möglichkeit für die POUM, eine politisch entscheidende Rolle zu spielen. Zwei Jahre vor Ende des Bürgerkriegs war sie illegal geworden. Es entfaltete sich parallel zum Kampf an der Front gegen Franco ein "Bürgerkrieg im Bürgerkrieg"; die Repression weitete sich von der POUM auf Teile der Anarchisten und der linken Sozialisten aus.

Doch in aller Kürze sei noch systematisch zu einigen wesentlichen Bereichen der POUM-Politik Stellung genommen, die sich auf das erste Jahr des Bürgerkriegs, auf den revolutionären Prozeß, beziehen.

Stichworte sind hier: Kollektivierung, Arbeitermilizen, neue Internationale. Vor allem in Katalonien übernahmen die Arbeiter nach dem 19. Juli die Betriebe, woran sich die POUM natürlich beteiligte. Sie versuchte, diese Kollektivierung möglichst umfassend zu gestalten und nach dem Regierungseintritt Ende September durch ein Dekret zu legalisieren. Auf Grund ihrer marxistischen theoretischen Grundlagen gab es aber auch Kritik an der Kollektivierungspraxis, die ja im wesentlichen von den Anarchisten bestimmt wurde. Was die POUM vor allem dabei kritisierte, war die syndikalistische Ausrichtung, d.h. daß eine Gewerkschaft einen ganzen Industriezweig etc. an sich nahm oder nehmen wollte, dabei aber nicht zur Kenntnis nahm, daß es mehrere Gewerkschaftsorganisationen gab. Dazu kam der 'Betriebsegoismus'. Arbeiter einzelner, oft besonders gewinnbringender Betriebe sahen sich weiterhin zu anderen in Konkurrenz stehend so wie vor dem 19. Juli. Oder Arbeiter in einem profitablen Teilbereich eines Betriebs koppelten sich vom Rest ab. Ein POUM-Autor sprach angesichts dieser Situation sogar von einem "syndikalistischen Kapitalismus".

Die POUM sah als Basis der Kollektivierung die "betriebliche Selbstverwaltung", wie man heute sagen würde, an, die durch ein von den Arbeitern gewähltes und rechenschaftspflichtiges Komitee ausgeübt werden sollte. Dabei sollte es natürlich nicht bleiben. Wie auch das Kollektivierungsdekret vom Oktober 1936 bestimmte, sollten lokale und Branchen-Zusammenfassungen geschaffen werden. Ein ausgeklügeltes Instrumentarium (z.B. "Industriegeneralräte", die Branchen leiten sollten, und eine zentrale Kreditkasse, die aus den Gewinnen der Betriebe gespeist als Finanzierungsinstrument dienen sollte) war vorgesehen. Diese sozialistische Planwirtschaft, denn um nichts an-

deres handelte es sich also, unterschied sich natürlich durch die demokratischen Einflußmöglichkeiten wie Wahl der Delegierten auf den verschiedenen Ebenen und durch die Rolle der Gewerkschaften von dem sowjetischen Modell. Dieses durch das Dekret theoretisch von allen geteilte Modell wurde in der Praxis natürlich so nie verwirklicht, allein schon dadurch, daß wesentliche Zusatz- und Ausführungsbestimmungen nie erlassen wurden, was die POUM deshalb auch ständig anmahnte.

Auch war das Ganze natürlich nur ein Modell, das in der Praxis ausgefüllt werden mußte. Die POUM nahm dazu in vielem Stellung, was hier nicht weiter ausgeführt werden kann. Erwähnt sei nur, daß sie für die katalanische Textilindustrie, den wichtigsten Industriezweig des Landes, einen detaillierten Plan entwarf. Auch ist in dem schon angesprochenen Vergleich zur Sowjetunion interessant, daß die POUM ausdrücklich das Streikrecht der Arbeiter in der kollektivierten Wirtschaft bejahte. Denn es würde immer Interessenkonflikte zwischen Betriebsverwaltungen, auch wenn diese gewählt seien, und den Belegschaften geben. Deshalb mußten diese in jeder Art von sozialistischer Wirtschaft auch das Recht zu streiken besitzen.

Ähnlich verhielt sich die POUM angesichts der Kollektivierung im Agrarbereich: Einerseits Unterstützung des revolutionären Impulses der Anarchisten zu kollektivieren, andererseits Kritik an manchen Aspekten der Praxis. Dies bezog sich hier vor allem auf die Kollektivierung der Kleinbetriebe, was die POUM ablehnte. Es schuf unsinnige Spannungen zwischen Arbeitern und Bauern. Kollektivierung erschien der POUM vor allem bei extensiv betriebener Großwirtschaft sinnvoll, die aber auf dem Lande in Katalonien nur eine untergeordnete Rolle spielte. Als aber die KP im Winter 1936/37 verstärkt die Kollektivierung auf dem Lande angriff, betonte die POUM wieder die prinzipielle Notwendigkeit der Kollektivierung.

Natürlich werden auch deutlich die Illusionen der POUM zu dieser Zeit erkennbar, wenn sie immer wieder das sowjetische Vorbild bemühte und von Kolchosen sprach und dabei ganz stolz speziell auf ihren eigenen 'Musterkolchos' Raimat (bei Lérida) verwies, wohin sie auch ihre internationalen Besucher führte, die dann begeisterte Berichte in der internationalen linkssozialistischen Presse veröffentlichten.

Abschließend zu diesem Themenkomplex noch etwas zum Stichwort Armee: Die am 19. Juli an die Stelle der bestehenden Armee, die sich praktisch ins Nichts aufgelöst hatte, getretenen Arbeitermilizen waren demokratisch strukturiert. Man wählte die "Chefs" und unterwarf ihre Entscheidungen ständigen Diskussionen. Offiziere hatten bestenfalls Beratungsfunktionen. Die Milizen waren nach Organisationen getrennt. Die POUM trat sehr rasch für ein einheitliches militärisches Kommando und eine einheitliche militärische Disziplin ein. Vorbild dafür war natürlich die Rote Armee, wie sie Trotzki aufgebaut hatte. Dem widersprachen zunächst die Anarchisten. Als nach militärischen Rückschlägen im Herbst die Volksfrontregierung unter Largo Caballero installiert wurde, setzte diese zügig die Abschaffung der Milizen und die Neuformierung einer "Volksarmee" durch. Dabei wurde sehr stark auf traditionelle Hierarchien, soziale Besserstellung der Offiziere usw. zurückgegriffen, was auf scharfe Kritik der POUM stieß, die z.B. am Einheitssold für ihre militärischen Kommandeure festhielt.

Die von ihr organisierte militärische Kraft war -zumindest an der Aragónfront - nicht unbedeutend: eine Division (8000-9000 Mann). Kleinere Einheiten existierten dann nur in Madrid und in Valencia, die aber dort höchstens punktuell etwas 'darstellten'.

Was nun ihre internationale Arbeit anbetrifft, so war sie auf Grund ihrer Rolle in Katalonien nach dem 19. Juli zum Ansprechpartner aller Gruppen links von der Zweiten und der Dritten Internationale geworden. Sie 'pilger-ten' alle nach Barcelona ins neue Petrograd, zu den neuen Bolschewiki. Organisationsmäßig war die POUM natürlich ausschließlich mit dem Londoner Büro verbunden, dem aus Deutschland die SAP angehörte. Aber auch die KPO hatte mit ihr mehr als nur informelle Beziehungen. Die kleineren Gruppen wie 'Funken' oder die SAP-Abspaltung 'Neuer Weg', um nur bei Deutschland zu bleiben, kann man hier bestenfalls nennen. Allerdings muß man erwähnen, daß sich die Beziehungen zur SAP schnell verschlechterten. Während die SAP die Volksfrontbemühungen des deutschen Exils unterstützte, sich, um es ganz vereinfacht auszudrücken, auf den Weg zur Rückkehr in die Zweite Internationale machte, kritisierte die POUM scharf diesen Kurs. (Was die Kritik der SAP an der POUM anbelangt, so faßte Willy Brandt, der im Winter 1936/37 als SAP-

Vertreter nach Barcelona ging, wo er Max Diamant ablöste, der diese Funktion in den ersten Monaten des Bürgerkriegs innegehabt hatte, im Sommer 1937 in einem Referat zusammen, das erst kürzlich in der Neuen Gesellschaft¹ wieder- veröffentlicht wurde.)

Solange, wie die Revolution noch in der "aufsteigenden" Phase schien, wollte die POUM diese Kontakte weitertreiben. Sie plante einen großen internationalen Kongreß aller linkssozialistischen und oppositionellen kommunistischen Organisationen für Sommer 1937 in Barcelona. Sicherlich hätte die POUM auf diesem Kongreß gedrängt, den Weg zu einer neuen Internationale zu beschreiben, wie es die Bolschewiki nach 1917 gemacht hatten. (Dieses Drängen auf eine neue Internationale hin war übrigens einer der Kritikpunkte der SAP. Mit Beginn der Repression wurde dies natürlich hinfällig.)

Was hier am Rande wenigstens noch erwähnt werden sollte, ist, daß sich im Verlauf des Bürgerkriegs auch die Polemiken mit Trotzki, vor allem wegen dessen Kritik an der Regierungsbeteiligung, steigerten, was noch durch die Aktivitäten ausländischer Trotzlisten in Barcelona zusätzlich verkompliziert wurde. Trotz der Sympathien der POUM für seine Person und ihre Bereitschaft, ihn mit allen Mitteln gegen seine Verfolgung durch Stalin zu verteidigen, ist es also, um es nochmals zu betonen, ziemlich abwegig, die POUM als "trotzkistisch" zu bezeichnen.

Diese Zusammenfassung der politischen Linie der POUM nach außen hin in der eigentlichen Revolutionsphase des Spanischen Bürgerkriegs ist aber wenigstens noch mit einigen Worten zur inneren Entwicklung der Partei zu ergänzen. Dieser ganze Zeitraum vom Juli 1936 bis Juni 1937 ist eigentlich dadurch gekennzeichnet, daß es ausgehend von den Entscheidungen über einzelne politische Schritte zu einer gewissen Fraktionierung kam. Es entwickelten sich Flügel, in denen sich zumindest z.T. die beiden früheren Organisationen reproduzierten: es standen sich die ehemaligen Trotzlisten und ein Teil des Arbeiter- und Bauernblocks, der eine "gemäßigtere" Linie - etwa im Sinne der SAP - forderte, gegenüber. Der für Ende 1937 angesetzte Parteitag hätte

¹ Willy Brandt: Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 34. Jg., 1987, Nr. 1, S. 38-53.

zweifellos starke innerparteiliche Konfrontationen gesehen. Denn es ging ja dabei vor allem um die Frage, ob es eine politische Verantwortung dafür gab, daß die Situation nach dem Mai 1937 für die POUM - und für alle Revolutionäre - so ungünstig war. Dahinter stand natürlich auch die Frage nach der Richtigkeit des Regierungseintritts, der scharfen Kritik am Stalinismus und dem Verhalten in den Mai-Tagen, um nur das Wichtigste zu nennen. Wohin diese Auseinandersetzung geführt hätte, etwa bereits in diesem Augenblick zur Spaltung, darüber kann man natürlich nur spekulieren.

Zum Abschluß nur noch einige Worte dazu, was nach dem 16. Juni 1937 mit der POUM passierte. Trotz Verhaftung der Führung, trotz scharfer Repression gegen die Mitglieder, kämpfte die Partei illegal weiter. Dies war nicht zuletzt wegen der breiten Solidarität möglich, die sie erfuhr (und der auf der anderen Seite, der der Sowjetunion oder der Komintern, übrigens eine mit vielfach überlegenen materiellen Mitteln geführte Propaganda gegenüberstand, die die POUM als faschistisch und ihre Verteidiger somit als Helfer des Faschismus verleumdete). In Spanien kam sie vor allem von den Anarchisten, von Teilen der Sozialisten (hauptsächlich vom linken Flügel) und sogar von bestimmten Kreisen der bürgerlichen Republikaner (im wesentlichen den katalanischen Autonomisten). Sie machten durch ihre Solidarität die physische Vernichtung der Partei unmöglich, indem sie den Verfolgten Unterschlupf gewährten, die POUM-Soldaten an der Front in 'sichere' Einheiten steckten (wo sie also z.B. nicht von kommunistischen Offizieren auf Todeskommandos geschickt werden konnten, was mehrmals geschah), ihnen nach Ausschluß aus KP-kontrollierten Gewerkschaften Mitgliedsbücher anderer Gewerkschaften besorgten usw. Zwar konnte dies nicht verhindern, daß der wichtigste POUM-Führer Andreu Nin 'verschwand', d.h. offensichtlich von der kommunistischen Polizei bzw. dem sowjetischen Geheimdienst wegen seiner Weigerung, ein 'öffentliches Geständnis' über angebliche Zusammenarbeit mit Franco abzulegen, umgebracht wurde, was einen internationalen Skandal auslöste. (Allerdings konnten die genauen Einzelheiten seiner Ermordung nie geklärt werden. Dies wird wohl erst möglich sein, wenn die Sowjetunion ihre Archive öffnet.) Die Solidarität - zu der auch noch eine internationale Kampagne kam, die im wesentlichen vom Londoner Büro organisiert wurde - verhinderte aber, daß den übrigen verhafteten POUM-Führern dasselbe passierte.

Ende Oktober 1938, als die Lage der Republik eigentlich schon fast aussichtslos war, kam dann erst der Schauprozeß zustande, der den Nachweis der angeblichen Machenschaften der POUM-Führung und damit die Begründung für die Unterdrückung liefern sollte. Die Hintergründe und der Ablauf dieses Prozesses sind von einem der Angeklagten, Julián Gorkin, in einem Buch geschildert worden, das auch auf Deutsch (unter dem Titel "Stalins langer Arm. Die Vernichtung der freiheitlichen Linken im spanischen Bürgerkrieg", Köln 1980) erschienen ist. So sei nur soviel gesagt, daß die POUM-Führer nicht nur nicht 'gestanden'. Es gelang ihnen auch, gestützt auf die Solidaritätskampagnen, die Anschuldigung, Komplizen Francos zu sein, als ganz und gar lächerlich zu demontieren. Das Gericht konnte sie nur als Revolutionäre verurteilen, die in den Mai-Tagen den Sturz der Regierung herbeizuführen versucht hätten.

Kurz darauf siegten die Franco-Truppen. Nachdem sie schon zwei Jahre in der Illegalität gekämpft hatten, schlossen sich jetzt die meisten POUM-Mitglieder - zumindest die, denen es möglich war - den Hunderttausenden von Flüchtlingen an. Die meisten blieben in Frankreich, nur wenigen gelang die Weiterreise nach Mexiko oder in andere Staaten zumeist Lateinamerikas. Bereits in den ersten Monaten des Exils zeigte sich, daß sich die lange zurückgehaltene politische Diskussion jetzt in scharfen Gegensätzen entlud. Doch der bald ausbrechende Weltkrieg unterbrach erst einmal die Auseinandersetzungen.

Die meisten POUM-Mitglieder in Frankreich kämpften in der Résistance. Als es dann nach der Befreiung eines Großteils Frankreichs im Herbst 1944 die Möglichkeit gab, endlich den seit langem geplanten Kongreß durchzuführen, spaltete sich die POUM.

Ein Teil, der die katalanisch-nationalistische Tradition verkörperte, wollte die Partei nur noch als rein katalanische Organisation weiterführen. Verbunden damit war eine scharfe Kritik an den ehemaligen Trotzlisten und generell die Absage an jedwede leninistische Tradition. Dieser Teil, der auf dieser Exilkonferenz die Mehrheit hatte, gründete das MSC (Katalanische Sozialistische Bewegung). Ähnlich wie die meisten linkssozialistischen Gruppierungen nach dem Zweiten Weltkrieg strebte das MSC eine Annäherung an die Sozialdemokratie an. Es wurde allerdings niemals von der Sozialistischen Internatio-

nale anerkannt, da es ja schon die PSOE gab. Nach dem Tode Francos gingen dann die verschiedenen, in der Folgezeit daraus entstandenen Organisationen in der PSOE auf.)

In Spanien selbst hatten die zurückgebliebenen Mitglieder der POUM bereits wenige Monate nach Francos Sieg den illegalen Kampf wieder aufgenommen. Als sich nach 1942/43 die Niederlage des Faschismus im Weltkrieg abzeichnete und sich der Widerstand in Spanien stärker regte, hatte die POUM einen gewichtigen Anteil an der Reorganisierung der Arbeiterbewegung in Katalonien, wo die Anarchisten natürlich weiterhin dominierend waren. Immerhin hatte die Partei jetzt wieder einige hundert Mitglieder, in der Situation der striktesten Illegalität eine beachtliche Stärke. (Die Spaltung des Exils hatte zwar auch nach Spanien übergreifen; die Anhänger des MSC waren hier jedoch in der Minderheit geblieben.) POUM-Aktivisten waren z.B. an den ersten Streiks (1945/46) beteiligt.

Die Breitenwirkung des Widerstands beruhte auf der Annahme, daß die Alliierten auch für den Sturz des Hitler-Verbündeten Franco eintreten würden, was ja bekanntlich nicht geschah. So gingen nach 1947/48 die Widerstandsaktivitäten zurück. Damit wurde auch die Lage der POUM schwieriger. Hinzu kamen ständige Verhaftungen.

Der Bruch in der Entwicklung trat dann 1951 ein, als quasi die gesamte Führung des 'Inlands' (20-30 Leute) verhaftet wurde. Die in Spanien verbliebene Partei brach ganz auseinander. Es konnten keine organisierten Aktivitäten mehr betrieben werden. Die POUM war auf einen Exilzirkel vor allem in Frankreich reduziert. In diesem Exilzirkel war eine Generation aktiv, die im wesentlichen aus den sozialen Kämpfen der 2. Republik hervorgegangen war. Mitte der 50er Jahre trat in Spanien eine neue, ganz im Frankismus aufgewachsene Generation (zumindest was das politisch bewußte Leben anbetraf) in den Kampf gegen die Diktatur. Es entstand vor allem an den Universitäten die 'Neue Linke'; es bildeten sich die Arbeiterkommissionen. Soweit diese Aktivisten sich als antistalinistisch-revolutionär verstanden, war die POUM für sie als Mythos durchaus von Anziehungskraft. Waren Einzelne zur Flucht gezwungen, suchten sie in Paris den Kontakt zur POUM-Exilorganisation. Doch diese wiederum schaffte es nicht, solche Kontakte 'organisch' werden zu las-

sen und sie vor allem nach Spanien hin zu verlängern. Dort bildeten sich neue, eigenständige Organisationen. (Eine ähnliche Entwicklung machten übrigens auch die Anarchisten und die Sozialisten durch; einzig die KP schaffte es, eine dauerhafte Verbindung zwischen dem Exil und Spanien herzustellen.) Von den Aktivisten der 'Neuen Linken', die damals Kontakte zur POUM im Exil hatten und die sich natürlich alle als Revolutionäre und Marxisten verstanden, gingen viele dann übrigens Jahre später zur PSOE (wo sie dann oft Führungspositionen einnahmen, dabei politisch aber inzwischen ganz andere Standpunkte vertraten....)

Zwar gab es Mitte der 70er Jahre, als sich das Ende des Regimes mit dem Ableben des Diktators definitiv abzeichnete, Versuche zur Wiederbelebung der POUM. Doch diese scheiterten. Nach links hin wurde die Tradition der POUM (zumindest in einem gewissen Sinne) von der verhältnismäßig starken trotzkistischen Richtung vertreten. Nach rechts hin gab es verschiedene Nachfolgeorganisationen des MSC, die mit der PSOE diskutierten. Bis Ende der 70er Jahre gab es zwar eine kleine Gruppe, die von Barcelona aus versuchte, die POUM wieder aufzubauen. Angesichts der Erfolglosigkeit löste sie sich auf. Der größte Teil der alten Mitglieder hatte sich dagegen Mitte der 70er Jahre bei den verschiedenen Versuchen, eine katalanische sozialistische Partei zu bilden, beteiligt, woraus dann Ende der 70er Jahre die Partei der Sozialisten Kataloniens, die Regionalorganisation der PSOE, hervorgegangen ist. Ironischerweise ist dies mit einer der Gründe für die katalanischen Sozialisten, sich auf die POUM als eine der Vorläuferorganisationen des Sozialismus in Katalonien zu berufen, da ja die PSOE in diesem Teil Spaniens praktisch keine eigenen Traditionen hat. Politisch ist jedoch klar, daß die Entwicklung von der POUM hin zum katalanischen Sozialismus - angesichts des kommunistischen, wenn auch antistalinistischen Selbstverständnisses der POUM - einen ideologischen Bruch bedeutet. Eine kleine Zahl von alten POUM-Mitgliedern, die überwiegend aus der trotzkistischen Tradition kamen, orientierte sich dagegen wieder in diese Richtung. Auf jeden Fall ist die POUM - ähnlich wie alle übrigen linkssozialistischen Organisationen aus den dreißiger Jahren - als ein abgeschlossenes Kapitel in die Geschichte eingegangen.

Sozialisten und Kommunisten im Spanischen Bürgerkrieg

Von Patrik von zur Mühlen

So leicht es ist, die militärischen Frontlinien des Spanischen Bürgerkrieges nachzuzeichnen, so schwierig ist es, dies auch für den politischen Bereich zu tun. Eine pauschale Charakterisierung der gegnerischen Lager als links und rechts, eine Unterscheidung zwischen Revolution und Reaktion, zwischen Demokratie und Diktatur wäre allzu plakativ und obendrein ungeeignet, da jede dieser Etikettierungen durch entsprechende Vorbehalte und Ausnahmen wieder aufgehoben oder zumindest eingeschränkt würde. Politische Fronten verliefen auch innerhalb der beiden sich bekämpfenden Lager: in abgeschwächter Form im aufständischen Teil Spaniens, der von Franco beherrscht wurde, in voller Schärfe und kaum überbrückbar in der Republik. Zeitweilig war die gemeinsame Gegnerschaft gegen das putschende Militär das einzige Bindeglied, das die zentrifugalen Kräfte des antifaschistischen Lagers zusammenhielt. Eine Würdigung der Rolle, die Sozialisten und Kommunisten in Spanien 1936 - 1939 spielten, ist daher nur vor dem Panorama dieser Frontlinien innerhalb der Republik zu sehen.

Als das Militär im Juli 1936 gegen die legale republikanische Regierung putschte, hatte es einen Staatsstreich geplant, wie ihn Spanien seit dem frühen 19. Jahrhundert wiederholt erlebt hatte. Eine Junta sollte die verhaßte Volksfrontregierung beseitigen, langfristig eine halbabsolutistische Monarchie restaurieren und die alten Kräfte wie Kirche, Großgrundbesitz, Militär und Polizei in ihren Machtpositionen bestätigen bzw. sie wieder einsetzen. Die unerwarteten Reaktionen in weiten Teilen des Landes brachten diese Pläne zunächst zu Fall. In den Hochburgen der Arbeiterbewegung stürmten schlecht bewaffnete Massen Kasernen und Polizeistationen, bildeten vor allem Anarchisten, aber auch Sozialisten, Kommunisten, die kleine Linkspartei POUM sowie baskische und katalanische Nationalisten spontan zusammengestellte Milizen und schlugen gebietsweise den Putsch nieder. Oft wechselten viele Ortschaften innerhalb der ersten Tage mehrfach das Lager, bis die militärische Kontrolle bestimmte, welchem Lager ein Ort zugehörte.

In einigen Teilen Spaniens ging die spontane Abwehr des Putsches bruchlos über in eine soziale Revolution. Generationenlang verschleppte Konfliktstoffe setzten revolutionäre Energien frei und rissen dort, wo die Anarchisten dominierten, auch die republikanischen Staatsorgane und Institutionen ein. In Teilen Aragóns, Kataloniens und der Levante wurden Latifundien und Fabriken besetzt, ihre Eigentümer verjagt oder erschlagen, Kirchen und Klöster angezündet. Revolutionäre Komitees nahmen quasistaatliche Funktionen wahr, Landkommunen und selbstbestimmte genossenschaftliche Betriebe in Landwirtschaft und Industrie ersetzten die überlieferten Produktions- und Eigentumsformen. Milizen aus Freiwilligen ersetzten das Heer, über das die Republik in den ersten Monaten nicht verfügte, und hielten den ersten Ansturm der Franco-Truppen auf.

Aber die Faszination, die das revolutionäre, vor allem anarchistisch geprägte Spanien auf die Nachwelt ausübte, verspermt leicht den Blick auf die Tatsache, daß es innerhalb des antifaschistischen Lagers Kräfte gab, die zwar republikanisch, aber nicht revolutionär waren und sich durch die politische Dynamik der Anarchisten bedroht fühlten. Der katalanische Nationalismus beispielsweise war bürgerlich-liberal und laizistisch ausgerichtet, der baskische Nationalismus war agrarisch, katholisch und konservativ. Bürgerliche Parteien waren in allen größeren Orten präsent. Sie strebten zwar eine Modernisierung des Landes an und die Umbildung Spaniens in einen demokratischen, laizistischen, sozialen und föderalistischen Verfassungsstaat, lehnten jedoch die von den Anarchisten betriebene Beseitigung des Staates und seiner republikanischen Organe sowie des bürgerlichen und bäuerlichen Privateigentums ab.

Anfangs von der revolutionären Entwicklung überrollt, gewannen diese gemäßigten republikanischen Kräfte zwar nicht als Parteien und Organisationen, wohl aber als Stimmungsträger wieder an Bedeutung. Der Verlauf des Krieges, die Notwendigkeit eines stehenden Heeres und funktionierender Staatsorgane begünstigten eine Entwicklung in ihrem Sinne.

Für die Sozialistische Partei kann man eine einheitliche Haltung zu dieser Entwicklung nicht feststellen. Der linke Flügel, vertreten durch den sozialistischen Gewerkschaftsbund UGT, stand zweifellos den revolutionären Kräf-

ten nahe. Auch die UGT stellte Milizen auf, beteiligte sich an Landbesetzungen und Enteignungen. Die Niederschlagung des frankistischen Militärputsches war für sie nur vorstellbar mit einer gleichzeitigen Zerschlagung der wirtschaftlichen und politischen Macht von Großgrundbesitz, Bank- und Industriekapital, Kirche und Militär. Daß man am 4. September 1936 den bürgerlichen Republikaner Giral durch den UGT-Vorsitzenden Francisco Largo Caballero ablöste, entsprach sowohl der revolutionären Stimmung im republikanischen Lager als auch der Radikalisierung der sozialistischen UGT.

Aber die Haltung des Gewerkschaftsverbandes und eines Teiles der Parteibasis war nicht repräsentativ für die gesamte Sozialistische Partei. Vor allem der Apparat des PSOE, geführt von Indalecio Prieto, dem Parteisekretär von Bilbao, stand den bürgerlich-republikanischen Kräften näher als dem linken Flügel der eigenen Partei. Wie jene anfangs von der revolutionären Welle überrollt, begünstigte der Verlauf des Bürgerkrieges langfristig den gemäßigten PSOE-Flügel. Die Partei sprach nicht mit einer Stimme. Der Riß, der das gesamte antifaschistische Lager spaltete, ging mitten durch sie hindurch.

Die Anfänge dieser Flügelbildung gingen zurück auf die 1920er Jahre, als Teile der Sozialistischen Partei, die man damals im internationalen Vergleich eher am rechten Rande der Sozialdemokratie ansiedeln konnte, unterschiedliche Positionen zur Diktatur des Ministerpräsidenten Primo de Rivera vertraten. Während der Parteiapparat gemeinsam mit bürgerlich-liberalen Parteien das Regime bekämpfte, glaubte Largo Caballero eine Chance für soziale Reformen zu erkennen. Um die Gewerkschaften nämlich zu politischem Wohlverhalten zu verleiten, hatte Primo de Rivera ihnen Mitspracherechte im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik angeboten und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Angriff genommen. Largo Caballero, der zum Staatsrat ernannt wurde, hoffte einerseits, den Staat für soziale Belange sensibilisieren und umgekehrt die Arbeiterschaft mit dem Staat aussöhnen zu können. Durch konkrete Verbesserungen der sozialen Lage der Arbeiter wurden überdies Arbeiter - und dies war ein durchaus beabsichtigter Nebeneffekt dieser Politik - mit Erfolg von der anarchistischen CNT zur sozialistischen Gewerkschaft UGT hinübergezogen.

Der Preis, den die Sozialistische Partei hierfür zahlte, war jedoch mit einer dadurch verursachten Flügelbildung zu hoch. Als Primo de Rivera 1930

unter dem Druck der Öffentlichkeit das Amt des Ministerpräsidenten niederlegte, war der Gewerkschaftsflügel des PSOE aufgrund eines verbreiteten Kollaborationsvorwurfs kompromittiert.

Obwohl die Flügelbildung im PSOE zu jener Zeit nicht durch ein Links-rechts-Schema angemessen charakterisiert wird, nahm der Konflikt in der Folgezeit rasch die Formen einer solchen Polarisierung an. Nach dem Sturz der Monarchie 1931 koalierten die Sozialisten mit den bürgerlichen Parteien. Als Arbeitsminister versuchte Largo Caballero ein gemäßigtes Reformprogramm durchzusetzen, scheiterte jedoch an der offenen Sabotage durch die konservative Ministerialbürokratie und am Widerstand seiner bürgerlichen Koalitionspartner. Nach dem Scheitern dieser Regierung meinte er im Herbst 1933 rückblickend: "Es ist unmöglich, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie auch nur ein Quentchen Sozialismus zu verwirklichen!", und fügte später einmal hinzu: "Die einzige Hoffnung der Massen ist heute die soziale Revolution".

Aus dem Saulus des Reformismus war ein Paulus der Revolution geworden. Largo Caballero und die UGT nahmen Kontakte auf zu den Anarchisten und beteiligten sich führend im Rahmen der Alianza Obrera am großen Generalstreik vom Oktober 1934. Als 67jähriger deswegen ins Gefängnis geworfen, befaßte sich Largo Caballero erstmals systematisch mit marxistischer Literatur und entwickelte wachsende Sympathien für die Russische Revolution. Die damals kleine Kommunistische Partei unterbreitete ihm wiederholt Bündnisangebote und bezeichnete ihn schmeichelhaft als "spanischen Lenin". Largo Caballero duldete, daß einzelne Personen und Gruppen der Sozialisten sich den Kommunisten näherten und intervenierte auch nicht, als die Jugendorganisationen der Kommunisten und Sozialisten sich im Frühjahr 1936 zur "Vereinigten Sozialistischen Jugend" (Juventudes Socialistas Unificadas, JSU) zusammenschlossen.

Der Parteiapparat und ein kleinerer Teil der Parteibasis sowie die Bergarbeitergewerkschaft mißbilligten die von Largo Caballero vorangetriebenen Radikalisierungen schärfstens. Aus einem eher durch taktische und persönliche Differenzen bestimmten innerparteilichen Konflikt war ein Richtungskampf geworden, der dann während des Bürgerkrieges die Sozialistische Partei und ihre Gewerkschaft als Ganzes lähmte. Nach den Volksfrontwahlen vom 16. Februar wurden die Sozialisten zwar stärkste Partei und blieben dies der Zahl

ihrer Mandate nach auch während des ganzen Bürgerkrieges. Seit dem 4. September amtierte der linke Sozialist Largo Caballero als Regierungschef, seit dem Mai 1937 der rechte Sozialist Juan Negrín, der bis zum Ende der Republik im Amt blieb. Dennoch hat die Sozialistische Partei weder mit dem linken noch mit dem rechten Flügel die Rolle in der Republik spielen können, die ihr aufgrund ihrer Größe zugestanden hätte. Ihre innere Zerrissenheit hinterließ ein Machtvakuum, das dann während des Bürgerkrieges die Kommunisten einnehmen konnten.

Noch vor den Wahlen vom 16. Februar 1936 ziemlich bedeutungslos, hatte die wegen ihrer geringen Größe bislang als "partido microscópico" verspottete Kommunistische Partei nur durch großzügig gewährte Listenverbindungen sechzehn Abgeordnete in die Cortes entsenden können, wo sie der Volksfrontregierung, der sie selbst nicht angehörte, parlamentarische Hilfe gewährte. Wenn also Franco im Sommer 1936 seinen Putsch mit der Absicht rechtfertigte, Spanien vor dem Kommunismus zu retten, so grenzte dies an unfreiwillige Komik. Nicht einmal in allen Landesteilen war die Partei vertreten und begründete erst eine Woche nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges ihren katalanischen Ableger durch Zusammenschluß mehrerer kleiner Linksgruppen. Zwar beteiligten sich auch die Kommunisten am Kampf gegen das aufständische Militär und stellten eine zunächst kleine Miliz, das sogenannte 5. Regiment, auf, das sich durch seine Disziplin wohltuend von den Anarchisten unterschied. Aber die Kommunisten beteiligten sich nicht am Prozeß der Revolution. Anders als Anarchisten und POUM befürworteten sie eine Rückkehr zu den republikanischen Institutionen, zum stehenden Heer, zum Parlamentarismus, zum Mehrparteiensystem und sprachen sich gegen revolutionäre Experimente aus.

Die Gründe für diese Haltung waren vielfältiger Natur. Stalins damalige Annäherung an die Westmächte, die Abkehr der Komintern von ihrem ultralinken Kurs und ihre Hinwendung zu der sich betont demokratisch gebärdenden Volksfrontidee bildete den Hintergrund. Außenpolitische Rücksichten auf England und Frankreich, von denen die Republik Hilfe erhoffte und deren wirtschaftliche Interessen in Spanien deswegen vor der Revolution geschützt werden sollten, waren gleichfalls mitentscheidend. Wichtig waren auch einige seit langem vertretene ideologische Überlegungen: Spanien war nach kommunistischer Überzeugung als unterentwickeltes, überwiegend agrarisches Land nicht

reif für eine proletarische Revolution. Von der Volksfront erhoffte die Partei eine Modernisierung zum bürgerlichen kapitalistischen Staat, der dann die Bedingungen für einen Übergang zum Sozialismus herbeiführen werde.

Gewichtiger waren aber wohl folgende Motive: Die Kommunistische Partei sah nach Ausbruch des Bürgerkrieges, daß die von den revolutionären Kräften vorangetriebene Entwicklung an ihre natürlichen Grenzen stoßen würde. Spontan gebildete Milizen waren fähig, einen Militärputsch niederzuschlagen, sie waren aber in einem monatelangen, schließlich jahrelangen Frontenkrieg der von Berufsoffizieren geführten Armee Francos hoffnungslos unterlegen. Ein Staat, der sich im Kriege befindet, ist überdies auf ein hohes Maß an Organisation und Effizienz der Staatsorgane und der Wirtschaft angewiesen, so daß die revolutionären Experimente der Anarchisten zwar einen Teil ihrer Anhänger mobilisieren konnten, aber immer mehr Spanier enttäuschen mußten, je weniger die notwendigsten Bedürfnisse des alltäglichen Lebens befriedigt werden konnten. Zudem wirkten Gewalttätigkeit und Rechtsunsicherheit auf weite Bevölkerungskreise abstoßend. Schließlich zeichnete sich bald ab, daß eine revolutionäre Entwicklung die bürgerlich-republikanischen Parteien entweder auf die Seite Francos drängen oder aber die Republik durch eine weitere Frontlinie spalten würde.

Ein letzter und wohl entscheidender Grund für die Haltung der Kommunisten war wohl der, daß sie nicht eine Revolution akzeptieren konnten, die ohne ihre Beteiligung ausgebrochen war und nicht von ihnen geführt wurde. Diese Position brachte eine Partei, die sich als Instrument der Weltrevolution und als Avantgarde des Proletariats verstand, in arge theoretische Schwierigkeiten. Sie löste das Problem, indem sie die Tatsache der in Spanien gebietsweise ausgebrochenen Revolution schlicht leugnete, den Konflikt zu einem deutsch-italienischen Interventionskrieg und die Gegenwehr zum "national-revolutionären Krieg" zur Verteidigung der bürgerlichen Republik erklärte. Vorbild war nicht Rußland nach 1917, sondern Frankreich nach 1789. Durch ihre Mäßigung in politischen Fragen, durch ihre Disziplin an der Front und nicht zuletzt durch das große Prestige, das sich die Sowjetunion als einziger Waffenlieferant neben Mexiko sowie die Komintern als Initiator der formell überparteilichen Internationalen Brigaden erwarben, erhielten die Kommunisten kräftigen Zulauf - vor allem aus dem Kleinbürgertum, das bei ihnen

Schutz suchte vor den anarchistischen Enteignungen. Innerhalb eines Jahres konnte die Partei ihren Mitgliederstand verzehnfachen.

In dieser Position hatte die spanischen KP natürliche Gegner und natürliche Verbündete. Gegner waren die Anarchisten, der POUM und der von Francisco Largo Caballero repräsentierte linke Flügel der Sozialisten. Verbündete waren die kleinen bürgerlichen und autonomistischen Parteien sowie der rechte PSOE-Flügel. Diese merkwürdige Konstellation mit ihren scheinbar widerspruchsvollen Frontlinien, wie man sie an der vorliegenden Graphik (siehe S. 73) erkennen kann, hat viele Zeitgenossen irritiert und erschwert auch heute noch vielen den Zugang zur Innenpolitik der Spanischen Republik. Erkennbar werden diese Irritationen beispielsweise an der Haltung der Sozialistischen ArbeiterInternationale und der meisten der ihr angeschlossenen sozialdemokratischen Parteien zu den spanischen Sozialisten: Der linke Flügel des PSOE war ihnen zu radikal und zu weit links, der rechte Flügel war ihnen zu stark mit den Kommunisten liiert.

Um das revolutionäre Lager zu entmachten, kam für die Kommunisten nur eine Politik der Teilung und Spaltung in Frage, wobei sich die ersten Angriffe auf die schwächste Kraft der Linken, auf den POUM, konzentrierten. Etwa seit der Jahreswende 1936/37 attackierte die kommunistische Presse in immer schärferem Tone den POUM, bezeichnete ihn als trotzkistisch, warf ihm Unzuverlässigkeit und später sogar Komplizenschaft mit Franco vor.

Den Anstoß zur völligen Ausschaltung des POUM bot ein Zwischenfall, der wahrscheinlich eigens hierzu inszeniert wurde. Am 3. Mai 1937 versuchte die kommunistisch geführte Sturmgarde (Guardia de asalto) die von den Anarchisten besetzt gehaltene Telefonzentrale von Barcelona zu stürmen. Die vordergründige Rechtfertigung für diese Maßnahme lag darin, daß der gesamte Telefonverkehr Spaniens mit dem Ausland über diese Stelle lief, so daß die Anarchisten auch die Verbindung des spanischen Außenministeriums mit den Botschaften kontrollieren und bei Bedarf unterbinden konnten. Aber zweifellos verfolgte dieser Coup auch die Absicht, die Anarchisten und den POUM zu provozieren und zu unkontrollierten Reaktionen zu bewegen. Diese Rechnung ging auf. Die Nachricht von den Schießereien in der "Telefónica" verbreitete sich mit Windeseile in der Stadt. Die seit Monaten bestehenden Spannungen zwi-

schen Kommunisten einerseits und Anarchisten und POUM-Anhängern andererseits entluden sich in Straßenkämpfen, in deren Verlauf die Sturmgarde weitgehend zurückgedrängt wurde. Nach mehrtägigen Kämpfen, die über 500 Tote forderten, wurde ein Waffenstillstand vereinbart, der nominell keine Sieger und Besiegte kannte.

Rein militärisch traf dies zu. Aber taktisch hatten die Kommunisten einen Vorteil errungen. Die Tatsache, daß anarchistische Milizen während der Kämpfe die Front verlassen hatten, bestätigte die angebliche Unzuverlässigkeit der revolutionären Kräfte. Vor allem die Propaganda gegen den POUM steigerte sich bis zum Vorwurf des Verrats. Es wurde behauptet, der POUM habe im Auftrage Francos, Hitlers und Mussolinis einen Aufstand gegen die Republik angezettelt und die Pläne hierfür seien in Berlin und Rom ausgearbeitet worden. Unter der Last angeblicher Beweise wurden Ende Mai Zeitungen und Radiostationen des POUM verboten, im Juni 1937 seine führenden Funktionäre verhaftet, der Vorsitzende Andreu Nin ermordet, die übrigen des Hochverrats angeklagt und eingesperrt, die Partei selbst verboten.

Das nächste Ziel war die Entmachtung der Sozialisten, d. h. des linken Flügels und der UGT unter Francisco Largo Caballero, dem die KP vor dem Bürgerkrieg so nahe gestanden hatte. Aufgrund der Abhängigkeit der Spanischen Republik von den sowjetischen Waffenlieferungen und des Engagements ausländischer Kommunisten in den Internationalen Brigaden und im spanischen Heer hatten die Kommunisten zahlreiche wichtige Schlüsselpositionen in dem nach und nach wieder restaurierten Staat eingenommen. Direkte Einmischungsversuche der Sowjetunion hatten zu einem Hinauswurf des sowjetischen Botschafters durch Largo Caballero geführt. Spätestens seit diesem Vorfall im Februar 1937 trachtete die KP nach dem Sturz des Ministerpräsidenten. Ihre Presse wurde in ihrer Berichterstattung immer kritischer, wobei die Tatsache, daß Largo Caballero neben dem Amt des Regierungschefs auch das des Verteidigungsministers bekleidete, eine willkommene Zielscheibe angesichts der militärischen Niederlage des republikanischen Heeres bot.

Gleichzeitig versuchten die Kommunisten, die Sozialistische Partei als Ganzes zu paralysieren. Als der Vorstand der im Frühjahr 1936 vereinigten Sozialistischen und Kommunistischen Jugend nach einer Moskau-Reise unter Führung

ihres Vorsitzenden Santiago Carrillo geschlossen der KP beitrug, verlor die Sozialistische Partei ihren gesamten politischen Nachwuchs. Weder der linke noch der rechte Flügel der Sozialisten unternahm Anstrengungen, um dies zu verhindern. Die Partei ließ es auch zu, daß Teile des Gewerkschaftsverbandes UGT in Katalonien immer stärker unter kommunistischen Einfluß geriet.

Die Blutwoche von Barcelona bot den Anlaß, um Largo Caballero endgültig zu stürzen. Die KP verlangte von ihm das Verbot des POUM, das er aber, allein unterstützt von den Anarchisten, energisch zurückwies. Als daraufhin die kommunistischen Minister die Regierung verließen und Largo Caballero ohne sie weiterregieren wollte, versagten ihm die bürgerlichen Parteien sowie seine eigene Partei die Gefolgschaft. Largo Caballero trat zurück. Sein Nachfolger Juan Negrín, ein Rechtssozialist, bildete mit den Kommunisten ein neues Kabinett, in dem die Anarchisten nicht mehr vertreten waren. Die bürgerlich-republikanischen Parteien sowie rechte Sozialisten und Kommunisten hatten das Rennen gewonnen.

Aber noch gab sich Largo Caballero politisch nicht geschlagen. Er mobilisierte seine Anhänger in der UGT und setzte die Gewerkschaftspresse als Kampfmittel ein. Darauf wurde auf Betreiben von Rechtssozialisten und Kommunisten ein zweiter UGT-Vorstand gewählt, der unter Berufung auf die Statuten Largo Caballero für abgesetzt erklärte. Dem alten Vorstand wurden Briefverkehr und Konten gesperrt, Largo Caballero schließlich unter Hausarrest gestellt. Damit war der Mann, der am ehesten als Integrationsfigur für den revolutionären wie bürgerlichen Flügel des republikanischen Lagers hätte wirken können, ausgeschaltet worden. Der neue Regierungschef Negrín war vollkommen von den Kommunisten abhängig, vollends nach Ausbootung seines Verteidigungsministers Prieto, der, obwohl Rechtssozialist, den Kommunisten immer noch zu eigenständig war. Als handelnde Größe ist die Sozialistische Partei während des Bürgerkrieges nicht mehr in Erscheinung getreten.

1938 gelang es der von Negrín geleiteten, de facto von den Kommunisten gelenkten Regierung sogar, die Anarchisten zu neutralisieren, indem man ihre Gewerkschaft CNT, ihre politische Organisation FAI und die anarchistische Jugendorganisation nötigte, zu fusionieren und unter dem Namen Movimiento Libertario den Charakter einer Quasi-Partei anzunehmen. Viele revolutionäre

Veränderungen aus den ersten Monaten des Bürgerkrieges wurden auf kommunistisches Betreiben wieder rückgängig gemacht. Enteignete Ländereien und Betriebe wurden teilweise wieder reprivatisiert, die Milizen abgeschafft und durch ein reguläres Heer ersetzt, Rangunterschiede in Staat und Militär wieder eingeführt und die seit dem Sommer 1936 geschlossenen Kirchen wieder geöffnet. Die Republik war nach kommunistischer Auffassung von der Revolution zur Normalität zurückgekehrt.

Zu dieser Normalität gehörte aber auch die faktische Kontrolle des Staates durch die KP. Im Kabinett mit niemals mehr als zwei Ministern vertreten, besetzte die Partei die wichtigsten Schlüsselpositionen in Staat, Militär und vor allem die im Sommer 1937 mit sowjetischer Hilfe gegründete Geheimpolizei SIM. Zur Normalität gehörte auch die Verfolgung von ehemaligen POUM-Anhängern, Anarchisten und sonstigen Linken sowie ihren ausländischen Sympathisanten, soweit sie sich in Spanien aufhielten, wogegen Mitglieder bürgerlicher Parteien im allgemeinen nichts zu befürchten hatten. Hinsichtlich seiner restaurierten Institutionen war dieser Staat zweifellos konsolidiert, aber um das spontane antifaschistische Engagement seiner Öffentlichkeit ärmer geworden.

Es versteht sich, daß eine vor kurzer Zeit noch unbedeutende kleine Partei wie die KP allein nicht über die entsprechenden personellen Reserven verfügte, um plötzlich eine derart dominierende Rolle in der Republik spielen zu können. Nur wenige spanische Kommunisten hatten sich schon vor dem Bürgerkrieg einen Namen gemacht, so die als Agitator berühmt gewordene Dolores Ibárruri, genannt La Pasionaria, die mit ihren heute fast 90 Jahren ein lebendes Denkmal für eine längst abgeschlossene stalinistische Epoche der Parteigeschichte geworden ist. Die meisten übrigen Funktionäre durchliefen eine Zufalls- oder Gelegenheitskarriere, die sich ihnen durch die Umstände des Bürgerkrieges und des raschen Ausbaus der Partei bot. Die kommunistischen Generäle waren vorher entweder unpolitische Berufsoffiziere gewesen oder hatten ihren Posten infolge einer durch den kriegsbedingten Personalmangel möglichen Blitzkarriere erhalten. Einige wichtige Funktionäre hatten früher der Sozialistischen Partei angehört, beispielsweise der katalanische KP-Chef Joan Comorera, oder waren während des Bürgerkrieges direkt vom PSOE zu den Kommunisten übergetreten, so der Jugendsekretär Santiago Carrillo.

Die taktische und organisatorische Perfektion, mit der die spanische KP und ihre katalanische Schwesterpartei PSUC ihre Ziele verfolgten und durchsetzten, war nur möglich durch die aktive Mitarbeit erfahrener Komintern-Funktionäre. Viele Ausländer, die in Internationalen Brigaden hohe Ränge bekleideten, übten in Personalunion auch wichtige Parteifunktionen aus. Insbesondere Italiener, die aus Gründen der Sprachverwandtschaft und der Vertrautheit mit mediterranen Lebensbedingungen hierfür besonders prädestiniert waren, nahmen derartige Führungspositionen ein: beispielsweise der KP-Vorsitzende Palmiro Togliatti und sein späterer Nachfolger Luigi Longo. Aber auch Angehörige fast aller anderen europäischen Nationen waren als Komintern-Funktionäre in Spanien tätig. Erwähnenswert sind der Deutsche Franz Dahlem und der Ungar Ernő Gerő, der den katalanischen KP-Chef Comorera beriet und wohl auch überwachte. In der Geheimpolizei und im Generalstab wirkten etwa 3 000 Sowjets als sogenannte Berater.

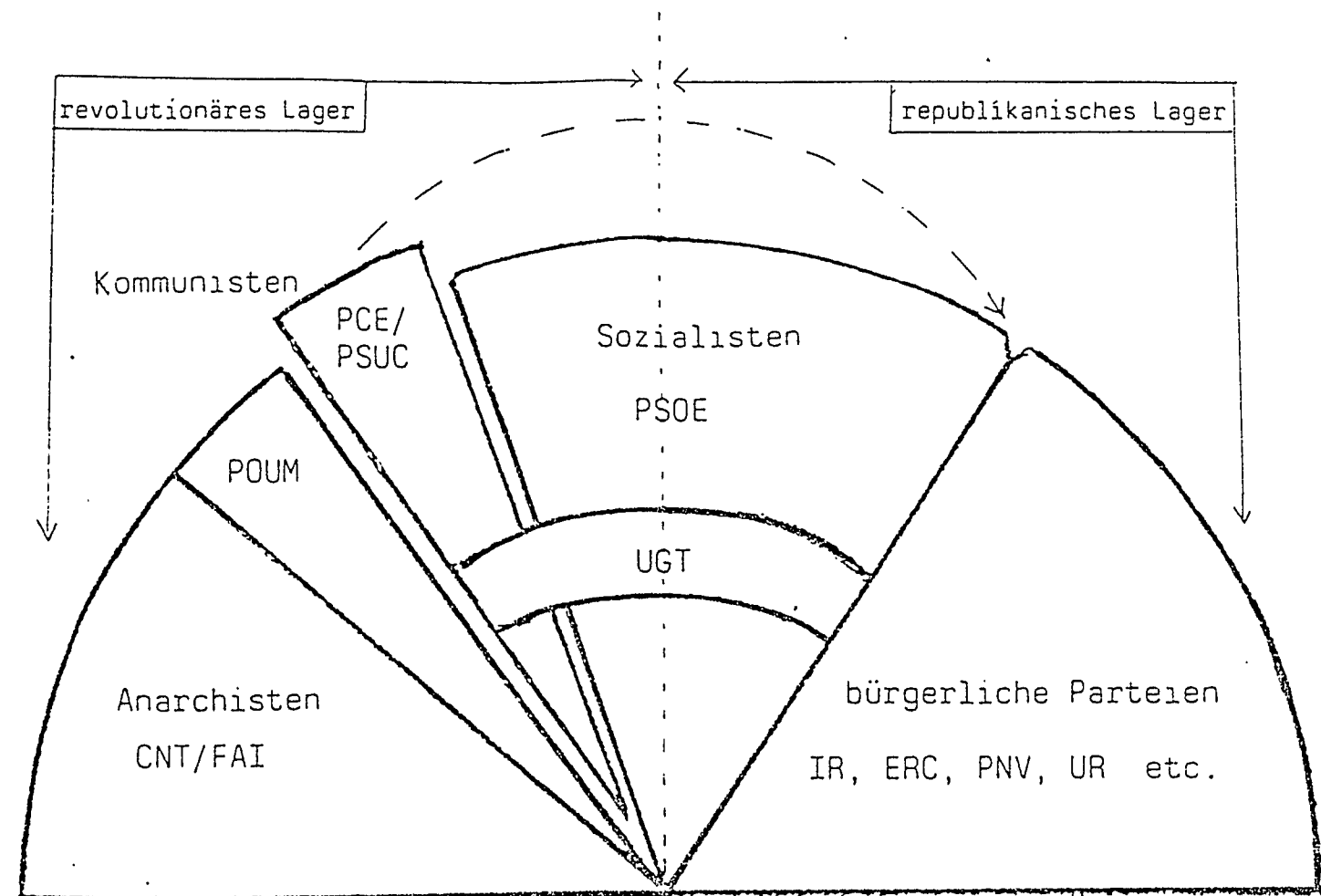
Die Kommunistischen Parteien Spaniens und Kataloniens waren von der Komintern kontrollierte Organisationen. Das Ausmaß dieser Fremdbestimmung wird allein daran erkennbar, daß der große Zulauf von kleinbürgerlichen Mitgliedern den Charakter der Partei überhaupt nicht veränderte. Der Kaderapparat wurde davon nicht berührt und überdies von Komintern-Spezialisten geschult, gelenkt und überwacht. Als die Sowjetunion und die Komintern 1938 einen Teil ihrer Funktionäre wieder abzogen, war die Partei in Spanien und Katalonien soweit ausgebaut, daß sie sich auf ihren eigenen Apparat stützen konnte.

Gelegentlich wird die Spanische Republik für die Zeit seit dem Sommer 1937 mit den sogenannten Volksdemokratien verglichen, wie sie nach 1945 in Osteuropa errichtet wurden. Ich halte einen solchen Vergleich für verfehlt oder zumindest für übertrieben, weil er das quantitative Ausmaß der sowjetischen oder der ausländischen kommunistischen Präsenz überschätzt. Spanien war zu dieser Zeit sicher ein kommunistisch bestimmter, aber kein kommunistischer Staat. Die Wirtschaft unterstand zwar kriegsbedingten Reglementierungen, war aber zu einem großen Teil privat geblieben bzw. reprivatisiert worden. Anders als in der Sowjetunion war der Terror auf die nicht-kommunistische Linke beschränkt und somit berechenbar, einen Massenterror wie unter Stalin gab es nicht. In Staat und Armee besetzten Kommunisten zwar wichtige Schlüsselpositionen, bildeten aber nach wie vor eine Minderheit. Die übrigen Parteien

und vor allem die machtvolle Bewegung des Anarchismus waren zwar politisch ausmanövriert, aber mit Ausnahme des POUM nicht unterdrückt worden. Ihre Position bildete kein Machtvakuum in der Art, wie es das geschlagene Deutsche Reich den Sowjets nach 1945 in Osteuropa hinterlassen hatte. Jedenfalls bildeten Parteien und Gewerkschaft sowie die völlig fehlende kommunistische Parteitradition in Spanien wesentlich ungünstigere Voraussetzungen für eine völlige kommunistische Beherrschung. Und schließlich waren Restbestände eines demokratischen Rechtsstaates trotz allem erhalten geblieben - erkennbar daran, daß die angeklagten POUM-Funktionäre im Herbst 1938 nicht wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, wie dies die kommunistische Presse in einer widerwärtigen Kampagne gefordert hatte.

Andererseits deutet manches darauf hin, daß die Kommunisten eine Entwicklung in Richtung Volksdemokratie angestrebt haben: eine strikte Kontrolle des Staatsapparates bei gleichzeitiger Entmachtung aller übrigen Faktoren und eine später dann durch Revolution von oben durchgeführte Verstaatlichung der Wirtschaft, ein faktisches Einparteiensystem bei pseudoparlamentarischer Fassade mit Hilfe dekorativer, aber machtloser bürgerlicher Parteien. Ob dies bei einem anderen Ausgang des Bürgerkrieges machbar gewesen wäre, halte ich allerdings für zweifelhaft. Aber der tatsächliche Ausgang des Krieges enthebt uns der Schwierigkeit, diese spekulative Frage zu beantworten.

DAS POLITISCHE SPEKTRUM DER SPANISCHEN REPUBLIK 1936 - 1939



- CNT - Confederación Nacional del Trabajo
- ERC - Esquerra Republicana Catalá
- FAI - Federación Anarquista Ibérica
- IR - Izquierda Republicana
- PCE - Partido Comunista de España
- PNV - Partido Nacional Vasco
- POUM - Partido Obrero de la Unificación Marxista
- PSOE - Partido Socialista Obrero Español
- PSUC - Partido Socialista Unificado de Cataluña
- UGT - Unión General de Trabajadores
- UR - Unión Republicana

Der spanische Anarchosyndikalismus und seine Rolle im Bürgerkrieg

Von Reinhold Görling

Vor einigen Jahren, es war im Januar 1983, habe ich im Stadtarchiv von Barcelona eine Ausstellung besucht, die die heutige Confederación Nacional del Trabajo, also die anarchosyndikalistische Gewerkschaft, organisiert hatte. Neben anderen Exponaten zur Geschichte des spanischen Anarchismus und Anarchosyndikalismus wurde dort erstmals eine Auswahl der Fotografien gezeigt, die im Auftrage der CNT während des Bürgerkrieges aufgenommen und seit Ende der Kampfhandlungen in dem lange Zeit nicht zugänglichen Archiv des Gewerkschaftsverbandes verwahrt worden waren.

Einige dieser Fotografien sind äußerst interessante Dokumente über die Veränderung sozialer Beziehungen und die Erfahrung von Raum und Zeit während der spanischen Revolution. Eines dieser Bilder ist mir in besonderer Erinnerung geblieben: Es zeigt eine jener in den ersten Tagen des Bürgerkrieges requirierten schwarzen Luxuslimousinen in den Straßen Barcelonas. Auf den breiten Trittbrettern des Automobils und auf den Stoßstangen stehen bewaffnete Männer, die zum Zeichen des Sieges ihre Gewehre in die Luft heben. Der, der auf der hinteren Stoßstange seinen Platz gesucht hat, umklammert ein Bild. Es ist ein Plakat, wie es zur Ausrufung der Zweiten Republik im April 1931 geklebt worden war: Vor der wehenden spanischen Trikolore ist darauf eine der französischen Marianne nachempfundene Frau zu sehen, die die Waage der Gerechtigkeit in ihren Händen hält. Ihren Kopf schmückt ein Lorbeerkranz, zu ihren Füßen ruht ein stolzer Löwe. Links und rechts der Motorhaube sind noch zwei weitere Exemplare dieses Plakats angebunden. Auf die Türen schließlich und vor allem auf die Windschutzscheibe (!) des Wagens waren mit einem breiten Pinsel und weißer Farbe die Insignien der CNT gemalt worden. Und ganz offensichtlich fährt dieses Auto - mitten auf der Straße, mitten durch den Taumel der Siegesfeier, des Festes vom 20. Juli 1936.

Ich weiß nicht mehr, ob ich gerade dieses Bild betrachtet habe, jedenfalls, während ich durch die Ausstellung ging, dröhnte plötzlich aus einem Nebenraum eine blechern klingende Lautsprecherstimme. Sie gehörte, wie ich dann

herausfand, zu einer von der CNT zusammengestellten Diashow über die Geschichte des spanischen Anarchosyndikalismus:

"Es gab eine Epoche, in der eineinhalb Millionen Spanier mit Stolz den Mitgliedsausweis der CNT vorzeigten. Sie war die Waffe der Freiheit. Weil sie die Revolution von unten nach oben begann, weil sie gegen die kämpfte, die nicht wußten, Menschen zu sein, weil sie Volkshäuser schuf, weil sie Kollektive auf dem Land und in der Industrie gründete, weil sie für die Rechte der Frau kämpfte. Sie stand an der Spitze eines Volkes, das sich in Bewegung gesetzt hatte. Die CNT hatte, wie die fahrenden Ritter, die Suche nach dem heiligen Gral aufgenommen, nur daß die CNT ihn nicht so nannte. Sie nannte ihn Freiheit."

So weit ich damals noch der eitlen Idee nachhing, ich wüßte, von was diese größte anarchistische Sozialbewegung der Welt bewegt worden war und was sie bewegt hat, in diesem Augenblick wurde mir klar, daß ich absolut keine Ahnung hatte.

Doch lassen Sie mich zunächst in meinem Vortrag einen vergleichsweise nüchternen Weg einschlagen und ohne weitere Umschweife mit einer etwas provokant zugespitzten These beginnen:

Die spanische Revolution vom Sommer 1936 war der größte Triumph des Anarchismus und Syndikalismus in ihrer ganzen Geschichte - und sie war zugleich die endgültige Niederlage dieser Tradition der Arbeiterbewegung, ja vielleicht der revolutionären Arbeiterbewegung in Europa überhaupt.

Was war ihr Triumph? Den Massen gelang es in spontaner Selbstorganisation, den Putsch einer modernen Armee niederzuschlagen und am Ende des europäischen Zeitalters der Revolutionen noch einmal die Bastille zu stürmen. Die Kollektivierungsbewegung in Industrie und Landwirtschaft, die sich ebenfalls spontan an diesen Sieg anschloß, steht in ihrem Umfang und in ihrer Vieltätigkeit in der Geschichte einzig da.

Was war die Niederlage? Weit bevor Franco den Bürgerkrieg für sich entschieden hatte, war dieser "kurze Sommer der Anarchie" zu einem Phantasma gewor-

den. Bei genauer Hinsicht begann die Niederlage schon am 20. Juli 1936, jenem Tag, an dessen Morgen die Solidaridad Obrera, die Zeitung der Anarchosyndikalisten, mit dem Ausruf aufgemacht hatte: "Tag zwei der Revolution!" An diesem Tag nämlich ließen sich die Anarchosyndikalisten darauf ein, mit anderen zusammen eine politische Macht zu übernehmen, die durch keine basisdemokratischen Organe mehr legitimiert war. Vom Zentralkomitee der antifaschistischen Milizen Kataloniens, das sich an diesem Tag in Barcelona konstituierte, bis zur zweieinhalb Monate später erfolgten Regierungsbeteiligung war es nur noch ein gradueller, kein grundsätzlicher Schritt mehr. Und mit Niederlage meine ich nicht nur, daß sie als Minister eine unbeholfene und erfolglose Politik gemacht haben, sondern daß sie sich gezwungen sahen, jenes zentrale Differenzmerkmal zu der marxistischen Tradition der Arbeiterbewegung, die Ablehnung staatsförmiger Politik, von einem Tag auf den anderen aufzugeben. Etwas, das Marx an Bakunin immer kritisiert hatte und an dem diese Bewegung in Spanien aber, wenn auch zunehmend verdeckt, festgehalten hatte, war von den Ereignissen wie ein Luftschloß weggeblasen worden: Die Identifikation von Revolution und Sozialismus oder Revolution und Anarchie.

Fast alle Diskussionen über den spanischen Anarchosyndikalismus und die soziale Revolution von 1936 kreisen um diese seltsame Gleichzeitigkeit von Triumph und Niederlage. Und die Schwierigkeit aller dieser Diskussionen liegt darin, daß man sie nicht wirklich als einen Dialog führen kann, der zu einer gemeinsamen und neuen Sicht führt. Wenn man am Ende eines solchen Gesprächs ein Resümee zieht, fühlt sich einer der beiden Diskussionspartner immer betrogen. Und es kann passieren, daß, wenn man sich einige Zeit mit diesem historischen Phänomen beschäftigt hat, diese beiden Stimmen in einem selbst zu sprechen beginnen, und je nach Tagesform die eine oder die andere obsiegt. Ich möchte sie die Stimmen von Juan und José nennen und José das Einleitungsreferat überlassen. Hören wir, was er zu sagen hat: Zwei Tage, nachdem die ersten Meldungen über den Putschversuch der spanischen Armee durchgesickert waren, hielten die Anarchosyndikalisten in Barcelona, in weiten Teilen Kataloniens und auch in anderen Gebieten Spaniens fast uneingeschränkt die Macht in ihren Händen. Die staatlichen Organe, zu deren Abschaffung die Anarchisten immer aufgerufen hatten, waren nur noch leere Hüllen, die politische und soziale Macht besaßen die Arbeiter, die in blutigen Straßenkämpfen das marschierende Heer zum Rückzug und schließlich zur Auf-

gabe gezwungen hatten. Erwartet hatte das eigentlich niemand. Wohl rechneten die Arbeiterorganisationen und die republikanischen Parteien schon seit Monaten mit einem Putsch gegen die aus den Wahlen vom 16. Februar 1936 hervorgegangenen rein bürgerlichen, aber parlamentarisch von einer Mitte-Links getragenen Regierung, doch auf einen bewaffneten Widerstand war keiner vorbereitet, auch nicht der anarchosyndikalistische Gewerkschaftsverband CNT mit seinen rund einer Million Mitglieder, noch der anarchistische Bund FAI.

Der Widerstand entstand tatsächlich spontan: Wenn es Aufforderungen der Arbeiterführer gab, dann vollzogen sie eigentlich nur nach, was die Massen auf den Straßen schon längst ausgeführt hatten. Eine Einschränkung allerdings muß man um der Entmystifizierung willen anführen: Dieses rare historische Phänomen, daß der Putsch einer modernen Armee vom Volk im Straßenkampf niedergeschlagen wird, beruhte zum Teil auch darauf, daß dieser Putsch schlecht organisiert war und wichtige Teile der Armee und der anderen bewaffneten Organe des Staates nicht nur loyal zu ihrer Regierung blieben, sondern angesichts des kämpfenden Volkes auch die Hemmung überwand, die Befehle der Generäle zu verweigern und auf die eigenen Waffenbrüder zu schießen.

Gleichwohl - wie konnte es zu diesem Sieg kommen? Der englische Sozialhistoriker Hobsbawm hat einmal behauptet, in den 20er Jahren hätte eine lächerlich kleine Zahl an Polizisten genügt, die mächtige Gewerkschaft CNT in Barcelona im Schach zu halten. Natürlich ist dies eine ziemlich unsinnige Polemik, denn, obwohl es sicherlich richtig ist, daß die politische Polizei gegenüber den heute gängigen Maßstäben damals einen sehr geringen Personalbestand hatte, so darf man nicht übersehen, daß bei allen Klassenauseinandersetzungen das Militär im Hintergrund stand. Es hatte seine Bereitschaft, in politische Angelegenheiten einzugreifen, oft genug bekundet, und die Diktatur Primo de Riveras in den 20er Jahren beruhte ja auf dem Votum der Generäle. Nicht im Kern, aber am Rande hat Hobsbawms Polemik jedoch etwas Richtiges: Die CNT hat im Laufe ihrer Geschichte und insbesondere auch in den Jahren der 1931 entstandenen Zweiten Republik eine Unzahl an Generalstreiks mit der Hoffnung geführt, daß aus ihnen eine soziale Revolution entstehen könnte. Und alle Anstrengungen waren vergeblich. Daß die soziale Revolution jetzt um den 19. Juli 1936 herum gelang, beruhte unter anderem auch darauf, daß die anarchosyndikalistisch organisierten Massen - in Madrid und anderen

Regionen auch die an der sozialistischen Gewerkschaft UGT orientierten - zu einer Kampfform griffen, die im Programm überhaupt nicht vorgesehen war: Die Prinzipien dieser Bewegung kannten wohl den Generalstreik, nicht aber den bürgerkriegsähnlichen bewaffneten Kampf, die Eroberung der Kasernen usw. Und es ist interessant zu sehen, daß das marschierende Heer nur dort zum Rückzug gezwungen wurde, wo die CNT zum aktiven Gegenangriff überging, daß aber fast überall dort, wo ausschließlich der Generalstreik ausgerufen und ansonsten den Loyalitätserklärungen der örtlichen Befehlshaber Glauben geschenkt wurde, die Anarchosyndikalistinnen und die anderen Arbeiterorganisationen sehr schnell aufgerieben und überrollt wurden. Das beste Beispiel dafür war Zaragoza, eine der Hochburgen der CNT.

José - und ich möchte Sie daran erinnern, daß ich hier seine Rede referiere - benutzt diese Tatsache gerne dazu, ein erstes Mal darauf hinzuweisen, daß sich der spanische Anarchosyndikalismus nie die Mühe gemacht hatte, sein Verhältnis zur Macht zu klären. Mal rief man zum Wahlboykott auf, mal nicht. In einigen Situationen suchte man das Gespräch mit den politischen Parteien, auch den bürgerlichen, in anderen scheute man vor jedem derartigen Kontakt zurück. Und den politischen Plan zu einer Übergangsgesellschaft verweigerte man fast kategorisch. In einem Rahmenprogramm, das zwei Monate vor Beginn des Bürgerkrieges auf einem nationalen Kongreß verabschiedet worden war, hieß es lakonisch zur "Organisation der neuen Gesellschaft nach der revolutionären Tat": "Wenn die gewaltsame Phase der Revolution beendet ist, werden für abgeschafft erklärt: das Privateigentum, der Staat, das Autoritätsprinzip und folglich auch die Klassen, die die Menschen in Ausbeuter und Ausgebeutete, Unterdrücker und Unterdrückte teilen."

Kein Wort darüber, wie man die gewaltsame Phase der Revolution beendet, diesen zitierten Ausführungen folgte stattdessen direkt das idyllische Organisationskonzept einer auf der Föderation autonomer Kommunen basierenden Gesellschaft.

Aber die Wirklichkeit sah am 20. Juli 1936 anders aus: Einerseits hatten die Arbeiter wiederum ohne jede Aufforderung eine beeindruckende Vielfalt an basisdemokratischen, räteähnlichen Organisationsformen erfunden: Sie besetzten die Betriebe, kollektivierten sie, wählten Räte und setzten die Produktion

in Selbstverwaltung fort. Auf dem Lande, wo schon in den Wochen und Monaten vor dem 18. Juli eine wirklich revolutionäre Stimmung herrschte und es zu einer großen Zahl an Landbesetzungen gekommen war, entstand ebenso spontan eine breite Kollektivierungsbewegung. Aus den Straßenkämpfen in den Städten gingen Revolutionskomitees hervor, in den Wohnvierteln konstituierten sich Nachbarschaftskomitees, Soldatenräte entstanden im Heer, Marineräte bei der Flotte, in den Agrargemeinden Milizkomitees. Der Historiker der spanischen Revolution von 1936 steht nun aber andererseits vor dem verblüffenden Phänomen, daß (wenigstens was die nicht-wirtschaftlichen Räteorgane betrifft) nie der geringste Versuch gemacht worden ist, diese politischen Räte zu fördern und so ein politisches System aufzubauen, das die alten staatlichen Organe hätte ersetzen können. Das war um so erstaunlicher, als die Föderation selbstverwalteter sozialer Einheiten immer der politische Grundgedanke des spanischen Anarchosyndikalismus gewesen ist. Welche Erklärung kann es dafür geben?

José verweist auch an dieser Stelle wieder auf das ungeklärte Verhältnis des spanischen Anarchosyndikalismus zur Macht. Die Föderation basisdemokratisch organisierter Einheiten war das Modell einer Gesellschaft, in der alle Herrschaft abgeschafft sein sollte, sie war also nie als Organisation von Machtorganen einer Übergangsgesellschaft konzipiert, wie man das im Rätegedanken der marxistischen Tradition findet. Und so standen die Führer der CNT vor einer Situation, auf die sie in keiner Weise vorbereitet waren. Sie waren die Herren von Barcelona, aber nicht von ganz Spanien. Ein Drittel des Landes hatten die Faschisten in den Händen, und es war klar, daß ein Bürgerkrieg begonnen hatte, über dessen Dauer keiner ernsthaft Vorhersagen machen konnte. In einem zweiten Drittel des Landes hatte sich die staatliche Autorität keineswegs so weit aufgelöst wie in Katalonien, vor allem existierte, wenn auch geschwächt, noch der Zentralstaat in Madrid. Und schließlich gab es auch in dem letzten und kleineren Drittel, in dem die Anarchosyndikalist die Macht hatten, durchaus noch potentielle Rivalen: da war zunächst die sozialistische Gewerkschaft, deren Führern man nicht sehr traute, dann die Kommunisten und die kommunistischen Dissidenten und vor allem die linken katalanischen Nationalisten der Esquerra von Luis Companys, des Präsidenten der katalanischen Regionalregierung Generalitat. Wie also konnte man am 20. Juli weitermachen? Es gab zwei Antworten:

Eine kleine Fraktion verlangte - *horribile dictu* - eine anarchistische Diktatur: Das wäre für die ganz große Mehrheit der Anarchisten einem sofortigen Eingeständnis ihrer kompletten Niederlage gleichgekommen. In Autorität und Herrschaft sahen die Anarchisten immer den wichtigsten, wenn nicht gar einzigen Grund für die Entfremdung des Menschen von seinen natürlichen Fähigkeiten. Alle Vorstellungen einer Übergangsgesellschaft, die es nicht als Konsens der Gewerkschaft, aber doch in einzelnen Schriften, etwa bei Diego Abad de Santillán gab, gingen davon aus, daß die Revolution Herrschaft nicht stärke, sondern unmittelbar vermindere, so daß sich nach und nach die natürlichen Fähigkeiten der Menschen entfalten könnten.

Die andere, viel größere Fraktion trat deshalb für eine Zusammenarbeit mit den bestehenden politischen Institutionen, den Parteien und dem Staat ein. Die Entscheidung hierzu fiel am Abend des 20. Juli nach einem Gespräch, zu dem der Präsident der Generalitat Companys die Führer der CNT geladen hatte. Companys schlug den Anarchosyndikalist die Bildung eines Zentralen Komitees der antifaschistischen Milizen Kataloniens vor, und die Führer der CNT stimmten dem zu, obwohl dieses Zentralkomitee in keiner Weise basisdemokratisch legitimiert und kontrolliert war, sondern sich nach einem Parteienproporz zusammensetzte, der darüberhinaus die realen Machtverhältnisse keineswegs widerspiegelte. Mit dieser Entscheidung waren die Weichen gestellt für den sukzessiven Machtverlust der CNT: Nach zweieinhalb Monaten stimmten sie der Auflösung des Zentralkomitees zu, das übrigens von der Generalitat nie formell als Machtorgan anerkannt worden war, und traten der katalanischen Regionalregierung bei. Wenig später stellten sie auch Minister in der spanischen Zentralregierung. Und jedesmal machten sie mehr Konzessionen: So willigten sie ein, die lokalen Komitees aufzulösen, die ja ihre eigentliche Machtbasis gewesen waren. Allerdings blieben die Komitees noch einige Monate bestehen, trotz der Drohung, daß dies als Hochverrat bestraft würde. Dies zeigt den Unmut an der Basis über diese Entwicklung, und tatsächlich war dieser Prozeß auch von einer zunehmenden Zentralisierung und Hierarchisierung sowohl der CNT wie der FAI begleitet. Immer wieder disziplinierte die CNT-Führung ihre Basis, am deutlichsten während der Ereignisse vom Mai 1937 in Barcelona. Kommunistisch geführte Truppen versuchten damals das zentrale Telefongebäude in Barcelona zu erobern, das von den Anarchosyndikalist in den Julitagen besetzt und seitdem selbstverwaltet betrieben worden war. Es

kam zu blutigen Straßenkämpfen, zu Unruhen an der Front. Ein Bürgerkrieg im Bürgerkrieg drohte. Die CNT-Führung aber rief ihre Mitglieder nach einigen Tagen auf, nachzugeben: Im Interesse des gemeinsamen Zieles, Franco zu besiegen. Nach dieser Kapitulation hatte die CNT sogar die Macht verloren, die persönliche Sicherheit ihrer Anhänger gegenüber den längst wieder erstarkten staatlichen und halbstaatlichen Repressionsorganen zu schützen.

José könnte diese Chronik der politischen Niederlage der spanischen Revolution noch präzisieren und fortführen, aber ich denke, die Richtung seiner Argumentation ist längst deutlich geworden: Der spanische Anarchosyndikalismus ist nicht an der besonderen Gemeinheit und Hinterlistigkeit seiner Gegner gescheitert, etwa an den Kommunisten und ihrer machtbewußten Politik, sondern an der Inkonsistenz seiner eigenen Theorie. Ohne jedes Konzept einer revolutionären Politik fand man nicht einmal zu einer reformistischen Strategie, sondern zog sich, völlig desorientiert, auf ein einfallslos geführtes Verteidigungsgefecht zurück.

Um Juan, der natürlich schon mehrfach gerne widersprochen hätte, den ich aber dazu verurteilt habe, sich an die Regeln des akademischen Diskurses zu halten und still zu bleiben, um also Juan, der anderen Stimme dieser spanischen Revolution, eine Chance zu lassen, möchte ich, bevor er mit seiner Gegenrede beginnen kann, kurz einen Bericht über jenes historische Gespräch zwischen den Führern der CNT-FAI und dem katalanischen Präsidenten Companys vorlesen. Dazu muß man wissen, daß Companys eine Person war, deren Integrität kein katalanischer Linker angezweifelt hat. Im Oktober 1934, während des Aufstandes der asturischen Bergarbeiter, hatte er die Autonomie Kataloniens ausgerufen und saß bis zu den Wahlen im Februar 1936 im selben Gefängnis wie Buenaventura Durruti und andere Führer der CNT-FAI. Darüberhinaus hatte er in den 20er Jahren als Rechtsanwalt viele Anarchisten bei ihren Prozessen vor Gericht verteidigt. Der faktische Gehalt des folgenden Berichts ist hin und wieder angezweifelt worden, aber da er von Juan García Oliver stammt, der selbst dabei war, hat er auf jeden Fall die Authentizität der Erinnerung auf seiner Seite:

"Wir gingen hin, bis an die Zähne bewaffnet, mit Gewehren, Pistolen und MGs. Wir hatten keine Hemden an, und unsere Gesichter waren vom Pulverrauch ge-

schwärzt.

"Wir sind die Vertreter der CNT und der FAI", sagten wir zum Kabinettchef, "und das ist unsere Leibwache, die kommt mit. Companys will mit uns sprechen."

Der Präsident empfing uns stehend. Er war sichtlich bewegt. Er drückte uns die Hand; beinahe hätte er uns umarmt. Die Vorstellung war kurz. Wir setzten uns hin. Jeder von uns hatte ein Gewehr zwischen den Knien. Companys hielt uns die folgende kleine Ansprache:

"Vor allem andern muß ich euch eines sagen: Die CNT und die FAI sind bisher noch nie so behandelt worden, wie es ihrer Bedeutung entsprochen hätte. Ihr seid immer auf das schwerste verfolgt worden, und ich, der einst auf eurer Seite stand, habe mich zu meinem Schmerz durch die Notwendigkeiten der Politik gezwungen gesehen, euch zu bekämpfen und zu verfolgen. Heute seid ihr die Herren der Stadt und ganz Kataloniens, weil ihr als einzige die Faschisten besiegt habt. Ich hoffe, ihr nehmt es nicht übel auf, wenn ich euch trotzdem daran erinnere, daß Männer meiner Partei, meiner Wache und meiner Behörde, seien es wenige oder viele gewesen, euch ihre Unterstützung in den letzten Tagen nicht versagt haben..." Er überlegte einen Augenblick lang und fuhr fort:

"Aber die Wahrheit ist einfach die: Vorgestern noch verfolgt, habt ihr heute die Militaristen und Faschisten besiegt. Ich weiß, wer und was ihr seid, und deshalb muß ich in aller Aufrichtigkeit mit euch sprechen. Ihr habt gewonnen. Alles liegt in eurer Hand. Wenn ihr mich als Präsidenten von Katalonien nicht mehr braucht oder wenn ihr mich nicht haben wollt, dann sagt es jetzt. Ich werde dann als gewöhnlicher Soldat gegen die Faschisten kämpfen. Wenn ihr dagegen meint, ich könnte auf diesen Platz, den ich bei einem Triumph des Faschismus nicht lebendig verlassen hätte, dem Kampf nützen, der in ganz Spanien weitergeht und von dem wir nicht wissen, wann und wie er enden wird, dann könnt ihr auf mich, die Leute meiner Partei, auf meinen Namen und mein Prestige zählen. Ihr könnt euch auf meine Loyalität als die eines Mannes und eines Politikers verlassen, der überzeugt davon ist, daß mit diesem Tag eine ganze Vergangenheit an ihrer eigenen Schande zugrunde gegangen ist, und der aufrichtig wünscht, daß Katalonien an der Spitze der gesellschaftlich avanciertesten Länder vorangeht."

Nun spannen wir Juan aber nicht länger auf die Folter, geben wir ihm das Wort:

Lieber José, - beginnt Juan - das sind alles wichtige Fragen, die Sie stellen, und ihre Tatsachenbehauptungen, ja sogar der größte Teil ihrer Analyse bleibt von mir unbestritten. Aber, gestatten Sie mir diese Wertung: Mir sind die Ausführungen etwas zu deutsch, um nicht zu sagen, zu hegelianisch, zu marxistisch. Wenn Sie so fragen, dann werden Sie, lieber José, größtenteils immer nur das erfahren, was Sie eh schon wissen. Die spanische Revolution ist verlorengegangen, vor allem deshalb, weil der spanische Anarchosyndikalismus keine Antwort auf die Frage wußte, wie man nach einer Revolution ohne Gewalt - und das heißt auch ohne Gewaltmonopol - weitermachen kann. Aber sehen Sie, Max Nettlau, der bekannte Historiker der Anarchie, hat einmal geschrieben: "Alle Revolutionen sind verlorengegangen, sonst wären sie noch da."

Was heißt das? Zunächst einmal: Der Sieg einer Revolution ist am Anfang, nicht am Ende. Federica Montseny hat mir einmal gesagt: "Was konnte uns das Leben noch bringen? In den Tagen um den 19. Juli haben wir alles erlebt, wir hätten sterben können." Revolutionen werden nicht geplant oder "gemacht", sie entstehen, und zwar nicht deshalb, weil die Arbeiter sich dazu entschlossen hätten, einen fertigen Plan nun auch in die Tat umzusetzen, sondern weil sie "Nein" sagen wollen, weil sie eine Notwendigkeit und eine Freude empfinden, "Nein" zu sagen. Daß Menschen das wirklich tun, das ist der Sieg der Revolution. Und wenn Sie mich fragen, was die Idee des Anarchismus ist, dann würde ich Ihnen antworten, daß sie immer etwas mit dieser Freude und dieser Notwendigkeit zu tun hat, "Nein" zu sagen.

Wenn Juan mit Deutschen diskutiert, kann er gar nicht anders, als hier noch einen Gedanken anzuschließen: Ich glaube, die Deutschen können das nur sehr schwer verstehen. Und das liegt wahrscheinlich daran, daß ihnen jedes Gefühl für das Neinsagen ausgetrieben worden ist, vielleicht ganz früh in ihrer Geschichte. Ich bin der Ansicht, daß die spanische Revolution von 1936 die interessanteste war, die es bisher gegeben hat - fährt Juan fort. Wenn ich mich richtig erinnere, schätzt man die Zahl der Bauern und Arbeiter, die an den Kollektivierungen beteiligt waren, auf vier Millionen. Es gab Erfolge

und Schwächen, vor allem was die Koordination betrifft, aber sie bleibt ein äußerst wertvolles Dokument für den Willen und die Fähigkeit der Menschen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Vielleicht kennen Sie die Äußerungen Kants zur Französischen Revolution. Er sagt sinngemäß, daß diese Revolution ein Schauspiel gewesen sei, das die ganze Menschheit anginge, und daß sie diese Gültigkeit nicht verlieren würde, selbst wenn sie in einer vollständigen Niederlage ende. Die spanische Revolution, vermutlich wirklich die letzte einer Epoche Europas, war auch so ein "Geschichtszeichen".

Für mich, lieber José, besteht die eigentliche Frage darin, was wir, die Intellektuellen und die Politiker, aus den Revolutionen, aus dieser Notwendigkeit und dieser Freude, "Nein" zu sagen, aus dem Willen der Menschen, ihre Geschichte selbst in die Hand zu nehmen, was wir daraus machen. Sie haben sehr schlüssig die politische Niederlage des spanischen Anarchosyndikalismus beschrieben, aber Sie setzen dabei stillschweigend voraus, daß es das Ziel einer sozialen Bewegung zu sein hat, die politische Macht zu erringen. Ich bezweifle das.

Aber selbst auf der Ebene einer globalen politologischen Analyse bleiben für mich offene Fragen: Es ist richtig, daß im Laufe der politischen Entwicklung in Katalonien die Selbstständigkeit der Kollektive in Industrie und Landwirtschaft Stück für Stück eingeschränkt worden ist. Das Wirtschaftsmodell, das so entstand und das sicherlich von allen Idealen weit entfernt war, ist doch gleichwohl außerordentlich schwierig zu beurteilen: Es war nicht mehr rein syndikalistisch, es war aber auch nicht rein etatistisch, und vor allem nicht mehr kapitalistisch. Wir haben noch keinen Weg gefunden, wie der Widerspruch zwischen dem Prinzip der Basisautonomie, dem einzigen uns bekannten Konzept, das die Chance bietet, daß sich die gesellschaftliche Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren beginnt einerseits, und der Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Planung andererseits, organisiert werden kann.

Und wir werden einen solchen Weg nicht auf dem Papier finden. Um zum Ende zu kommen, lieber José, wenn ich Sie richtig verstanden habe, behaupten Sie,

Bakunin sei in Spanien als Marxist gestorben. Ich stelle eine andere Behauptung dagegen: Wenn Marx einmal stirbt, dann als Anarchist.

Soweit die beiden Stimmen von Juan und José. Und ich muß Ihnen gestehen, daß Juan dann, wenn er den Schatten Josés abgeschüttelt und seine Tonart gefunden hat, mich weit mehr fasziniert als José. Ich möchte im folgenden deshalb zwei Ideen von Juan etwas weiterspinnen, vielleicht nicht mehr ganz in seinem Sinne. Zuvor aber denke ich, daß ich Ihnen einen kurzen Abriß, eine Art Orientierungsrahmen der Geschichte des spanischen Anarchosyndikalismus schuldig bin.

Der Begriff Anarchosyndikalismus ist um die Jahrhundertwende entstanden, die damit bezeichneten Ideen und die damit bezeichnete soziale Praxis aber ist älter. Aufgrund dieser Merkwürdigkeit sind verschiedene Historiker auf die Annahme verfallen, der spanische Anarchismus sei eine auf primitive bäuerliche Instinkte zugeschnitten messianische Sozialbewegung gewesen, bis sie die französische CGT und George Sorel mit den modernen Ideen der Arbeiterbewegung bekannt gemacht hat. Das ist absoluter Unsinn. Schon das Programm der 1870 gegründeten Federación Regional de España, also der spanischen Regionalföderation der Ersten Internationale war (unserem Wortgebrauch nach) anarchosyndikalistisch - damals sagte man anarchokollektivistisch. Schon in diesem Programm wurden die antiautoritären und antipolitischen Grundsätze der Anarchisten mit den gewerkschaftlichen der Syndikalistinnen verbunden, übrigens auf Kosten einer dritten Richtung der katalanischen Arbeiterbewegung, die eher apolitisch und genossenschaftlich orientiert war. Die Aufgaben der Gewerkschaften wurden dreifach definiert: Erstens sollten sie Kampforgane zur Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiter sein; zweitens sollten ihnen Sozialisationsaufgaben zufallen, d. h., sie sollten das Prinzip der Solidarität als Grundlage sozialer Beziehungen entfalten; und drittens sollten sie bei der Konstruktion einer freien Gesellschaft die Organisation des ökonomischen Lebens übernehmen. Und selbst die doppelte Organisation in Arbeiterbörsen und Industrieföderationen, wie sie gewöhnlich dem französischen Syndikalismus zugeschrieben wird, bestand schon damals wenigstens auf dem Papier: Arbeiterbörsen waren der lokale Zusammenschluß der in ihren Entscheidungen völlig autonomen Berufsverbände, und die Industrieföderationen waren im Gegensatz zu diesem horizontalen Aufbau als ein verti-

kaler, dem Räteprinzip folgender Zusammenschluß der Gewerkschaften gedacht. Allerdings ist es zu diesen Industrieföderationen nie wirklich gekommen, in der Zeit der Ersten Internationale nicht, und auch später nur in geringen Ansätzen: Eine Unterlassung, die sich während des Bürgerkrieges dann als ein sehr großer Nachteil erweisen sollte.

Der spanische Anarchosyndikalismus hatte zwei eigenständige Wurzeln, die schon in den regionalen Schwerpunkten der Bewegung sichtbar werden: Andalusien und Katalonien, dem geläufigen Vorurteil nach also in einer agrarisch geprägten und unterentwickelten Region Spaniens einerseits, dem am stärksten industrialisierten und modernisierten Gebiet der iberischen Halbinsel andererseits. Doch hier sei sofort eine ganz wichtige Korrektur eingebracht: Andalusien war bis Mitte des letzten Jahrhunderts die reichste Region Spaniens, mit einem blühenden, weit über seine Grenzen hinaus geschätzten Handwerks- und Manufakturwesen, in einigen Bezirken war eine hohe Gartenbaukultur zu finden, in anderen standen die ersten Hochöfen Spaniens. Außerdem gab es hier stärker noch als in Barcelona eine liberale Handelsbourgeoisie. Das alles war einerseits entstanden auf dem handwerklichen Wissen, das die Araber hinterlassen hatten, und es wurde andererseits ökonomisch getragen durch den spanischen Überseehandel, für den Sevilla ja einige Jahrhunderte lang das Monopol besaß. Im 19. Jahrhundert und vor allem in seiner zweiten Hälfte erfolgte jedoch ein rapider Prozeß der Dekapitalisierung und Desindustrialisierung zusammen mit einer Verelendung der Landbevölkerung. Der Grund für den zweiten Prozeß waren liberale Bodenreformen mit fatalen Folgen. Die feudalen Rechte des Landadels wurden praktisch in bürgerliche Eigentumsrechte umdefiniert, unzählige Bauern verloren dadurch ihr angestammtes Land. Die Gemeindeländer wurden privatisiert und ebenso auch die Güter der Kirche, auf denen die Armen ihr Vieh weideten, in denen sie Holz sammeln konnten usw. Ein ganzes System der sozialen Absicherung der Bauern und Handwerker zerfiel in wenigen Jahrzehnten. Der andalusische Anarchismus und Anarchosyndikalismus entsteht aus dem Widerstand gegen diesen Prozeß - auf dem Lande und in der Stadt. Und tatsächlich zeigen alle Statistiken über die Organisationen dieser andalusischen Sozialbewegung, daß immer die Hälfte, wenn nicht die Mehrheit ihrer Mitglieder aus Handwerkern und städtischen Arbeitern bestand. Wie überall, wo der Anarchismus zu einer Massenbewegung wurde, stützte er sich auch in Andalusien auf gewerkschaftliche Organisationen. Allerdings muß

man das insoweit einschränken, als in den großen Agrarstädten des Südens Organisationsvorstellungen und Kampfformen stark kommunitär geprägt waren. Das beruhte einerseits auf den realen sozialen Erfahrungen kommunitären Lebens, andererseits auf den Notwendigkeiten der Klassenauseinandersetzung mit den Großgrundbesitzern. Bei der herrschenden hohen Arbeitslosigkeit setzte jeder erfolgreiche Kampf ein hohes Maß an Solidarität unter allen Bewohnern einer Agrargemeinde voraus. Ein Streik war erfolglos, wenn er nicht von einem Boykott begleitet und schließlich zu einem die ganze Gemeinde und große Teile der Region erfassenden Generalstreik wurde.

In Katalonien entstanden im Zuge der Industrialisierung, die vor allem auf dem Textilbereich beruhte, schon in den 40er Jahren des 18. Jahrhunderts eigenständige Arbeiterorganisationen. Politisch waren sie, wie übrigens auch die Andalusier, stark am Föderalismus orientiert, durch den das liberale Bürgertum beider Regionen die Macht des Zentralstaates zu brechen hoffte. Spanien war ja sehr früh ein Zentralstaat geworden, der Prozeß einer Nationbildung ist aber wohl bis heute nicht wirklich nachgeholt worden. Und in diesem Umstand ist auch eine der ganz wichtigen Bedingungen für diese gegenüber Mittel- und Westeuropa doch deutlich andere Entwicklung der spanischen Arbeiterbewegung zu suchen. Das wird schon deutlich an den regionalen Schwerpunkten, denn in Madrid, im Zentrum also, war die sozialistische Tradition viel stärker. Man kann dies weiter sowohl in der staatskritischen Idee des Föderalismus verfolgen - bei deren Formulierung sich die katalanischen Liberalen übrigens an Proudhon orientierten, wie auch an einzelnen Personen, die in der Entstehungszeit in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in beiden Bewegungen eine Rolle spielten. Vor allem aber äußert sich das in einer - leider viel schwieriger zu fassenden - Mentalität, die dem Individuum und der sozialen Gemeinschaft eine grundsätzliche Autonomie gegenüber dem Staat zubilligt. Diese Mentalität ist bis heute spürbar, und, wenn Sie mir diese kleine polemische Anmerkung erlauben, sie den Spaniern mit modernen pädagogischen, nicht offen gewaltsamen Methoden auszutreiben, das scheint mir ein Teil von Felipe Gonzales' Programm der "Modernisierung Spaniens" zu sein.

Die Kontinuität des spanischen Anarchosyndikalismus bestand seit 1870, in der "Idee" und in den einzelnen lokalen Gewerkschaften und Organisationen;

nur in der nationalen Organisation gab es mehrere Brüche, bis 1910 die CNT gegründet wurde. Von den 26 Jahren, die dieser Gewerkschaftsverband bis zum Bürgerkrieg wirkte, war er 16 Jahre zur Illegalität gezwungen. Die Zahl der Mitglieder dürfte vor dem Bürgerkrieg gerade bei einer Million gelegen haben. 1927, in der Zeit der Illegalität unter der Diktatur Primo de Riveras, wurde eine zweite nationale, genaugenommen auch Portugal einschließende Organisation gegründet, die Federación Anarquista Ibérica, die FAI. In der Idee zu diesem Geheimbund wurden Anleihen bei Bakunin und seiner Allianz sowie bei Kropotkin gemacht. Sehr oft wird behauptet, die FAI sei die anarchistische Partei gewesen. Ich halte das für eine unüberlegte Übertragung der Trennung von Gewerkschaft und Partei, wie sie in der marxistischen Arbeiterbewegung entstanden ist. Bis zur Mitte des Bürgerkrieges hatte die FAI eine strikt antizentralistische Organisationsstruktur, sie war nur eine lose Föderation kleiner "grupos de afinidad", also Gruppen Gleichgesinnter, die treu dem anarchistischen Grundsatz "Am Anfang war die Tat" unter sich und nach außen, vor allem aber innerhalb der CNT, den anarchistischen Geist entfalten sollten. Die FAI war nicht gegen die Gewerkschaften, sie wollte explizit in der CNT arbeiten und sie stützen. Da sie aber einen zunehmenden Reformismus in rein gewerkschaftlichen Organisationen fürchtete, war es auch ihr Ziel, in ihnen die anarchistischen Ideen zu stärken. Ein Reformismus drohe den Gewerkschaften deshalb, so Vertreter der FAI, weil sie an die kapitalistische Ökonomie angepaßte Organisationen seien und nicht den ganzen Menschen faßten.

Bevor ich auf diese Differenzen zwischen Anarchisten und Syndikalisten, zwischen Intransigentes und Posibilistas, wie es damals hieß, zwischen Fundamentales und Reales, wie wir Neudeutsch sagen würden, bevor ich auf diese Differenzen weiter eingehe, scheint es mir wichtig, Sie noch mit einem anderen Aspekt dieser Sozialbewegung bekannt zu machen: Neben den Gewerkschaften hat es nämlich immer eine Vielzahl vielfarbiger Organisationen und Organisationsformen gegeben. Dazu gehörten Athenäen, also Volks- oder Stadtteilhäuser, dazu gehörten Freie Schulen, und zwar nicht erst seit dem Wirken des anarchistischen Pädagogen Francisco Ferrer, sondern von Anfang an, dazu gehörten Frauenorganisationen, dazu gehörten aber vor allem auch eine unglaubliche Vielfalt an Zeitungen, Zeitschriften, Propagandabroschüren und literarischen Werken. Die anarchistischen Gewerkschaftsführer waren viel

eher dazu geneigt, eine kleine Erzählung zu schreiben als ein theoretisches Traktat. Und unter ihren Anhängern fanden sie dafür auch viel mehr Anerkennung. Es gibt Historiker des spanischen Anarchosyndikalismus, die der Meinung sind, daß hierin die eigentliche Stärke der Bewegung bestanden hat. Und es lassen sich eine Reihe von Indizien für die Stimmigkeit dieser These finden. Wenn man zum Beispiel den Biographien der bekannten Gewerkschaftsführer nachgeht, so stellt man fest, daß sie fast ausnahmslos in ihrer Kindheit diese Freien Schulen besucht haben, vor allem in Katalonien, wo der 1909 vom Staat als Rache für einen Aufstand in Barcelona ermordete Francisco Ferrer ein auch in den kleineren Städten präsentenes pädagogisches Werk geschaffen hatte. Außerdem waren in den langen Perioden der Illegalität und des Fehlens übergreifender nationaler Organisationen diese kulturellen Einrichtungen so etwas wie die Garantie der Kontinuität. Von der Idee her beruhte die große Bedeutung von Pädagogik und Literatur darauf, daß diese Bewegung nie der politischen Praxis von Stellvertretern und Delegierten getraut hat, daß sie also nie die Frage gestellt hat, wie man politische Macht erringen kann. Die einzige Form von Politik, der diese Bewegung - neben der Revolution - traute, war Pädagogik und Kulturarbeit. Und es gibt wahrscheinlich kein anderes Beispiel für eine so vollständige proletarische Gegenkultur wie den spanischen Anarchosyndikalismus. Er schuf eine eigene Welt, mit ihrer eigenen Kultur, Literatur, Moral, mit ihren eigenen Normen und Regeln, die sich von der offiziellen Gesellschaft fast vollständig abgelöst hatten. Und es war bestimmt nicht zufällig, daß Intellektuelle in dieser Bewegung nie eine große Rolle gespielt haben und seit Beginn dieses Jahrhunderts überhaupt keine mehr.

Es ist mir unmöglich zu sagen, ob diese Kulturarbeit oder ob die Gewerkschaftsarbeit in dieser Bewegung wichtiger gewesen sind, doch ich glaube, sie brauchten sich gegenseitig, so wie das Rad eine Achse braucht, oder das Feuer die Luft. Die Gewerkschaften waren der Stachel, der diese Gegenkultur zur Auseinandersetzung mit der spanischen Gesellschaft zwang, sie davor bewahrte, sozialpsychologische Strukturen eines Lagers oder gar einer Sekte herauszubilden; die anarchistische Kultur aber war der Ort, in dem breite proletarisierte Schichten durch eine Selbstveränderung sich der Zerstörung ihrer Identität, ihrer sozialen Zusammenhänge, Wahrnehmungs- und Erfahrungsweisen durch die kapitalistische Vergesellschaftung widersetzen.

Es gibt Historiker, und José wäre einer von ihnen, die der Meinung sind, diese Bewegung habe sich eigentlich in der ständigen Auseinandersetzung zwischen Syndikalistern und Anarchisten aufgezehrt. Ich persönlich bin genau anderer Meinung. Es hat in der europäischen Geschichte, soweit ich sehe, kein anderes Beispiel dafür gegeben, daß es trotz fortwährender Widersprüche gelungen ist, über viele Jahrzehnte hindurch Stadt und Land miteinander zu verbinden, anders formuliert: eine Koalition zwischen zwei sozialen Schichten herzustellen, die beide eine äußerst breite nicht-bürgerliche, nicht-kapitalistische Kultur besitzen oder besessen haben. Die eine soziale Schicht wurde gebildet aus Handwerkern und Facharbeitern mit einem ausgeprägten Produzentenethos und einer lebendigen Erinnerung an die Selbstverwaltung in den früheren Gilden und Zünften. Die andere soziale Schicht bestand aus Menschen, die noch eine starke Verbindung zu einer bäuerlichen Kultur besaßen: Landarbeiter wie im Süden, die sich gegen Hunger und Elend wehrten, oder Arbeiter der ersten Generation, die Not und Armut in die schnell wachsenden Städte und Industriegebiete Kataloniens getrieben hatten. Wenn sie vielleicht ein tiefes Vertrauen in die Natur bewahrt hatten - und der Begriff der Naturaleza, der Natur und der natürlichen Vernunft war die ideelle Grundlage des spanischen Anarchismus -, wenn sie also ein Vertrauen in die Natur bewahrt hatten, so war ihr Mißtrauen gegen jede Obrigkeit nur um so stärker geworden. Diskontinuität prägte ihr Leben, ihre Erfahrung von Zeit und Geschichte aber war eher am zyklischen Wandlungsprozeß der Natur gebildet als am rasanten und ziellosen Lauf der Maschinerie in den Fabriken der industriellen Gesellschaft.

Als Überleitung zu zwei abschließenden Thesen noch ein letzter Punkt; und ich denke, er hat eine gewisse Aktualität.

Man kann die eigentliche Differenz zwischen dem spanischen Anarchosyndikalismus und dem spanischen Anarchismus - oder, wie es im letzten Jahrhundert hieß, zwischen kollektivistischem und kommunitärem Anarchismus - auf zwei unterschiedliche, aber gegensätzliche Varianten des Naturrechts zurückführen, welche sind das Recht auf Arbeit und das Recht auf ein Existenzminimum, oder anders formuliert die Frage, ob Rechtstitel nur über den Weg der eigenen Arbeit erworben werden können, oder ob der gesellschaftliche Reichtum nach den Bedürfnissen verteilt werden soll. Es ist offensichtlich, daß jedes

Modell einer zukünftigen Gesellschaft hier eine Entscheidung fällen muß, aber genau hierin auch lassen sich Facharbeiter und Bauern nicht zusammenbringen. José hat in seinem Einleitungsreferat darauf hingewiesen - ich weiß nicht, ob Sie sich noch erinnern -, daß die CNT zwei Monate vor dem Bürgerkrieg noch das idyllische Programm einer auf der freien Assoziation autonomer Kommunen beruhenden Gesellschaft aufgestellt habe. Normalerweise fügt José dem hinzu: Aber schauen Sie, wie die soziale Revolution zwei Monate später aussah: Sie basierte auf den Gewerkschaften und den kollektivierten Betrieben. Eine Gelegenheit mehr, so denkt José, auf die Inkonsistenz der anarchosyndikalistischen Theorien und auf die klaffende, unüberbrückbare Differenz zwischen Theorie und Praxis zu verweisen. Aber auch hier übersieht José etwas: Neben dem Kampf um Basisautonomie und Etatismus, und ganz eng damit verbunden, entstand auch eine Auseinandersetzung über die Art und Weise der Entlohnung in den kollektivierten Betrieben. Sie fand zunächst innerhalb der CNT-FAI statt, wo man nach einiger Zeit im System des Familienlohns einen gewissen Kompromiß zwischen den auf das Naturrecht zurückgehenden Wendungen Arbeit und Bedürfnis gefunden hatte, dann aber flammte die Auseinandersetzung neu auf, als Kommunisten, Sozialisten und linke Republikaner einen strikten Leistungslohn forderten. Die Führer der CNT gaben mit der Zeit dem Druck nach, gegen den Widerstand breiter Schichten ihrer Anhänger.

Gleichwohl kann dieses Problem auf eine Dimension von Klassenkämpfen aufmerksam machen, die Pierre Bourdieu einmal die "vergessene" genannt hat. Es geht um die Herausbildung und Veränderung von Wahrnehmungs- und Erfahrungsweisen, von Klassifikations- und Bewertungskategorien der sozialen Welt, sowie um den Kampf um ihre Gültigkeit. Rechtsvorstellungen sind ein wichtiger Teil hiervon.

Meine erste abschließende These lautet: Man wird all den Widersprüchen im spanischen Anarchosyndikalismus nur näher kommen, wenn man sich bewußt ist, daß alle sozialen Auseinandersetzungen in einem symbolischen Raum stattfinden und daß dies oft entscheidender sein kann als das, was man im engen Sinne unter materiellen Auseinandersetzungen versteht.

Zwei Beispiele, die das vielleicht illustrieren können: Ich habe kürzlich den interessanten Aufsatz eines Ethnologen gelesen, der die Dynamik der Aufstandsbewegungen in andalusischen Agrargemeinden untersucht hat. Und er kommt zu dem Ergebnis, daß in diesen Städten die Straße ein äußerst wichtiger symbolischer Raum ist. Der Generalstreik, ja die Revolution war dann für die Anarchisten zu einem erfolgreichen Ende gebracht, wenn sie sich die Straße angeeignet hatten. Ihre Gewalt ging darüber nie hinaus, nie brachen sie in Privaträume ein, der einzige oft noch anzutreffende Schritt führte in die Rathäuser, aus denen sie die Katasterunterlagen herausholten und verbrannten. Die Konterrevolution aber, der Thermidor, dringt aus Prinzip in die Häuser, in die Privaträume ein.

Man sollte sich davor hüten, die Erfahrung von Raum und Zeit anderer Kulturen vorschnell zu bewerten. Wir können aus unserer Erfahrung heute in Deutschland gar nicht mehr wissen, was es heißen kann, ein Verhältnis zu den Straßen unserer Städte zu haben. Nur wenn wir auf Urlaubsreise in Ländern mit mediterraner Kultur weilen, ahnen wir vielleicht etwas von dieser sozialen Bedeutung der Straßen und Plätze.

Ich habe die Vermutung, daß die gewaltsame Phase der Revolution für Anarchisten und Anarchosyndikalistinnen ganz selbstverständlich beendet war, wenn sie die Straße befreit hatten. Denken Sie bitte an die zitierte Stelle aus dem Rahmenprogramm der CNT aus dem Mai 1936, oder an das Foto, das ich eingangs erwähnt habe, sowie an den entscheidenden 20. Juli, als Companys die Herren der Straßen Barcelonas zu sich gebeten hatte.

Wenn meine Ausführungen nicht schon so lang wären, könnte ich jetzt damit beginnen, eine Auswahl der Straßenbeschreibungen vorzulesen, die Besucher der revolutionären Stadt Barcelona überliefert haben. Sie können dort vieles davon leicht zugänglich bei Hans Magnus Enzensberger in seinem "Der kurze Sommer der Anarchie" selbst nachschlagen. Aber eine kleine Anmerkung doch: Es gibt einen Schriftsteller, der hieraus weit mehr gemacht hat: George Orwell. Obwohl er erst fünf Monate nach den Julitagen durch die Straßen Barcelonas lief, war es für ihn offenbar ein in hohem Maße selbstbefreiendes Erlebnis, in einer Stadt zu sein, die - im anarchistischen Sinne - in den Händen der Arbeiter lag. In seinem Bericht "Mein Katalonien" finden Sie

später dann, nur in ein paar kleinen Absätzen, die Beschreibung der Straßen Barcelonas während der Ereignisse im Mai 1937: Jetzt regiert dort wieder die Macht. Orwell erfindet dabei Bilder und Formulierungen, die der Nukleus für seinen Roman "1984" werden sollten - für eine der einflußreichsten literarischen Analysen von Herrschaft also.

Das zweite Beispiel nur noch in Form eines kurzen Hinweises:

Boycott und Generalstreik, die beiden Kampfformen, die der spanische Anarchosyndikalismus als seine originären deklariert hatte, sind ökonomische Kampfformen, aber zugleich haben sie einen ungeheuer symbolischen Wert: Sie sind Verweigerungen von herrschenden Rechtsvorstellungen und erheben den Anspruch auf sofortige, vollständige, eigentlich nie unterbrochene Gültigkeit der eigenen Bewertungsmaßstäbe. Wenn Sie nun die Diskussion innerhalb der CNT über den Generalstreik verfolgen, dann werden Sie feststellen, daß dort mit sehr klarem Bewußtsein die ökonomische und die machtpolitische Funktion abgewägt wurde mit der symbolischen. Und das, was mich an dieser Bewegung immer wieder fasziniert, ist, daß sie diesen Widerspruch wie andere auch hat stehen lassen können. So wird zum Beispiel im Gründungsprogramm der CNT von 1910 versucht, die Situation, in der ein Generalstreik ausgerufen werden darf, sehr genau einzugrenzen und vor allem die Befugnis zu diesem Schritt der Autonomie der lokalen Gewerkschaften zu entziehen. Doch letzteres mit einer Ausnahme: Wenn die Herrschenden "zu weit gegangen sind", dann ist jeder lokale Berufsverband berechtigt, den Generalstreik auszurufen: Eine halbherzige Gummiformulierung? Ich glaube nicht. Vielmehr ein Bewußtsein davon, daß es Situationen gibt, in denen man "Nein" sagen muß, ohne zu fragen, wie es endet - sonst hat man selbst verloren.

Zum Abschluß eine These, die mir beim Formulieren noch einmal zu einem Disput mit Juan und José geworden ist.

Diese Bewegung war anti-politisch, sie wollte tatsächlich nicht die Macht, sondern den Staat und sein Gewaltmonopol abschaffen. Wir, oder dieser José in mir, nimmt das einfach nicht ernst. Wieso soll eine so vielgestaltige und kontinuierliche Bewegung nicht gewußt haben, was für ihren eigenen Bestand und ihre eigene Entwicklung richtig ist?

Da kommt José natürlich sofort wieder mit einem Gegenargument: Aber schau doch, sie haben ja gelernt im Bürgerkrieg, nur leider zu spät.

Ach José, hast du noch nie gehört, daß man etwas verlernen kann, manchmal das Beste, was man hat? Und wenn du glaubst, das könne sozialen Bewegungen nicht passieren, dann bist du ein unverbesserlicher Fortschrittsfanatiker. Und mach dir bitte einmal klar, daß in Spanien Krieg war, der größte Druck zur Abstraktion von lebendigen, materiellen Bestimmungen, den die menschliche Gesellschaft hervorbringen kann. Wie schnell haben andere Arbeiterbewegungen vor dem Krieg die Fahne eingezogen!

Und noch etwas, lieber José: Hast du dir eigentlich einmal überlegt, welchen Geschichtsbegriff du dem spanischen Anarchosyndikalismus verordnest? Bist du vielleicht deshalb so flink mit der Kritik, weil du ahnst, daß gerade in der Ablehnung des Staates eine Kritik an deinem Geschichtsbegriff steckt, an dem Geschichtsbegriff des bürgerlichen Subjekts und des Marxismus?

Geschichte war für den Anarchismus nicht etwas "Machbares", eher ein (fast jederzeit) aktualisierbarer Reichtum an Potentialen. Der Mensch ist ihm ein Souverän gewesen, ja, ein Souverän, der nicht mit Händen und Füßen eingebunden ist in einen objektiven und linear sich entwickelnden geschichtlichen Prozeß, sondern sich in einer Historie des immer wieder entstehenden menschlichen Willens zur Befreiung bewegt.

Wie jede revolutionäre Theorie hatte der Anarchismus einen Totalitätsbegriff, bzw. einen Begriff des Fortschritts. Aber er basierte nicht auf der Idee, daß die technische Entwicklung, die zunehmende Naturbeherrschung ein Garant für die soziale Emanzipation sein werde, sondern auf einem Begriff der Natur, die in ihrer Vorsehung Vernunft als praktische Potentialität bewahrt hat.

Aber Juan, leider muß ich an dieser Stelle dir ebenfalls widersprechen: Auch diese Geschichtsphilosophie steht uns nicht mehr zur Verfügung.

Ich danke Ihnen.

